

Dokumentation der Fachtagung
15. – 16. September 2010

Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum

Schader-Stiftung (Hg.)

Dokumentation der Fachtagung
15.–16. September 2010

Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum

Schader-Stiftung (Hg.)

Fachliche Begleitung:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Deutscher Landkreistag

Die Schirmherrschaft für das Projekt haben *Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière* und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, *Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer*, übernommen.



Schader Stiftung



Integration
Potenziale in
Kleinen Städten
und Landkreisen

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktionelle Bearbeitung

Gudrun Kirchhoff, Myrto Kougievetopoulos

Mitarbeit

Monika Berghäuser, Fabian Kraus, Bibiana Ruppzig

Fotos

Michael Frank, Frankfurt am Main

Gestaltung

Polynox – Büro für Gestaltung, Darmstadt

Herstellung

Lokay, Reinheim

Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-932736-34-6

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte Angaben
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Dezember 2010



Inhaltsverzeichnis

6 **Vorwort**

1.

8 **Grußworte**

2.

Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen –

12 **Erste Ergebnisse der Begleitforschung**

3.

Identität, Fremdheit und Konfliktpotenziale im ländlichen Raum

15 Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in ländlichen Regionen
aus kulturanthropologischer Sicht

20 Eskalations- und Integrationspotenziale in Kleinstädten:
Das Beispiel Espelkamp

29 „Wieso können *die* kein Deutsch?“

4.

Zuwanderer im ländlichen Raum –

Integrationsprojekte aus anderen europäischen Ländern

31 Zusammenleben im ländlichen Raum, Schweiz

35 Migration in Nord- und Südtirol:

Erfahrungen aus dem grenzüberschreitenden Interreg-Projekt MigrAlp

5.

Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik –

Erfahrungen aus der Praxis im ländlichen Raum

42 Ergebnisse der Arbeitsgruppen 1 – 10

55 Integration mit geringen Ressourcen – Podiumsdiskussion

Anhang

Biografien der Referenten und Referentinnen

Programm der Fachtagung



Dr. Michael Griesbeck, Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge *Sabine Süß*, Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung

Als erster Meilenstein des auf drei Jahre konzipierten Forschungs-Praxis-Projektes „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“, welches die Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag durchführt, fand die Fachtagung „Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum“ am 15./16. September 2010 im Forum der Schader-Stiftung statt.

Im Rahmen der im Folgenden dokumentierten Fachtagung kamen Akteure aus Wissenschaft und Praxis zusammen, um durch fachliche Diskussionen in zehn Arbeitsgruppen ihre Erfahrungen aus der Integrationsarbeit auszutauschen und voneinander zu lernen. Das Spektrum der Integrationsangebote in kleinen Städten ländlicher Regionen und die damit verbundenen Probleme, Handlungserfordernisse, aber auch Gestaltungsspielräume und Chancen zu erörtern, standen im Mittelpunkt der Fachtagung.

Die Bedeutung gelingender Integration ist nicht nur ein Großstadtthema, auch in den ländlichen Regionen steht Integration der dort lebenden Zuwanderer im Fokus der Diskussion. Gerade vom Strukturwandel betroffene ländliche Regionen sind zunehmend auf die Potenziale, die Migrantinnen und Migranten mitbringen, angewiesen. Doch insbesondere in Klein- und Mittelstädten steht die Integrationsarbeit vor besonderen Herausforderungen. Ihr Erfolg hängt weitaus mehr als in größeren Kommunen vom zivilgesellschaftlichen Engagement, der politischen Durchsetzungskraft und der Vernetzungsfähigkeit von Einzelpersonen ab. Vor dem Hintergrund mangelnder integrationspolitischer Strukturen, schlechter Erreichbarkeit von sozialen Angeboten und der geringen Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund ist der gesamtgesellschaftliche Wille Grundvoraussetzung für gelingende Integration. Denn Integration findet vor Ort statt – sie gelingt vor Ort, aber auch ihre Defizite sind zunächst vor Ort, in den Kommunen, Quartieren und Nachbarschaften, spürbar.

Insgesamt stellt sich in den kleinen Städten im ländlichen Raum die Frage nach den Möglichkeiten, die Beratungs- und Förderinfrastruktur bei vergleichsweise geringen finanziellen und personellen Ressourcen zu erhalten. Die Stärkung von Migrantenorganisationen oder eine Unterstützung und Schulung der vielen ehrenamtlichen Helfer im Integrationsbereich könnte hier ausgleichend wirken. Neben den ehrenamtlichen Strukturen hat vor allem die Politik eine zentrale Vorbildfunktion.

Gruppenfoto (von links nach rechts):

Michael Busch, Landrat des Landkreises Coburg, *Dr. Michael Griesbeck*, Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, *Ministerialdirektorin Gabriele Hauser*, Abteilungsleiterin Migration, Integration, Flüchtlinge, Europäische Harmonisierung im Bundesministerium des Innern, *Sabine Süß*, Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung, *Dr. Klaus Ritgen*, Deutscher Landkreistag, *Ulrich Mohn*, Deutscher Städte- und Gemeindebund, *Dr. Andreas Kapphan*, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, *Ralf Zimmer-Hegmann*, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Auf lokaler Ebene ist es wichtig, dass die Bürgermeister das Thema „Integration“ zu ihrer Sache machen, um klare politische Verantwortungsstrukturen für Integration zu etablieren. Wie die Kommunen ihre Aufgabe im Bereich der Integrationsarbeit definieren, ist darüber hinaus von der Migrationsgeschichte der jeweiligen Kommune, lokalen Faktoren wie Größe, Ressourcen und Organisationen sowie institutionellen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen, aber auch den gesetzlichen Bestimmungen abhängig.

Während die Probleme der Zuwandererquartiere in den großen Städten wachsende Aufmerksamkeit erfahren, da sie besonders drängend und sichtbar sind, ist nur wenig über die Situation der Zuwanderer in Klein- und Mittelstädten der ländlichen Regionen bekannt. Dieser Wissenslücke will das Projekt begegnen. In einem diskursiven und aktivierenden Verfahren werden exemplarisch die Bedingungen für Integration in den Kommunen analysiert und die jeweiligen Potenziale für beziehungsweise durch Integration von Zuwanderern ermittelt.

Das Forschungsvorhaben bindet zwölf Städte aus acht Landkreisen ein, die mit Hilfe eines Interessenbekundungsverfahrens ausgewählt wurden und Fallbeispiele ländlich geprägter Regionen in Deutschland repräsentieren. Das Projekt zielt bewusst auf die Ressourcen und Potenziale sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch auf die der Migrantens-Communities, um Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Integrationsarbeit vor Ort zu ermitteln und diese in einem dialogischen Prozess auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Die Projektergebnisse und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen werden in einer Abschlusspublikation veröffentlicht und sollen zur Verbesserung der Integrationsprozesse im ländlichen Raum beitragen.





Ministerialdirektorin Gabriele Hauser

Ministerialdirektorin Gabriele Hauser, Bundesministerium des Innern

Es ist wichtig, dass sich die Schader-Stiftung um regionale Aspekte kümmert und die Integration vor Ort, in den Kommunen in den Blick nimmt. Es sind die Städte und Kommunen, die Nachbarschaften und das unmittelbare Wohnumfeld, wo Integration am unmittelbarsten wirkt und wir Vielfalt erfahren. Hier werden Erfolge und Nichterfolge von Integration sichtbar.

Durch Zuwanderung ist unsere Gesellschaft heute vielfältiger, als sie dies noch vor 30 Jahren war. Diese Vielfalt wird auch in Zukunft unsere Gesellschaft prägen. Dass Deutschland weiter ein Ziel von Zuwanderung bleiben wird, ist sicher. Wir sind auf den Zuzug qualifizierter Zuwanderer angewiesen: Fachkräftemangel und die demographische Entwicklung sind hier die Stichworte.

Integration bedeutet Brücken bauen

Die neue kulturelle, religiöse und sprachliche Vielfalt macht sich im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Debatten bemerkbar. Und sie verändert unsere Gesellschaft. Wir dürfen nicht verkennen, dass in durch ethnische Vielfalt geprägten Städten und Nachbarschaften das Vertrauen in die Gemeinschaft schwindet. Wie eine Studie des amerikanischen Harvard Professors Robert Putnam¹ für die USA zeigt, geht Vielfalt zunächst mit dem Verlust sozialer Bindungen einher. Weniger sozialer Zusammenhalt und ein Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Gruppen sind die Folge.

Vielfalt birgt auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft wie der Migranten die Gefahr der Abschottung, der Entfremdung und der Flucht ins Vertraute. Das für ein gemeinschaftliches Zusammenleben so wichtige Vertrauen, muss in kulturell, ethnisch und religiös vielfältigen Gruppen erst wachsen. Solange es Misstrauen gibt, besteht die Gefahr von gesellschaftlichen Spannungen.

Ob in den USA oder bei uns: Gesellschaftlicher Zusammenhalt gehört in unseren offenen Gesellschaften zu den großen Herausforderungen, und ist etwas, um das wir uns nachhaltig bemühen müssen und das sich nicht automatisch einstellt. Die entscheidende Frage ist, wie wir dafür sorgen können, dass Städte die Orte bleiben, in denen mit einem gewissen Vertrauen in den sozialen Zusammenhalt gelebt werden kann. Integration geschieht im Alltag und in den Lebenswelten der Menschen, überall dort, wo sie gemeinsam etwas unternehmen und Beziehungen aller Art pflegen.

Der gesellschaftliche Prozess des Zusammenwachsens verläuft nicht immer reibungslos. Der Soziologe Georg Simmel hat schon vor über 100 Jahren erkannt, dass Auseinandersetzungen und Konflikte für den gesellschaftlichen Wandel notwendig sind. Integration ist ein Prozess, der von einem berührungslosen Nebeneinander nur über eine Auseinandersetzung zu Akzeptanz und Miteinander führen kann. Den Auseinandersetzungen müssen wir uns stellen. Die Debatten müssen wir aushalten können. Eine wichtige Rolle im Prozess des Zusammenwachsens bilden gemeinsame Aktivitäten wie Sport, Musik oder Kultur. Sie verbinden Menschen, die die gleichen Interessen haben, und entfalten eine große gesellschaftliche Kraft.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Vielfalt zu wahren, gilt es, verstärkt Brücken zu schlagen zwischen Einheimischen und Zugezogenen, die sich sonst fremd oder gar abweisend gegenüberstehen.

Gemeinsame Interessen können diese Brücken bauen. Während sich in großen Städten und in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Migrant*innen oft nach Herkunftsländern getrennte Vereinsstrukturen bilden, entfalten gerade Vereine in kleineren Städten und im ländlichen Raum noch diese verbindende Wirkung. Es sind die örtliche Feuerwehr, der Turnverein oder der Fußballclub, wo die Menschen zusammenkommen und die das Herz der Ortsgemeinschaft und des gesellschaftlichen Lebens bilden. Hier liegt ein großes Potenzial.

Rolle der Kommunen

Insgesamt ist die Rolle der Integration vor Ort eine entscheidende. Wir können nicht alles in zentralen Programmen von Berlin aus regeln, sondern sind auf die Arbeit in den Kommunen angewiesen. Sie sehen die Notwendigkeiten vor Ort und viele von ihnen haben erkannt, dass sie auf das Gelingen von Integration nicht nur angewiesen sind, sondern auch davon profitieren.

Ein Grund für den Erfolg der Kommunen ist, dass sie in der Lage sind, auf die spezifische Situation vor Ort einzugehen und die lokalen Akteure aus Politik und Verwaltung, aus Wirtschaft und Gesellschaft unmittelbar zu vernetzen. Die in Deutschland traditionell starken Kommunen sind ein großer Vorteil – gerade auch im internationalen Vergleich.

Sprache als Schlüssel

Integration vollzieht sich nicht von selbst. Dies ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der letzten Jahre. Bund, Länder und Kommunen sind gefordert zu investieren. Mit den Integrationskursen leistet der Bund einen wesentlichen Beitrag. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Sie bildet die Basis für Zusammenhalt und Verständigung und ist grundlegend dafür, dass Zuwanderer die Chancen und Möglichkeiten unseres Landes nutzen und an der Gesellschaft teilhaben können.

Mit den Integrationskursen haben wir ein bundesweit flächendeckendes Angebot geschaffen. Die Vermittlung der Sprachkenntnisse ist unabhängig davon, ob jemand Hindu, Muslim oder Christ ist, aus Weißrussland, China oder Somalia kommt, als Ehepartner nachgereist ist, als Asylbewerber anerkannt wurde oder schon lange in Deutschland lebt. Und sie erfolgt überall nach den gleichen Standards, in München genauso wie in Dresden, Darmstadt oder Delmenhorst.

Die Integrationskurse sind eine Erfolgsgeschichte. Seit Einführung der Kurse im Jahr 2005 wurden bereits über 925.000 Teilnahmeberechtigungen ausgestellt. Über 650.000

¹ Robert D. Putnam, E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture, in: Scandinavian Political Studies, Volume 30, No. 2, S. 137, 138 f.

Menschen haben einen der Kurse besucht. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen. Wir sind weiter dabei, die Sprachkurse zu optimieren. Ein wesentlicher Punkt ist dabei eine noch stärkere Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt.

Integrationsangebote im ländlichen Raum

Dabei sind die Herausforderungen und die Angebotsstrukturen in Ballungsräumen natürlich andere als in ländlichen Gebieten. Schon wenige Kilometer können entscheidend sein für die Angebotsvielfalt. Ein Teilnehmer in einer Großstadt steht oft vor der Wahl zwischen zahlreichen Kursen und unterschiedlichen Anbietern. Im ländlichen Raum gestaltet es sich dagegen manchmal schwierig, die Mindestteilnehmerzahl gerade für einen der speziellen Integrationskurse wie einen der Frauen- oder Alphabetisierungskurse zu finden. Und viele Teilnehmer müssen lange Wege zum Kursort in Kauf nehmen. Diese Unterschiede zeigen sich bereits, wenn man von München aus wenige Kilometer raus in das Umland fährt.

Über die Situation in Ballungsräumen gibt es bereits zahlreiche Studien und Erkenntnisse. Im ländlichen Bereich sieht dies bisher anders aus. Aufgrund des geringen Anteils von Zuwanderern, die auf dem Land leben, haben sich bisher nur wenige die Mühe gemacht, diese Gebiete genauer zu beleuchten. Hier besteht ein großer Nachholbedarf.

Bei der Integration darf niemand auf der Strecke bleiben. Wenn wir unseren hohen Ansprüchen gerecht werden und unsere Integrationsarbeit effektiv und bundesweit flächendeckend gestalten wollen, sind wir auf Erkenntnisse zur Lage im gesamten Bundesgebiet angewiesen. Und dies besteht nicht nur aus Ballungsräumen.

Erwartungen an die Fachtagung der Schader-Stiftung

Die Schader-Stiftung setzt mit dem Forschungsprojekt zur Integrationsarbeit in peripheren Klein- und Mittelstädten genau dort an, wo bisher noch Erkenntnislücken bestehen. Sie setzt den Fokus auf die kleinen Städte und den ländlichen Raum und leistet damit Pionierarbeit. Wie immer, wenn jemand Neuland betritt, weckt dies natürlich Erwartungen.

Für politische Entscheidungsträger ist es wichtig, die Situation vor Ort zu kennen. Dieses Wissen ist essentielle Grundlage für die Gesetzgebung. Und nur mit diesem Wissen ausgestattet ist eine gute Umsetzung der Gesetze möglich.

Um passgenaue und wirksame Programme entwickeln zu können, müssen wir wissen, wo und wie sich die Integrationsarbeit unterscheidet. Dabei geht es um praxisnahe und praktikable Lösungsansätze. Die aktuellen Debatten der letzten Wochen haben wieder gezeigt, dass die Öffentlichkeit keine plakativen Bekundungen zur Integration braucht, sondern tatsächliches Handeln erwartet.

Die Schader-Stiftung hat den richtigen Weg eingeschlagen und sich hohe Ziele gesetzt. Was wir brauchen sind konkrete und klare Handlungsempfehlungen. Nur sie bedeuten einen Mehrwert und Nutzen für politische Entscheidungsträger und legen die Grundlage dafür, dass wir tatsächlich etwas bewirken können.

Grußwort verlesen durch
Dr. Andreas Kapphan, Arbeitsstab der Beauftragten



Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Das Thema der Tagung „Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum“ hebt einen wichtigen Aspekt in der Integrationspolitik hervor: In der öffentlichen Wahrnehmung orientiert sich die Diskussion über Zuwanderung und Integration in erster Linie an Großstädten. Es sieht so aus, als stünden Berlin-Neukölln und Duisburg-Marxloh exemplarisch für die Orte, an denen Integration stattfindet. Aber Berlin-Neukölln entspricht nicht der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen aus Zuwandererfamilien. Denn die Mehrzahl dieser Familien lebt nicht in Großstädten, sondern in Klein- und Mittelstädten oder in ländlichen Gemeinden. Jeder Siebte wohnt sogar in einer Gemeinde mit weniger als 10.000 Einwohnern.

Über die Bedingungen für Integration in diesen Städten und Gemeinden wissen wir bislang noch zu wenig. Das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ schließt diese Lücke. Ich habe daher gerne die Schirmherrschaft für dieses Projekt übernommen. Denn ich hoffe, Erkenntnisse über die besonderen Probleme in den kleinen Städten und Gemeinden zu gewinnen. Aber ich wünsche mir auch Erkenntnisse über die besonderen Chancen der Integration dort.

Es ist eine Chance, dass die Arbeitslosigkeit insgesamt, aber auch bei den Migrantinnen und Migranten in diesen Gebieten im Durchschnitt niedriger ist. Es ist eine Chance, dass die Armutsquote insgesamt und bei den Migrantinnen und Migranten in diesen Gebieten im Durchschnitt geringer ist. Und es ist eine Chance, dass es weniger Schulen gibt, in denen ethnische Segregation, Bildungsferne und schlechte Ausstattung zusammentreffen.

Im ländlichen Raum und in Kleinstädten spielen das Vereinsleben, das Ehrenamt und die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten eine besondere Rolle. Daher ist die Frage, wie Migrantinnen und Migranten in das öffentliche Leben eingebunden werden, hier besonders wichtig. Welche Maßnahmen und Strategien der Beteiligung und der interkulturellen Öffnung – ob in Vereinen, in der Politik und Verwaltung – besonders erfolgreich und vielversprechend sind, wird uns der vorliegende Tagungsband eröffnen.

Es geht um den Nachweis, dass Integration gerade auch in Kleinstädten und Landkreisen möglich und eine gezielte Integrationspolitik im ländlichen Raum sinnvoll ist. Die Tagung der Schader Stiftung „Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum“ am 15./16. September 2010 hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet.

2

Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen – Erste Ergebnisse der Begleitforschung



*Ralf Zimmer-Hegmann
und Dr. Heike Liebmann*

Zusammenfassung des Vortrags

Ausgehend von dem Wissensdefizit, welches über die spezifischen Integrationsbedingungen und Integrationspotenziale in kleinen Städten und ländlichen Regionen besteht, soll die Begleitforschung die Bedarfe und Angebote zur Integration in den Projektkommunen analysieren und sie dabei aktivierend in ihren Integrationsaufgaben vor Ort unterstützen. Die erlangten Erkenntnisse sollen in der Stadtgemeinschaft zur Diskussion gestellt und im Projektrahmen auf ihre Übertrag- und Verallgemeinerbarkeit überprüft werden. Die Erstellung von Handlungsempfehlungen soll einer Versachlichung der Integrationsdebatte dienen.

Der Blick auf die differenzierten Rahmen- und Entwicklungsbedingungen der Projektkommunen macht deutlich, dass man nicht von „dem“ ländlichen Raum reden kann. Die Kommunen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Lage im Raum (sehr peripher bis sehr zentral), hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Prosperität (dynamisch bis schrumpfend) und den vorhandenen Arbeitsplatz- und Ausbildungsangeboten, ihrer Stellung im kommunalpolitischen Gefüge zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Städten und ihrer sozialhistorischen Prägung, kulturellen Gewohnheiten sowie der mehr oder weniger vorhandenen Zuwanderungsgeschichte. Dennoch kann man auch Gemeinsamkeiten bei kleineren Kommunen im ländlichen Raum finden. So etwa die besondere Rolle persönlicher Netzwerke und noch weitgehend funktionierende soziale Beziehungen durch das gegenseitige Kennen, z.T. seit Kindheit und Jugend. Auch die Überschaubarkeit und die besondere Rolle des Vereinslebens insbesondere in Westdeutschland sind gemeinsame Merkmale des ländlichen Lebens. Für die Analyse von Integrationspotenzialen in kleineren Städten im ländlichen Raum sind zwei Aspekte zentral. Erstens sind die lokalen integrationspolitischen Ansätze durch die An- bzw. Abwesenheit bestimmter Migrantengruppen geprägt. Wobei festzustellen ist, dass sich die teilnehmenden Kommunen in ihrer jeweiligen Migrationsgeschichte unterscheiden. Westdeutsche Städte sind eher als ostdeutsche Kommunen durch eine Präsenz ehemaliger Gastarbeiter gekennzeichnet. Die jeweiligen Gruppengrößen differieren aber auch in den westdeutschen Kommunen stark. Zudem verzeichnen nicht alle der am Projekt beteiligten Städte und Gemeinden in den letzten 25 Jahren Zuweisungen von (Spät-)Aussiedlern und/oder Asylbewerbern. Zweitens ist die Ausprägung der lokalen Integrationspolitik stark von der kommunalpolitischen Aufgabenteilung zwischen Landkreis und kreisangehöriger Gemeinde abhängig.

Nachfolgend eine Grafik, die die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung anhand von zwei Projektkommunen verdeutlicht:

Abb. 1 Zuwanderer in Freren (LK Emsland) und Bestwig (Hochsauerlandkreis)

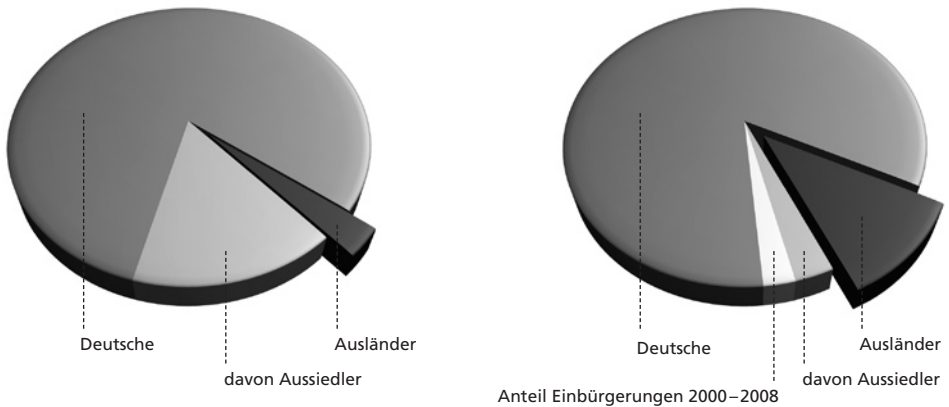
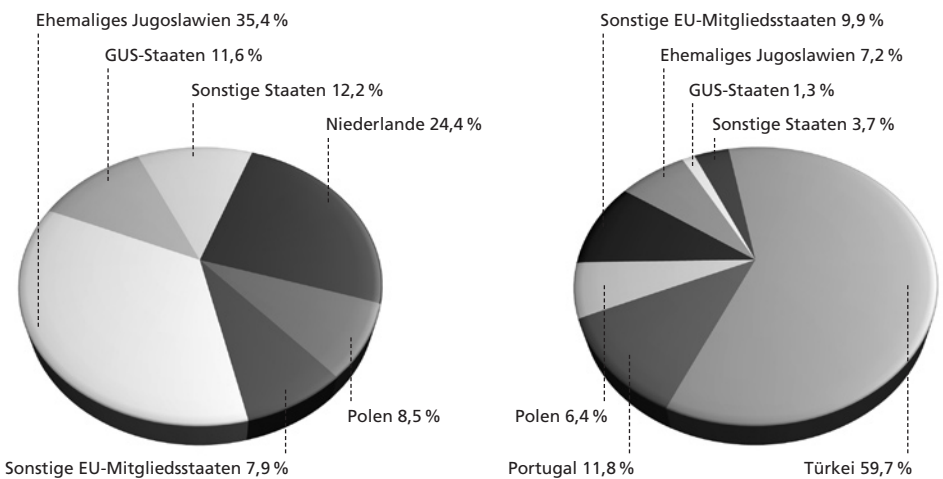


Abb. 2 Ausländer nach Nationalitäten in Freren und Bestwig



Kommunale Integrationsstruktur

Je nach Art der Zuwanderung und des politischen Gestaltungswillens lassen sich in den Kommunen verschiedene Pfade kommunaler Integrationspolitik feststellen. Die Ausprägungen der Integrationsarbeit reichen in den Projektkommunen von dem Verständnis, Integration als devianzorientierte Ordnungs- und Sozialpolitik zu betreiben bis hin zum Verständnis, Integration als querschnittsorientierte Gestaltungsaufgabe zu verstehen. Die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit trifft im ländlichen Raum auf strukturelle Erschwernisse, vor allem der geringere Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die geringere Siedlungsdichte und damit einhergehend eine eingeschränkte Erreichbarkeit sowie die Begrenzung kommunaler Ressourcen tragen dazu bei. Eine Landespolitik, die das Thema Integration aktiv gestaltend angeht, hat eine hohe Bedeutung für den Stellenwert des Themas im ländlichen Raum. Da die politische Steuerung und Strukturen für Integration meist nur auf Landkreisebene, aber nicht in den Kommunen vorhanden sind, gibt es eine hohe Abhängigkeit von Einzelpersonen und bürgerschaftlichem Engagement in der Integration im lokalen Kontext. Die interkulturelle Öffnung der Institutionen ist hier im Gegensatz zu vielen größeren Städten noch kaum Thema. Demzufolge gibt es nur eine geringe strukturelle Einbindung und Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Zudem lassen sich häufig Zielkonflikte zwischen ordnungs- und integrationspolitischen Maßgaben

innerhalb der doppelt geforderten Ausländerbehörden erkennen, die unter anderem auf fehlende Strukturen für Integration in der kommunalen Verwaltung zurückzuführen sind.

Integration durch Bildung und Übergang in den Arbeitsmarkt

Die Integrationsbedingungen im Bildungsbereich sind im ländlichen Raum vielfach ähnlich wie in den Ballungsräumen. So ist Bildungssegregation auch im ländlichen Raum anzutreffen, allerdings abhängig von der Zahl und Binnenstruktur der Migrantinnen und Migranten. Auch die Differenzierung des Bildungsangebotes spielt hier eine Rolle, da sie im ländlichen Raum meist nicht so ausgeprägt ist wie in größeren Städten. Probleme beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt gibt es hier tendenziell weniger als in den Großstädten. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt durch den demographischen Wandel unterstützt, der zu einer wachsenden Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten mit qualifizierter Ausbildung führt.

Rolle der Vereine, Gruppen und Initiativen im Integrationsprozess

Die geringe Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund erschwert das Zusammenkommen einer kritischen Masse, die zur Gründung einer Selbstorganisation notwendig ist. Religionsgemeinschaften können eine dem Integrationsprozess förderliche wie auch hinderliche Rolle spielen. Als wichtige Einrichtung zur Vergemeinschaftung können Migrantenorganisationen Brücken in die Aufnahmegesellschaft schlagen, aber auch Abschottungstendenzen befördern. Deutlich wird hierbei, dass das Potenzial von Migrantinnen und Migranten zum bürgerschaftlichen Engagement noch nicht ausreichend erkannt und genutzt wird.

Sozialräumliche Integration in Wohngebieten und Nachbarschaften

Auch in Kleinstädten gelten segregierte und periphere Wohnlagen als stigmatisierte Orte. Häufig ursprünglich entstanden als gesellschaftlich „willkommene“ Orte zur räumlich konzentrierten Unterbringung von Zuwanderern stellen sie heute ein zentrales Integrationshemmnis dar. Andererseits wohnen Migrantinnen und Migranten zunehmend in Innenstadtbereichen in zumeist kleinen Mietwohnungen. Der Wohneigentumsbildung kommt, mit Blick auf die gesellschaftliche Anerkennung im ländlichen Raum, eine besondere Bedeutung zu. Sie wird als Ausdruck sozialer Mobilität gesehen.

Fazit

Die geringeren Anteile von Migrantinnen und Migranten, die geringere Siedlungsdichte im ländlichen Raum, die schlechten Erreichbarkeiten und Mobilitätsdefizite stellen wichtige Integrationshemmnisse dar. Zusätzlich verfügen kleinere Kommunen über geringere Steuerungsmöglichkeiten und Ressourcen für die Integrationsarbeit. Die noch stärker traditionellen Formen der Vergemeinschaftung im ländlichen Raum stellen einerseits Barrieren für die Integration dar, da es weniger Erfahrungen im Umgang mit „Fremden“ gibt. Andererseits erleichtern sie durch die soziale Nähe dort den Zugang, wo der gesellschaftliche und oftmals individuelle Wille zur Integration besteht. Politik hat daher eine zentrale Vorbildfunktion, wenn der Bürgermeister/die Bürgermeisterin das Thema „Integration“ zu seiner/ihrer Sache macht.

3 Identität, Fremdheit und Konfliktpotenziale im ländlichen Raum



Prof. Heinz Schilling

Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in ländlichen Regionen aus kulturanthropologischer Sicht

Früher. Wie war das früher? Kam ein Fremder in den Ort um zu bleiben, dann wurde er beobachtet, geprüft. Passt der zu uns? Die Neuen mussten sich den Alten anpassen, die Minorität hatte sich den Regeln der Majorität zu fügen, die Einheimischen integrierten die Fremden oder grenzten sie aus. Oder ein schräger Vogel wurde akzeptiert, weil er etwas Besonderes konnte. Früher war das so in der ländlichen Welt.

Willkommen zu sein, Heimat zu bekommen, setzte voraus, dass der Neue am Ort als integer galt – er achtete die lokal üblichen Regeln von Leben und Zusammenleben und reihte sich ein. Als Fremder gut gelitten zu sein, dafür galten andere Verrechnungseinheiten als in großen Städten. „Die sind ja nicht von hier“ – das hat einen ewigen Unterton von Desintegration.

1. „Die haben uns hier behandelt als kämen wir vom Mond“

Deutschland 1946. Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus den Ostgebieten werden Gemeinden kontingentweise zugeteilt. Dann etwa ist jeder fünfte Einwohner Bayerns „nicht von hier“, in Schleswig-Holstein sogar jeder dritte. Sie anzusiedeln ist nicht mehr lokale Entscheidung, sondern Verwaltungsakt von ganz oben. Sie sprechen deutsch – aber irgendwie komisch; sie haben deutsche Pässe und meist eine deutsche Schulbildung. Die staatliche Ordnung ist ihnen formal vertraut. Nicht aber lokale Ordnungen und regionale Mentalitäten. Sozial deklassiert integrieren sie sich. Wo hinein? In die Leistungsgesellschaft von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder. Kulturell stellen sie lange Zeit segregierte lokale Gruppen dar, die in einer Art nostalgischer Reaktion die alte Heimat auf anderem Raum fortsetzen wollen bis hin zu Ortsneugründungen unter mitgebrachtem Namen. Sie bilden kulturelle Parallelgemeinden, pflegen eigenes Brauchtum, bewahren ihre Erinnerungen und vererben sie. Die Jungen entwickeln ein neues Gedächtnis der Existenz am neuen Ort. Willkommen sind die Migranten, diese vielen Fremden auf einmal, an den neuen Orten nicht; die alte Praxis des Akzeptierens oder Ablehnens greift nicht mehr. So schlägt ihnen oft unverhohlenen Misstrauen entgegen, nicht selten später auch Neid angesichts der staatlichen Entschädigungen, „Lastenausgleich“ genannt. Integrative Potenziale sind mancherorts Kirche und Schule. Sogenannte Mischehen führen selten zusammen, spalten Familien. Die Gräben vertiefen gelegentlich auch Akte politisch geplanter Integration – wenn der Gemeinderat beschließt, neue Straßen nach Aussig, Breslau oder Chemnitz zu benennen. Die Altingesessenen lernen ein neues ABC. Und: Sie integrieren sich ihrerseits, wenn sie aus

bisher antagonistischen Bevölkerungsteilen – Bauern und Arbeitern – ein gemeinsames Lager bilden zur Verteidigung der Heimat gegen die Heimatsuchenden. Trotz dieser Segmentierung der Orte seit der Industrialisierung hatten essentielle Prinzipien dörflichen Denkens weiter gegolten, zum Beispiel: Wortlose Hilfe plus gnadenlose Kontrolle. Oder: Befolgung der Regeln ohne Frage nach ihrem Sinn. Höchstes Primat des örtlichen Eigensinns war der Fortbestand der Gemeinschaft, sprich: Die Sicherung der Gruppe. Die Migranten aus dem Osten sah man als Angriff auf diese tradierten Prinzipien.

2. „Wir sind am Dorf vorbei aufs Land gezogen“

Die Anwesenheit von „anderen“ auf dem eigenen Territorium stellt – laut oder leise – immer eigenes Selbstverständnis in Frage. Sich zu vergleichen könnte ein Moment der produktiven Differenz sein, doch das ist vielen zu riskant. Seit dem Jahr 1965 war ganz Deutschland überzogen von Planquadraten und einer gesetzlich geschützten Philosophie, die aus Ländern Regionen, aus Flächen Flächennutzungspläne und aus Heimaten funktionsdifferenzierte Räume machen sollte. Ganz Deutschland? Zunächst der Westen.

Aus der Gesellschaft sollte – konzeptionell – eine urbanisierte mobile Gesellschaft werden. Zur Stadt-Land-Wanderung kam in der Praxis oft die soziale Mobilität, nach dem beruflichen Aufstieg des Vaters kam der Umzug aufs Land. Es entstanden in Kleinstädten und zu Großgemeinden gefügten Dörfern neue Siedlungen am Ortsrand, Eigenheimplantagen in bunter bauästhetischer Vielfalt. Im Rhein-Main-Gebiet etwa hießen dann alle Zuzügler – egal woher sie kamen – „die Frankfurter“. Aus der Einheimischen-Perspektive hielt man sie für eine geschlossene Gruppe, so, wie man sich selbst ja als geschlossene Welt fühlte. Die Neubürger aber waren keine Gruppe, sie wohnten zwar nebeneinander, lebten aber nicht miteinander. Dazwischen, auf den Hypothekenhügeln, aufgestiegene Einheimische. Formale Integration geschah über formalisierte Strukturen, etwa in Kommunalparlamenten. Im Traditionsmilieu hieß das: Die Frankfurter haben die Macht übernommen. Man befürchtete eine Überschichtung durch die Neubürger mit ihren höheren Schulabschlüssen, Berufspositionen und der augenfälligen Prosperität. Die im Grundgesetz verankerte Kommune als autonomer, sich selbst regulierender Organismus kam ins Stolpern. Entwicklungsideal der Rathäuser – mit Blick auf Nachbargemeinden und Förderprogramme – war nun: mithalten bei der technisch-materiellen Modernisierung, Zuzüge mit Augenmaß. Der Name dafür war „kleinstädtische Urbanität“. Neubürger mit dem eigenen Horizont wollten wissen, wo sie eigentlich gelandet waren im regionalen Siedlungsteppich und fingen an, sich die neuen Wohnorte anzueignen, sie für sich identifizierbar zu machen, in Spurensicherungen zu fragen: Was war hier früher? Was als aktive Verheimatung gedacht war, erregte mit dem flotten Motto „Kultur aufs Land bringen“ Unmut; das Angebot zum Kulturkontakt verstand das Traditionsmilieu als Ansage zum Kulturkonflikt. „Wir haben bereits Kultur hier“, sagte der Vorsitzende des Gesangsvereins Harmonie. Währenddessen retteten Neubürger altes bäuerliches Fachwerk vor dem Abriss.

Wenn in zu kurzer Zeit zu viele zuziehen, hatten wir gesagt, dann wird die herkömmliche Integrierungsrichtung unklar. Das dörfliche Integrationskonzept wollte Fremde als ehemalige Fremde dulden. Deren mitgebrachte Horizonte sollten aufgegeben, die Neubürger dörflich-kleinstädtisch enkulturiert werden. Doch Zuzugsmotive und Anpassungsneigung an die Gemeinschaftsidee des neuen Ortes waren nicht kongruent. „Wir sind hierher gezogen, weil: die Grundstücke waren günstig, die Umwelt in Ordnung. Natur für unsere Kinder, das Leben mit weniger Stress. Aber“, sagt die junge Frau ins Mikrofon, „wir sind am Dorf vorbei aufs Land gezogen. Wir sind Fremdkörper. Beide Seiten ziehen Grenzen, man achtet auf Distanz.“ Mit „Dorf“ war das traditionelle Sozialsystem Dorf gemeint, in das man nicht eintritt wie ins Mutter-und-Kind-Turnen des Sportvereins.

Kulturanthropologen arbeiten in ihrer Feldforschung nah an den Menschen. Ein Projekt in Hessen widmete sich 3 Jahre lang der räumlichen Orientierung. Aus vielen Intensivinterviews in zwei Dutzend Orten ergab sich eine unerwartete Dreiteilung des Samples: Ein Drittel der Befragten – typisiert: Die regional Mobilen – bewegt sich im funktionsdifferenzierten Raum um den Wohnort (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit). Für Lokalisten/Lokalpatrioten – ein weiteres Drittel – ist der eigene Ort der unbedingte Mittelpunkt des Lebens: Man ist dort geboren, hat immer am Ort gelebt, arbeitet hier, baut oder erbt, bleibt und wird da begraben – eine schicksalhafte Bindung (was einen Urlaub in Österreich nicht ausschließt). Ein letztes Drittel hat sich hinter Buxbaum und Liguster in die eigenen 4 Wände zurückgezogen. Über Satelliten-TV verbunden mit der Welt und zum Nachbarn kein Wort. Erstaunlich indes, wie mittel-sam man in den ländlichen Telecottages gegenüber den studentischen Forschern aus der Großstadt-Uni war.

Ob es den Rathäusern zu denken gibt, wenn die Kommunalitätsidee so bewertet wird, dass zwei Drittel der Interviewten den eigenen Wohnort für sich als nicht so wichtig einschätzen?

3. „Ich nutze diesen Ort, aber ich liebe ihn nicht“

Und jetzt? Die Schlachten sind geschlagen, die Orte scheinen trainiert für weitere Herausforderungen. Einheimische und jeweils Fremde haben sich zuletzt in einer nie thematisierten Gemeinsamkeit getroffen, die noch nicht Gemeinschaft ist. Nach A.P. Cohen benötigt Community drei Kriterien: togetherness, belonging und sameness; damit meint er physisches Zusammensein von Menschen in einer Gruppe, das Gefühl von Zugehörigkeit zu dieser Gruppe und gleiche Mentalität und Lebensstil.

Urbanitätstheoretiker haben seit 100 Jahren ein Bild der Stadt als Kampfplatz entworfen, bewohnt von einem blasierten Menschentyp, emotionslos, cool. Für Richard Sennett, den smarten Denker des Urbanen, war Stadt der institutionalisierte Ort, wo Fremde auf Fremde trafen und – sich fremd blieben. Kennzeichen von Städtlichkeit waren Heterogenität, Öffentlichkeit und Freiheit; Distanz galt als zivilisatorische Qualität im Stadtkonzept einer geborenen Einwanderungsgesellschaft.

Von einem anderen Denkmodell aus Amerika ging die Raumplanung bei uns aus, nämlich von der Vorstellung eines Rural-urban continuum, wonach alles Ländliche, was noch nicht Stadt ist, doch auf dem Weg dahin sei. Urbanisierung, so meine eigene Beobachtung, muss jedoch nicht zu Urbanität – mit kulturell gedachten Idealen wie Heterogenität, Öffentlichkeit und Freiheit – führen, sondern neigt in der Praxis zu einer weltweiten Vervorstädterung. Meine These ist, dass das, was wir ländliche Regionen nennen, diese Vervorstädterung glänzend widerspiegelt. Ohne akzeptierte Substanz eines urbanen Dramas. Mehr noch: Längst konstatieren Theoretiker wie Sennett das Ende ihres Ideals; es sei – gerade in den Metropolen – verkommen zu einer kleinbürgerlichen Fassung mit Sicherheit statt Freiheit, Erlebniskonsum statt produktiver Heterogenität. Statt Öffentlichkeit sieht Sennett private Zitadellen der Gemütlichkeit und klagt: Tyrannei der Intimität! Dies alles – wohlgemerkt – in der Stadt. Ob nicht manches davon mit der Intellektuellen-Kritik an der traditionellen Dorfkultur – nämlich: Unfreiheit durch Eindeutigkeit, Intoleranz und Autoritätsfixierung; Fremdenangst aus Ichfremdheit; passive Anpassung an Veränderungen von außen und oben – korrespondiert?

Was Sennett arrogant als Verkleinbürgerlichung des Städtischen sieht, das genau scheint mir der Punkt, an dem sich Alteingesessene und Zugezogene in der ländlichen Lebenswelt treffen – nicht als Gemeinschaft, eher in einer Art Gemeinsamkeit von Mentalität und Lebensstil und vielleicht in einer ähnlichen Weise, ihre lokale Welt als Heimat zu lesen.

Mein Thema: „Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in ländlichen Regionen aus kulturanthropologischer Sicht“ klingt nach Doktorarbeit, die wir in 20 Minuten nicht durchkriegen.

Kulturanthropologie, dies ganz generell, untersucht Migration nicht auf der Makroebene Gesellschaft, sondern auf der Mikroebene, mit den Methoden ethnologischer Feldforschung, also vor Ort, empirisch. Im Zentrum stehen Migranten als Akteure, mit ihren Biografien, ihren vormaligen und aktuellen Lebenswelten. Wie Menschen im – trotz Verortung – vielleicht nie endenden Prozess der Migration nun leben, wie sie mit dem Abschied von der Heimat (Umzüge sind psychische Extremsituationen) und neuen Anpassungserwartungen fertig werden, wie sie mit dem kollektiven *Integrationsgebot* unserer im Grunde individualisierten und höchst uneinheitlichen Gesellschaft umgehen und es lieber als *Angebot* zur Partizipation wahrnehmen würden, sind exemplarische Fragestellungen. „Ich nutze diesen Ort“, sagt die Tochter der Änderungsschneiderin und lacht: „aber ich liebe ihn nicht. Ich liebe Ümüt, der wohnt in Frankfurt.“

Kulturanthropologisch wird Kultur heute kaum mehr als Container verstanden, sondern als Prozess, der nie endet. Menschen werden zwar in einen kulturellen Kontext hineingeboren, den sie aber modifizieren, ähnlich einer symbolischen Raumeignung nach eigenen Bedürfnissen, ähnlich auch dem persönlichen Identitätsprozess, der dialogisch im sozialen Raum sich entwickelt und nicht deterministisch Prägung auf ewig bedeuten muss. Statt Zusammenleben der Kulturen, dem etwas die Vorstellung von Kulturen aus einem Guss anhaftet, sollten wir besser von Kulturen des Zusammenlebens sprechen.

Zwei wichtige kulturanthropologische Forschungsansätze zum Komplex Migration möchte ich kurz erwähnen, einmal die Analyse individueller Migrantenbiografien (einschließlich der Rückwanderer), zum anderen die Fremden in der Stadt als „global Heimat“; das Beispiel ist Frankfurt. Normalerweise stehen Raumbefüge nicht im Vordergrund, und die Studie mit dem Titel „Große Stadt, große Probleme – Kleine Stadt besser?“ ist schon etwas betagt, aber durchaus noch lesenswert. Werner Schiffauer hat in seinem Buch „Die Migranten aus Subay“ das Schicksal von Arbeitsmigranten aus einem anatolischen Dorf untersucht, denen es nicht um Integration geht, sondern primär darum, dahinterzukommen, wie die Kollegen und Chefs ticken, wie Deutsche funktionieren, um sich ein auf türkisch lesbares Deutschland zu erschließen.

Schiffauers Studie öffnet den Blick auf die Persönlichkeit von Menschen, bei denen das, was heute Migrationshintergrund heißt, sich schlicht als Vordergrund menschlicher Bedürfnisse zeigt. Ähnlich Hanne Straube, die Identitätsverwerfungen von Menschen auf der Schwelle zwischen der einen und der anderen Bedeutungswelt analysiert bis hin zu psychischen Brüchen, die sich pathologisch ausformen beim Sprung von einer ruralen, dezidiert vaterbestimmten, familien- und ehreorientierten, religionsgeformten und in überlieferten Ordnungen lebenden Gesellschaft in eine urbanisierte, familienrollenemanzipierte, laizistische, liberale und bis zur Erosion individualisierte Gesellschaft, in der Ehre wenig gilt.

Das Flippeln im Kopf zwischen zwei recht verschiedenen Wertesystemen, Verhaltensmustern und Mentalitäten setzt entweder eine große Ichstärke voraus oder – schafft sie. Was das alles noch zuspitzt: Instanzen der Rückbindung an Herkunftsland oder dessen normative Religion stehen in Konkurrenz zu den Anpassungszumutungen oder Integrationserfordernissen am neuen Ort.

Demnächst bin ich zu einem „Mahl der Verständigung“ vom örtlichen Ausländerbeirat nach Rodgau eingeladen. Man will wissen, was die Deutschen eigentlich mit dem

Wort Heimat meinen. Ich werde dann nicht über ein heimattümelndes, sondern modernes Konzept von Heimat und aktiver Heimataneignung sprechen und dabei von Menschen und ihren Bedürfnissen ausgehen, die ein je gegebener Raum hinsichtlich Schutz und Sicherheit, Impuls und Anerkennung, Identität und Identifikation gewährleisten soll.

Das geht etwa so: Menschen erwarten – bisher – von einem Ort oder einer Gegend,

- **Erstens**, dass dieser Raum Existenzsicherung und Schutz gewährt (ein Dach über dem Kopf, Arbeit, Bildung, Ausbildung, Mobilität ...);
- **Zweitens**, dass man als Einwohner bei politischen Entscheidungen mitwirken oder sie kontrollieren kann;
- **Drittens**, dass man Kontakt mit anderen haben und mit ihnen – Familie, Freunde, Nachbarn – kommunizieren kann;
- **Viertens**, dass man die Sprache verstehen, Zeichen, Symbole und Bedeutungen eines Raums lesen kann und auch selbst verstanden wird.

Es geht – aus kulturanthropologischer Sicht – um menschliche Bedürfnisse in vier Dimensionen – der existentiellen, politischen, sozialen und historisch-ästhetischen. Und die These heißt: Je mehr Befriedigungsmöglichkeiten Menschen für sich in einem je gegebenen Raum erkennen, umso mehr identifizieren sie sich mit ihm und nehmen ihn emotional als etwas eigenes, als *Heimat* an.

Heimat wird heute oft übersetzt als Ort und Gefühl – und vielleicht ist es nur die Zugehörigkeit zu einem mit anderen geteilten Gefühl. Was Verlust und Verweigerung, Sehnsucht nach Heimat, peinigendes Heimweh sowie Aushandeln neuer Möglichkeiten von Teilhabe und Zugehörigkeit einschließen mag. Und was im Prozess namens Globalisierung so leise wie massiv sich verändert. Wobei der Komplex Migration einen essentiellen Teil von Globalisierung darstellt.

© Heinz Schilling 15.09.2010

Nicht zitierfähige Lesefassung ohne Anmerkungen und Quellenbelege



Dr. Jörg Hüttermann

Eskalations- und Integrationspotenziale in Kleinstädten: Das Beispiel Espelkamp

Espelkamp mit seinen heute rund 28.000 Einwohnern wurde erst 1973 nach dem Zusammenschluss mit umliegenden Ortschaften gegründet. Bereits vor der Stadtgründung, im Zweiten Weltkrieg, erlebten einige der Ortschaften, die zur Gemeinde zusammengefasst wurden, die Ansiedlung von Sowjetischen Zwangsarbeitern. Diese Zwangsarbeiter-Kolonie wurde schon zu dieser Zeit von den Alteingesessenen „klein Moskau“ genannt. 1949 setzte ein verstärkter Zuzug von Kriegsflüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten ein. Zu Beginn der 1950er Jahre wurde daraufhin zum ersten Mal das Fehlen eines gemeinsamen, Alteingesessene wie Vertriebene verbindenden Wir-Gefühls beklagt. Da vor allem Politik und Kirche um Verständnis für die Neubürger warben, entstand dies dann doch. In den 1960er Jahren siedelten sich zunächst vor allem Gastarbeiter aus Griechenland und später aus der Türkei an. So waren im Jahre 1998 die rund 1.000 Espelkamperinnen und Espelkamper mit türkischem Pass die größte Minderheit unter den Nachfahren der Gastarbeiter. Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Vertrags wanderten zwischen 1971 und 1981 etwa 3.400 Aussiedler ein, gefolgt von einer zweiten Zuzugswelle (ca. 5.400 Zuwanderer) nach der Perestroika seit Mitte der 1980er Jahre. Da die Gastarbeiter und vor allem die Spätaussiedler zu diesem Zeitpunkt in der Dominanz waren, geriet das von der Politik und der Kirche geprägte Integrationsmodell in die Krise. Betrachtet man die Geschichte der Stadt Espelkamp heute, wird deutlich, dass sie schon früh von der Landespolitik als Indikator für Integration von Vertriebenen und anderen Zuwanderergruppen galt.

Im Folgenden geht es um die Ergebnisse einer Untersuchung zu gewaltförmigen Intergruppen-Konflikten in der Stadt Espelkamp. Die Eskalation dieses Konfliktes hat bei der lokalen Elite Espelkamps große Enttäuschung hervorgerufen, weil sie davon ausging, gerade mit Blick auf die Aussiedlerintegration vorbildliche Arbeit geleistet zu haben. Warum eskalierte der Konflikt? Warum konnte diese Konflikteskalation in Espelkamp so enttäuschen? Die Antworten auf diese beiden Fragen verweisen aufeinander: Indem man die Frage nach den Konfliktursachen beantwortet, beantwortet man zugleich die Frage nach der Enttäuschungsanfälligkeit Espelkamps. Indem man die Enttäuschungsanfälligkeit Espelkamps aufhellt, beantwortet man die Frage nach den Konfliktursachen. Auf die Frage nach den Konfliktursachen geben wir eine klare Antwort: Der Konflikt eskalierte, weil ihm in der Espelkamper Stadtgesellschaft ein gruppenbezogener Figurationswandel vorausging, der aus älter eingesessenen und neu hinzugekommenen Individuen migrationsbezogene soziale Gruppen machte und diese dann in Rangordnungskonflikte verwickelte. Weil das lokale Gründerethos der

Stadt als gleichsam mustergültige Vertriebenenstadt den Blick auf diesen konflikthanfälligen Figurationswandel verstellte, konnte sich die Stadtgesellschaft bis zuletzt über die Brisanz des damit verbundenen Konfliktpotenzials täuschen. Diese figurationssoziologische Antwort auf die Warum-Fragen basiert auf der Analyse von Interview- und Beobachtungsdaten zur Interaktion migrationsbezogener Gruppen auf den Figurationsfeldern der Stadtgesellschaft.

Der Schimpfklatsch der triadischen Figuration

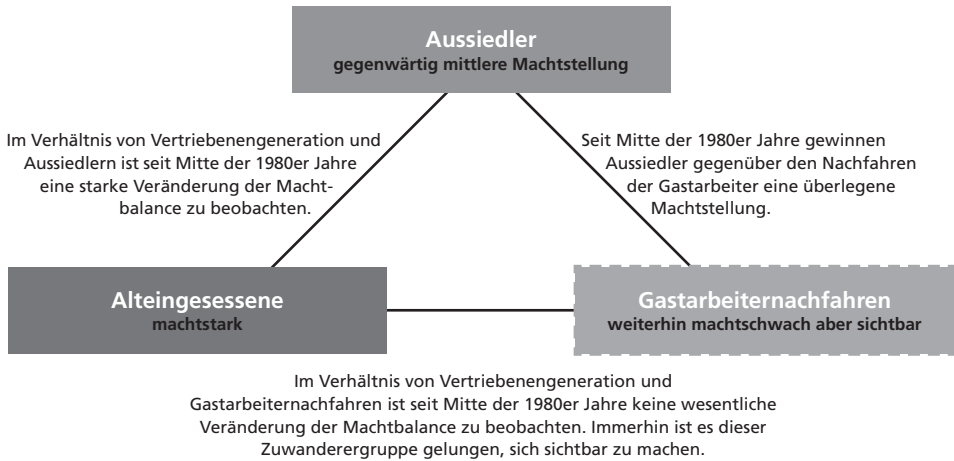
Schimpfklatsch ist sicher kein auf Espelkamp beschränktes Phänomen. Der Virulenz des Klatsches wird sich bewusst, wer mithört, was er nicht hören sollte oder wer von Dritten darüber ins Bild gesetzt wird, dass er Adressat von Klatschdiskursen geworden ist. Die Vertriebenen in Espelkamp waren vor allem in den ersten Nachkriegsjahren Gegenstand des lokalen Schimpfklatsches. Weil sie an ihren ost- und westpreußischen oder auch schlesischen Dialekten leicht zu erkennen waren und weil man die ohnehin knappen Ressourcen mit ihnen teilen musste, wurden sie schnell zur Zielscheibe des abwertenden Tratsches der Vorkriegseingesessenen. Gerade diejenigen, die von Seiten der Vorkriegseingesessenen ausdrücklich vom Klatsch ausgenommen werden, weil sie als ehemalige Wehrmachtsoffiziere oder als erfolgreiche Unternehmer unantastbar geworden sind, sind glaubhafte Zeugen der symbolischen Gewalt solcher Schimpfdiskurse.

Dass die Machthierarchie der ersten Nachkriegsjahre trotz Klatsch und Stigma die Vertriebenen nicht in ihrem Außenseiter-Status gefangen halten kann, hat drei Gründe: Einmal ist die schiere Massivität des Zustroms der Vertriebenen anzuführen, die in den 1950ern bald 2/3 der 10.000 in Espelkamp lebenden Einwohner ausmachen und somit lokalpolitisch die Überhand gewinnen. Dann ist die erfolgreiche Industrieansiedlung u. a. durch die massive finanzielle Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen zu nennen, von der alle Espelkamper – gleich ob eingesessenen oder vertriebenen – profitierten. Und schließlich ist einmal mehr die erfolgreiche Etablierung einer zu dieser Zeit eher inklusiven moralischen Ordnung zu bedenken, welche die gleiche Augenhöhe aller Bürger propagierte und den notwendigen Machbarkeitsoptimismus verbreitete.

Etwa vierzig Jahre später, zu Beginn der 1990er Jahre, ist der Schimpfklatsch für die Qualität der Intergruppen-Beziehungen in Espelkamp erneut von großer Bedeutung. Er erhält Nahrung durch die auf den unterschiedlichen Figurationsfeldern erfolgenden Verschiebungen der Machtbalancen in der triadischen Figuration Espelkamps (vgl. Abb., S. 22). Denn, wie jede Form sozialen Wandels, so muss auch der Figurationswandel in Erzählform gebracht werden, um Vertrautheit durch wiederholte Erzählungen zu restituieren.¹ Solche Alltagserzählungen übersetzen die Verschiebung von Machtbalancen in Anekdoten, Verschwörungstheorien, Scherze etc., die bei allem sprachlichen und sachlichen Eigensinn immer auch der Abwertung derjenigen dienen, die nicht ausweichen wollen beziehungsweise im Wege stehen. Gegenstand des abwertenden Klatsches sind sowohl diejenigen, die ihnen zugeordnete lebensweltliche Rangordnungsgrenzen durchbrechen (etwa diejenigen, die sich nicht als Gäste, sondern als Anspruchsbürger verhalten) oder diejenigen, die ihre vermeintlich angestammte, aber nun in Frage stehende Vorrangstellung gegenüber den Hinzugekommenen durch oft hilflose Platzanweisungen zu verteidigen suchen (etwa in Form von belehrenden Hinweisen auf die Regeln der historisch gewachsenen Hausordnung der Stadtgesellschaft).

¹ Mit dieser Annahme beziehe ich mich u. a. auf Plessners philosophische Anthropologie, die darauf beruht, dass der „kulturell geprägte Daseinsrahmen des Menschen“ darauf ausgerichtet ist, dem instinktuunsicheren Dasein Sicherheit zu geben sowie auf die von Alfred Schütz geprägte und von Berger und Luckmann fortgeführte Sozialphänomenologie. (Plessner, H.: Die Frage nach der *Conditio humana* 1961, in: Ders.: *Gesammelte Schriften VIII*, Frankfurt a. M. 1983b, 185)

Abb. Figur 2: Wandel der Machtbalancen in einer triadischen Figuration



Angehörige der Vertriebenengeneration und deren Nachfahren halten Spätaussiedlern vor, die Regeln der Gastfreundschaft und der auf gemeinsame Volkszugehörigkeit beruhenden Solidaritätsbände durch überzogene, das Nachkriegsmaß übersteigende Ansprüche gebrochen zu haben. Insbesondere der schnelle materielle Erfolg (Rentenbezug, Errichtung von Privathäusern etc.) sei unverdient. Zudem bietet die in ethnischer Hinsicht nicht mehr homogen deutsche Zusammensetzung der letzten – wie es in einem Interview heißt: „russisch versippte[n]“ – Zuwandererwelle Anknüpfungspunkte für deren ethnische Stigmatisierung.

Auf der anderen Seite sind auch Spätaussiedler enttäuscht. Sie müssen feststellen, dass Zuwanderer aus der Türkei in der Stadtgesellschaft, in der Schule, im Beruf etc. keineswegs, wie erwartet, einen untergeordneten Status einnehmen. Obwohl die Gastarbeiternachfahren nicht auf jene deutsche Abstammung verweisen können, die den Zuwanderern aus Osteuropa zunächst als Garant für Einbeziehung und Anerkennung erschien, sind sie (im Geschäftsleben oder in der Schule) unerwartet routiniert und erfolgreich. In diesen Zusammenhang spielt hinein, dass die spätausgesiedelten Espelkämpfer die türkischstämmigen Nachbarn mit jenen Turk-Völkern in der ehemaligen Sowjetunion in Verbindung bringen, durch die sie sich einst unterdrückt wähnten. Viele Spätaussiedler fürchten, dass ihr symbolisches Kapital, nämlich die deutsche Abstammung, durch das symbolische Kapital der türkischen Minderheit, in Gestalt einer längeren Wohndauer, relativiert oder gar entwertet wird. Dass sie sich als Deutsche zweiter Klasse abgewertet sehen, schmerzt. Mehr noch schmerzt aber, dass sie auf einer Stufe mit türkischstämmigen Espelkämpfern zweitklassig sein könnten.

Nichtanerkennung beklagt schließlich auch die Gruppe der aus der Türkei zugewanderten Bevölkerung Espelkamps. Sie nimmt die im Verhältnis zur Gastarbeiterimmigration unverhältnismäßig erscheinenden Aufwendungen des Wohlfahrtsstaates für die Zuwanderer aus Osteuropa als gezielte Diskriminierung wahr. Die eigenen Anpassungsleistungen scheinen nicht länger durch die Alteingesessenen anerkannt zu werden. Die symbolischen Kapitalien der längeren Aufenthaltsdauer und der über Generationen zur Wohlstandssteigerung beigetragenen Arbeitsleistungen scheinen durch das „Deutschtum“ der anderen Zuwanderer entwertet zu werden.

Die wechselseitig empfundene Nichtanerkennung der drei großen Bevölkerungsgruppen wird durch Schimpfklatsch verarbeitet und verstärkt. Letzterer vergiftet im Vorfeld des eingangs dargelegten Gewaltereignisses insbesondere das Klima zwischen den beiden großen Zuwanderergruppen. Denn beide geben der jeweils anderen

Zuwanderergruppe die Schuld für den prekären Status und das Ansehen der je eigenen Wir-Gruppe in Stadt- und Gesamtgesellschaft. Erst vor dem Hintergrundprozess des fest verankerten halböffentlichen Schimpfklatzes ist die (nur vermeintlich „natürliche“) Gegnerschaft in der jüngeren Generation der beiden zugewanderten Minderheiten zu verstehen.

Der Schimpfklatz am Beispiel Jugendlicher

Geradezu lehrbuchmäßig verlaufen Schimpfklatz beziehungsweise Abwertungskommunikation und Gruppenbildung bei jugendlichen Espelkämpfern. Gruppen von Jugendlichen, die aufgrund ihrer kulturellen und geographischen Herkunft heterogen zusammengesetzt sind, findet man meist nur dort, wo sie institutionell und programmatisch gestützt werden – also in Schulen, Schulklassenverbänden, im Betrieb oder in solchen Jugendeinrichtungen und Projekten, die von besonders engagierten und mit Charisma begabten Sozialarbeitern geleitet werden. Vor dem gewaltsamen Intergruppen-Konflikt (und auch noch unmittelbar danach) funktioniert offene Jugendsozialarbeit nur dann, wenn sie sich mit der Existenz ethnisch-kulturell homogener Cliques und mit dem Maximalziel der friedlichen Koexistenz dieser Cliques abfindet. Sobald Jugendliche außerhalb institutioneller Kontexte die Wahl haben, zu wem sie sich gesellen, reproduziert sich spontan die gruppenbezogene Dreiteilung der Stadtgesellschaft.

Wie verhärtet die Gruppengrenzen gerade unter den jugendlichen Spätaussiedlern und den Gastarbeiternachfahren zur Zeit des gewaltsamen Intergruppen-Konflikts sind, zeigt sich am Schicksal Einzelner. Zuwanderer, die etwa aufgrund ihrer Herkunft (Armenien, Aserbeidschan etc.) sowohl Türkisch als auch Russisch sprechen, bewegen sich mitunter über die Gruppengrenzen hinweg. Sie sind dabei stets in Gefahr, von den Grenzwächtern der Wir-Gruppen unsanft abgefangen zu werden. Wenn sie sich nicht in Situationen der Anfeindung (z.B. in der Diskothek) durch russisch oder türkisch sprechende Aggressoren aufgrund ihrer Sprachkompetenzen sowohl als Türken oder eben als Russen ausweisen könnten, würden sie häufig zur Zielscheibe von Gewalthandeln. Gerade diese Grenzgänger wissen genau, wo sie sich zu welcher Zeit in Espelkamp aufhalten dürfen und wo nicht. Ihr Leben ist durch eine ständige Gratwanderung charakterisiert, die nur aufgrund von Sprachkompetenz und geschicktem Ausweichhandeln funktioniert.

Aber auch andere Jugendliche, die nicht den Identitätsschablonen der drei großen Wir-Gruppen Espelkamps entsprechen, stoßen gelegentlich auf informelle Grenzwächter.² Wer sich als Schwuler, Lesbe oder Afro-Deutscher in der lokalen Öffentlichkeit bewegt, weiß davon zu berichten.

Mit Blick auf die Erfahrungen von Grenzgängern zeichnet sich eine ausgeprägte Gegnerschaft zwischen den jungen Gastarbeiternachfahren und den jugendlichen Spätaussiedlern ab. Die Kindeskinde der Vertriebenen stehen zwar oft neben und über der ausgeprägten Gegnerschaft der beiden Zuwanderergruppen, weil sie weitaus mehr als diese das örtliche Gymnasium frequentieren und sich aufgrund der vergleichsweise besseren ökonomischen Situation der Eltern und ihrer relativ guten finanziellen Ausstattung auch in überörtlichen Zusammenhängen vergesellschaften. Sie sind in dieser Hinsicht weniger auf die lokalen Räume der Stadtgesellschaft angewiesen als Zuwanderer. So sind sie in den beiden Jugendzentren praktisch nicht präsent. Andererseits beteiligen sich die Kindeskinde der Vertriebenengeneration durchaus an der

² Man darf sich Espelkamp keineswegs so vorstellen, als seien solche „Grenz-Konflikte“ in Espelkamp jederzeit und allorts zu beobachten. Aus figurationssoziologischer Sicht kommt es ohnehin nicht allein auf die Quantität solcher Konflikte an, sondern darauf, was sie mit Blick auf die Durchlässigkeit/Undurchlässigkeit der Gruppengrenzen zum Ausdruck bringen. Im Übrigen kann schon ein einmaliger Vorfall das Lebensgefühl und das Kontaktverhalten eines Menschen nachhaltig verändern. Sofern und soweit er andere an seiner Erfahrung teilhaben lässt, können auch seltene Ereignisse entsprechend folgenreich sein.

Abwertung der beiden Zuwandergruppen. Dies geschieht jedoch, wie vor allem ortsansässige Pädagogen berichten, in einer eher unauffälligen, vom Wissen um die Spielregeln der Political Correctness geprägten subtilen Form.

Es ist wesentlich einfacher für einen jugendlichen Spätaussiedler Kontakt zu Nachfahren der alteingesessenen Deutschen zu knüpfen als zu den Nachfahren der Gastarbeitergeneration. Entsprechend verhält es sich auch mit Jugendlichen aus dem Milieu der Arbeitsimmigranten; sie schließen schneller und einfacher Freundschaft mit den Kindeskindern der Vertriebenengesellschaft als mit den Zuwanderern aus Osteuropa.

Die Stigmatisierung von Zuwanderergruppen bringt vor allem bei den jungen Gastarbeiternachfahren und in der jüngeren Generation der Aussiedler etwas hervor, das Norbert Elias und John Scotson als „Doppelbinderfalle“ bezeichnet haben.³ Auf die konkrete Situation der ostwestfälischen Kleinstadt heruntergebrochen, ist darunter zu verstehen, dass die von Etablierten betriebene negative Fremdstigmatisierung der Außenseiter letztere dazu veranlasst, sich schließlich selbst subkulturell umzuwerten, so dass negative Fremd- und positive Selbststigmatisierung im Sinne eines Verstärkereffekts zusammengreifen. Die Außenseiter richten sich in ihrem Außenseiterstatus ein, um wenigstens untereinander Wertschätzung zu erlangen. Die Stigmatisierung der jugendlichen Spätaussiedler durch älter eingessene Jugendliche oder jugendliche Gastarbeiternachfahren ist so erfolgreich, dass sich erstere längst selbst als Russen bezeichnen.

Gerade spätausgesiedelte Jugendliche, die religiös eher ungebunden sind, identifizieren sich durch Lifestylesymbole (vom „CCCP“-Emblem, das auf die frühere UdSSR verweist, über den Wodka bis hin zu russischsprachigem Hip Hop) oder durch unmissverständlich affirmative Bezugnahme auf den Weltkriegsieger UdSSR, auf Stalin und auf Russland.

Der Schimpfklatz bei erwachsenen Espelkampern

Der Zusammenhang von Abwertungskommunikation und Gruppenbildung ist nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch mit Blick auf die erwachsenen Espelkamper zu beobachten. Älter eingessene Espelkamper setzen ihren Schimpfklatz insbesondere dort an, wo die ehemals synchronen Lebensläufe der Stadtgesellschaft sich an der Ungleichzeitigkeit anders verlaufender Lebenswege von Aussiedlern reiben. So nehmen sie häufig am als außerordentlich empfundenen Kinderreichtum von Aussiedlerfamilien Anstoß. Zwar war es auch für die erste Generation der Vertriebenen ursprünglich üblich, mehr als zwei Kinder zu haben. Aber seit den achtziger Jahren ist die moderne Kleinfamilie der unausgesprochene Maßstab für die Nachfahren der Vertriebenengeneration. Die mitunter in ganzen Familienverbänden einwandernden Migranten aus Osteuropa konfrontierten die älter Eingesessenen nun mit dem mittlerweile unzeitgemäß erscheinenden Kinderreichtum. Mehr noch als die asynchronen Familienformen beschäftigt die Alteingesessenen aber die Tatsache, dass die Spätaussiedler bis zum Beginn der 1990er Jahre auf staatliche Transferleistungen und Zuwendungen zurückgreifen konnten, die das, was einst den älter Eingesessenen zuteil geworden war, bei weitem übersteigt.

Nicht allein die Quantität, sondern auch die Qualität dieser Zuwendungen übersteigt einen Rahmen, der aus Sicht der Vertriebenengesellschaft als legitim erscheint. Die Spätaussiedler profitierten bis zu Beginn der 1990er Jahre von Gesetzen, die die junge Bundesrepublik einst für „Spätheimkehrer“ erlassen hatte.⁴ In diesen Zusammenhang gehören Ansprüche, die Aussiedler aus dem „Bundesvertriebenengesetz“ (vom 19. Mai 1953) oder aus dem „Kriegsfolgenentschädigungsgesetz“⁵ (vom 5. Nov. 1957) ableiten konnten.

Diese gesetzlichen Regelungen hatte die Politik bis in die 1990er Jahre nicht aufgehoben. Im Vergleich zu den relativ geringen Entschädigungen, die die Vertriebengeneration gemessen an der Anzahl der in Gefangenschaft/Internierung verbrachten Jahre einst bekamen, erhalten die Aussiedlerfamilien in Espelkamp – auch im Verhältnis zur allgemeinen Wohlstandssteigerung – eine weitaus größere finanzielle Zuwendung von Seiten des Staates.⁶ Älter Eingesessene, die einst, so zumindest die eigene Wahrnehmung, weitgehend durch eigene Arbeit zu Haus und Wohlstand gekommen waren, beobachten mit Misstrauen, dass Spätaussiedlerfamilien schon kurz nach ihrer Ansiedlung in Espelkamp seit Ende der achtziger Jahre beginnen, Häuser für die Mehrgenerationenfamilien zu errichten. Deren Größe übersteigt zudem deutlich die der Einfamilien- und Reihenhäuser der Vertriebenen generation. Überdies entstehen nun große, weithin sichtbare Gebetshäuser für die Mennoniten- und Baptistengemeinden, deren Anhängerschaft etwa die Hälfte der in Espelkamp lebenden Spätaussiedlerpopulation ausmacht. Sowohl die vorübergehend aussiedlerfreundliche Gesetzeslage aber auch die auf Familien- und Gemeindegemeinschaft beruhenden gegenseitigen Hilfeleistungen beschleunigen die Wohlstandskarrieren und den damit verbundenen Statusaufstieg vieler Spätaussiedlerfamilien. Angesichts der gewohnten und insofern auch lebensweltlich legitimierten Lebenslaufmuster der alteingesessenen Stadtgesellschaft empfinden die Alteingesessenen die schnelle, gewissermaßen als unstandesgemäß erscheinende Einfädung der Spätaussiedler ins bauliche und einkommensbezogene Rangordnungsgefüge der Stadtgesellschaft als übereilt und unverdient. Die Tatsache, dass die großzügigen staatlichen Zuwendungen für Aussiedler schon zu Beginn der 1990er Jahre zurückgefahren wurden, wird vom nachhaltig kursierenden Schimpfklatsch der Alteingesessenen nicht berücksichtigt.

Auch die Gastarbeiternachfahren vergleichen ihren Integrationspfad mit dem der Aussiedler und fühlen sich benachteiligt. Im lokalen Moscheevereine ist die Arbeitslosigkeit der türkeistämmigen Espelkamper das maßgebende Thema.⁷ Angesichts dessen erscheint der vermeintliche oder tatsächliche Erfolg der Spätaussiedler vielen Moscheegängern als Beleg für die Annahme, dass man gegenüber der neuen Zuwanderergruppe benachteiligt und ausgegrenzt wird. Beim Tee wird, so der Vereinsvorsitzende, in den letzten Jahren mehr und mehr darüber diskutiert, ob jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wieder in die Türkei zurückzukehren. Ob die Rückkehroption tatsächlich einmal in die Tat umgesetzt wird, ist nicht abzusehen. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass diese Situation in einen Schimpfklatsch übersetzt wird, der eine Art Verschwörungsszenario beinhaltet. Mit einem Satz: Man deutet in diesem Schimpfklatsch die eigene Situation, als verfolgte die alteingesessene Bevölkerungsmehrheit – die zudem an den Schaltstellen der lokalen Institutionen des Sozialstaates sitzt – den Plan, die Gastarbeiternachfahren systematisch zu verdrängen, um Aussiedlern Platz zu machen.

³ Elias, N./Scotson, J. L.: Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. M., 1993, S. 28.

⁴ Spätheimkehrer waren insbesondere Soldaten, die noch 1949 in der Sowjetunion in Gefangenschaft waren.

⁵ Das Kriegsfolgenentschädigungsgesetz diente der allgemeinen Regelung der durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandenen Schäden.

⁶ Eine deutschstämmige Familie aus der ehemaligen Wolgarepublik, die 1941 in andere Regionen verbannt worden war, wurde relativ hoch entschädigt; denn die Verbannung und damit auch die Bemessungsgrundlage erstreckte sich auf mehrere Jahrzehnte und jedes einzelne Mitglied einer solchen Großfamilie hatte Anrecht auf diese Eingliederungshilfen.

⁷ Laut der Agentur für Arbeit des zuständigen Kreises Herford stieg die Arbeitslosigkeit im Kreis Minden-Lübbecke (zu dem auch Espelkamp gehört) im Zeitraum zwischen 1991 und 2005 von 5,7 auf 11,2%. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der ausländischen Arbeitslosen trotz Einbürgerung um mehr als das sechsfache (von 371 auf 2.469). Unter den ausländischen Arbeitslosen sind wiederum etwa die Hälfte Nachfahren von aus der Türkei eingewanderten Gastarbeitern.

Der Schimpfklatsch auf Seiten der Mennoniten

Wie sieht nun der Schimpfklatsch auf Seiten der Mennoniten aus, die einen Großteil der Aussiedlerpopulation in Espelkamp ausmachen? Gibt es ihn überhaupt? Weil in Espelkamp zwei Generationen von Mennonitengemeinden leben, gibt es auf diese Frage zwei Antworten: Im Verlaufe der Feldforschungen konnten Kontakte mit einer mennonitischen Gemeinde geknüpft werden, die sich schon in der Nachkriegszeit ansiedelte. Nicht zuletzt, weil diese Mennoniten an der Stunde Null Anteil hatten und entsprechend ethisch synchronisiert waren, ist diese Gemeinde von Beginn an eng mit der Vertriebenenstadt verzahnt. Die Grenze zwischen der Stadtgesellschaft und der mennonitischen Pioniergemeinde ist so durchlässig, dass diese spontan eine Mittlerposition zwischen den etablierten evangelischen Gemeinden und den fundamentalistischen Mennoniten einnimmt. Für einen ausgeprägten Schimpfklatsch der mennonitischen Vorhutgemeinde gegenüber Gastarbeiternachfahren finden wir keinerlei Anhaltspunkte.

Mit Blick auf die zum Ende der achtziger und in den neunziger Jahren gegründeten Mennoniten- und Baptistengemeinden ergibt sich ein etwas anderes Bild. Zwar konnte der Feldforscher, aufgrund des ihm von dieser Seite entgegengebrachten Misstrauens, keine gemeindespezifischen Alltagskommunikationen erheben, die Rückschlüsse auf einen gegen die Nachfahren von Gastarbeitern oder gegen die Alteingesessenen zielenden Schimpfklatsch erlauben würden. Doch konnte mittels einzelner Interviews mit Ältesten (also Gemeindeführern) ermittelt werden, dass es dort für den herkömmlichen Schimpfklatsch ein funktionales Äquivalent gibt, das sehr wirksam ist – nämlich der Bibeldiskurs selbst.

Bei alledem, was dieser Diskurs etwa im spirituellen und heilsgeschichtlichen Eigensinne des Mennonitentums sonst beinhalten mag, er erfüllt offenbar immer auch die Funktion der moralischen Abwertung der sozialen Gruppen und Individuen außerhalb des mennonitischen Gemeindelebens, gleich ob es sich dabei um andere christliche Gemeinden, um säkulare Gruppen und Parteien oder um Muslime handelt.⁸ Vor diesem Hintergrund versteht die vorliegende Figurationsanalyse den die Bibel auslegenden Diskurs der jüngeren mennonitischen und baptistischen Gemeinden (bei allem theologischen Eigensinn) als funktionales Äquivalent für einen Schimpfklatsch, der die Polarisierung migrationsbezogener Gruppen und die Ausbildung von gruppenbezogenen Gegnerschaften in der Stadtgesellschaft Espelkamps hervorbringt und verstärkt. Er ist integraler Bestandteil der triadischen Abwertungskommunikation.

Das ethisch-religiös unterfütterte Schema der Gegnerschaft, das in diesem Interviewgespräch anklingt, findet in der Stadtgesellschaft ihren Nachhall. Was bei vielen älter eingewanderten Espelkämpfern – angesichts etwa von Schulkonflikten um die Verhinderung von Klassenfahrten durch mennonitische Eltern – ankommt, ist der Eindruck, dass viele Aussiedler sich durch Undankbarkeit, Vermessenheit, Fanatismus und Bigotterie auszeichnen. Die vermeintlich schwarzen Schafe mennonitischer Provenienz werden so gewissermaßen zum Kamm, über den man alle Aussiedler scheren kann.

Wechselseitige Stigmatisierung der Zuwanderergruppen

Die Rolle, die Angehörige der Vertriebenengeneration beziehungsweise ihrer Nachfahren in diesem Prozess der Verhärtung von Intergruppen-Beziehungen durch Schimpfklatsch spielen, ist im Vergleich zu der Rolle der anderen Gruppen der Einwanderungsstadt von herausragender Bedeutung. Dies nicht deshalb, weil die Vertriebenenelite auf dem Gebiet des Klatsches besonders virtuos agierte, sondern schlicht deshalb, weil sie die lokalen Vereinsvorstände sowie bedeutsame lokalpolitische, administrative und unternehmerische Positionen dominiert. Aufgrund des relativ hohen Status und des Amts-Charismas (bezogen auf Lokalpolitiker und Beamte) hat dieser Klatsch weitaus mehr Gewicht als jene abwertenden Anekdoten,

Scherze und Verschwörungstheorien, die von Seiten der Aussiedler und seitens der Gastarbeiternachfahren kommuniziert werden. Der Schimpfklatsch der Espelkamper mit Vertreibungshintergrund ist zudem von besonderem Gewicht, weil er beide Zuwanderergruppen symbolisch munitioniert und gegeneinander aufrüstet. So hören und übernehmen die Gastarbeiternachfahren allzu gerne Abwertungen der älter eingesessenen Espelkamper gegenüber der ausgesiedelten Zuwanderergruppe. Aussiedler wiederum übernehmen Vorurteile der älter eingewurzelten Espelkamper gegenüber den Gastarbeiternachfahren. In diesem Prozess der wechselseitigen Stigmatisierung der Zuwanderergruppen glaubt jede Zuwanderergruppe, dass sie die „Moral Majority“ beziehungsweise die Alteingesessenen Espelkamps auf ihrer Seite hat. Und wenn der Konflikt zwischen den Zuwanderergruppen gewaltförmig eskaliert, liefert dies wiederum den älter eingesessenen Espelkampern Munition für ihren gegen beide Zuwanderergruppen gerichteten Schimpfklatsch. Man könnte hier von einer Art Dreieck der Selbst- und Fremdehnisierung sprechen.

Die Kategorien „Russen“, „Deutsche“, „Türken“ (beziehungsweise „Schwarzköpfe“)⁹ sind in der Stadtgesellschaft so allgegenwärtig, dass es keiner sozialwissenschaftlichen Zuschreibungen bedarf, um ihre gleichsam zwingende Faktizität greifbar zu machen. Stigmata und auf ethnisch-kulturelle Herkunft verweisende identitätsaffirmative Symbole sind vor allem für männliche Jugendliche und junge Männer zu harten Grenzmarkierungen geworden, angesichts derer selbst flüchtige, ethnisch-kulturelle Grenzen überbrückende Begegnungen den Charakter von Ausnahmesituationen gewinnen. Auch Mädchen und junge Frauen, die in der satisfaktionsfähigen Jugend eher Publikums- oder Staffagerollen einnehmen, müssen mit Mobbing und Ausgrenzung von Seiten der jeweiligen Referenzgruppe rechnen, wenn sie sich über die Gruppengrenzen der triadischen Figuration hinweg verlieben oder gar verheiraten.

Die Verhärtung von Gruppengrenzen durch Schimpfklatsch ist aus konfliktsoziologischer Sicht eine Bedingung der Möglichkeit eskalierender Intergruppen-Konflikte, wie eingangs beschrieben.

Fazit

Die Zusammenfassung des Gesagten setzt unmittelbar bei der Verschiebung der lebensweltlich eingebetteten, vor allem durch Ausweichinteraktion konstituierten Machtbalance im Verhältnis von einerseits Zuwanderern mit Aussiedler- und andererseits Zuwanderern mit Gastarbeiterhintergrund an. Die Verschiebung der Machtbalance zwischen diesen Parteien ist selbst wieder in den größeren Kontext einer triadischen Figuration zu stellen; denn die beiden Zuwanderergruppen beobachten und bemessen ihre jeweiligen stadtgesellschaftlichen Rangpositionen mit Blick auf ihre vermeintliche Stellung zur Vertriebenengesellschaft. Die Konstitution der eigenen Wir-Gruppengrenzen der Zuwanderergruppen erfolgt dann auch u. a. im Alltagskonflikt mit der Mehrheitsbevölkerung. Dieser Aspekt soll aber zum Zwecke der Zuspitzung einmal hintangestellt werden. Die Verschiebung der Machtbalance zwischen den beiden seit den sechziger Jahren zugewanderten Gruppen ist der springende Punkt für die konfliktsoziologische Antwort auf Fragen nach den stadtgesellschaftlichen Ursachen des eskalierten Intergruppen-Konflikts in Espelkamp.

⁸ Eine aktuelle Untersuchung bestätigt einen ursächlichen Zusammenhang von Religiosität und gruppenbezogener Abwertung von Frauen, Juden, Schwulen und Muslimen in der deutschen Gesellschaft (vgl. Küpper/Zick 2006: 179ff.). Sie macht deutlich „(...) dass mit steigender individueller Religiosität abwertende Einstellungen gegenüber einer Reihe von schwachen Gruppen zunehmen“ (ebd. 185).

⁹ In Kasachstan lebende Deutsche bezeichneten Kasachen und Angehörige anderer Turk-Völker als „Schwarzköpfe“ oder einfach als „Schwarze“. Spätaussiedler in Espelkamp verwenden den Ausdruck nun für die Nachfahren der ehemaligen Gastarbeiter.

Espelkamp ist nach unserer Figurationsanalyse dennoch als relativ „starke Stadtgesellschaft“ zu beschreiben. Die Stadt hat allerdings größere Probleme zu bewältigen als Vergleichsstädte wie Salzgitter und Lahr. Hauptproblem in Espelkamp ist die Segregation der Vereine und eine Fragmentierung – z.T. auch Polarisierung – auf den Figurationsfeldern (Sport, öffentlicher Raum, Liebe und Flirt, Religion, lokale Ökonomie, Lokalpolitik etc.). Die Gruppengrenzen sind verhärtet. Die Eskalation von Gruppenkonflikten ist daher wahrscheinlicher als in anderen untersuchten Vergleichsstädten. Espelkamp hat zudem ein Imageproblem bei der eigenen Bevölkerung. Die erfolgreich etablierte, aber nicht mehr zeitgemäße Identität der „Vertriebenenstadt“ ist der Grund dafür, dass alles, was davon abweicht, als Zerfall interpretiert wird. Und diese Negativsicht trägt wiederum gerade bei den Alteingesessenen dazu bei, zu resignieren.

Defizite der bestehenden Selbstaktivierung sind vor allem auf der Ebene der niedrigschwelligen Einbeziehung von Zuwandergruppen zu beobachten. Nachbarschaftszentrum, Bürgerhaus und Jugendeinrichtungen sind zu schwach, als dass sie bodenständige Integration (Bottom-up-Integration), die die Gruppengrenzen auflockert, angemessen betreiben könnten. Es gibt zwar viele befristete Integrationsprojekte, ihnen fehlt es aber an personeller Kontinuität.

Mit Blick auf die Aktivierung von Integrationspotenzialen wäre für Espelkamp folgendes zu empfehlen:

Erstens: Räumlich gebündelte niedrigschwellige Gesellungsforen einzurichten. Geeignet dazu wären das Nachbarschaftszentrum Erlengrund, das Jugendzentrum und das Bürgerhaus. Auch personelle Ressourcen und zeitlich befristete Projekte sollten hier gebündelt werden, damit sie sich über die Zeit hinweg als Anlaufpunkte in den Köpfen stärker verankern.

Zweitens: Die in Espelkamp schon bestehende Tradition der „Stadtgespräche“ (Bürgerversammlungen zu aktuellen Themen, die von lokalen Medien begleitet werden) ist dahingehend zu aktivieren, als dass sie sich mit der Fragmentierung und Polarisierung auf allen Figurationsfeldern beschäftigt. Jedes Feld sollte je gesondert in einem „Stadtgespräch“ verhandelt werden.

Drittens: Mit Blick auf das lähmende Imageproblem machten wir bereits anlässlich eines „kleineren Workshops“ folgenden Vorschlag, der im Übrigen bei den Praktikern gut ankam: Man sollte in Espelkamp eine Art aktivierende Identitätsdebatte führen, die langfristig vorzubereiten und von unten nach oben zu entfalten wäre. Diese Debatte sollte über ein ganzes Jahr andauern und von Individuen, Kleingruppenebene, Organisationen bis hin zur lokalen Politik verlaufen. Ausstellungen, Preisausschreiben, Pressedokumentationen, Stadtgespräche und lokale Rundfunksendungen sollten den Weg zu einer neuen Espelkampidentität begleiten. Thema der Identitätsdebatte könnte etwa sein „In welchem Espelkamp wollen wir leben?“.

Hilal Sezgin



„Wieso können *die* kein Deutsch?“

„Warum lernen die Ausländer nicht endlich Deutsch?“ Diese leicht aggressive Frage höre ich immer wieder. Hier eine mögliche Antwort, nämlich die in nur wenigen Kleinigkeiten veränderte Geschichte einer Bekannten aus dem Nachbarort, die ich „Anja“ nennen will. Anja ist Spätaussiedlerin. Als sie vor neun Jahren mit ihrem Mann aus Russland kam, sprach sie noch kein Deutsch. Sie ist Sozialarbeiterin, und ihr Diplom würde auch in Deutschland anerkannt. Mit den entsprechenden Deutschkenntnissen könnte sie hier arbeiten, also meldete sie sich zu einem Integrationskurs an. Derweil lebte die Familie von Hartz IV. Des Geldes wegen und auch, weil sie meinte, im täglichen Kontakt mit anderen schneller Deutsch lernen zu können, brach sie den Kurs ab und arbeitete in einer Keksfabrik. Gespräche unter den Arbeiterinnen wurden dort nicht gern gesehen.

Anja wurde schwanger, bekam zwei Kinder im Abstand von vier Jahren. Als der jüngere Sohn vier wurde, wollte sich Anja wieder bei der Volkshochschule anmelden, fand aber keine geeignete Kinderbetreuung. Der Integrationskurs geht bis 13.30 Uhr, der hiesige Kindergarten aber nur bis 12 Uhr. Nach einigem Hin-und-her-Telefonieren fanden wir heraus, dass sie einen Antrag auf verlängerte Betreuung stellen kann – bis 13 Uhr. Für die Stunde muss sie selber zahlen. Ohnehin geht auch diese Betreuung nur bis 13 Uhr, und der Deutschkurs bis 13.30 Uhr. Ich rief bei diversen Kindergärten in der Kreisstadt an, wo die Betreuungszeiten besser waren, doch sie hatten keine Plätze mehr. Ich erkundigte mich, ob Anja wenigstens ein Anrecht auf die Stunden habe, die ihr durch diese zeitliche Lücke entfallen würden – wenn sie also Schwierigkeiten hätte, mitzukommen. Nein, war die Auskunft, die Stunden verfallen. Obwohl Anja nichts dafür kann.

Eines Tages stand Anja tränenüberströmt vor meiner Tür. Vor einigen Monaten war im Kindergarten eine Armbanduhr abhanden gekommen. Nun hatte ihr Sohn die Uhr seiner Mutter mit in den Kindergarten genommen; sie sah wertvoll aus. Die Kindergartenleiterin vermutete einen Zusammenhang und rief sofort die Polizei. Die Polizei sprach mit dem Fünfjährigen, ohne dass die Mutter dabei war. Das Kind wurde regelrecht verhört. Die Sache hat sich dann schnell wieder erledigt. Was blieb, war Anjas Ärger darüber, wie die Kindergartenleiterin mit der Sache umgegangen war. „Mit einer deutschen Mutter hätten sie es nie gemacht!“, sagt sie. „Sie haben nicht mal mit mir, der Mutter, gesprochen! Sie haben meinem Kind Angst gemacht! Wie soll ich dieser Frau weiter vertrauen?“ Erst ein halbes Jahr zuvor hatte der Kindergarten einen Ausflug in den Wald gemacht. Dabei gingen Anjas Sohn und sein bester Freund, ein Cousin,

„verloren“. Die Kindergartengruppe kehrte ohne die beiden zurück und bemerkte es erst im Nachhinein. Zum Glück trafen die Kinder im Wald auf eine Spaziergängerin, die brachte sie heim. Bis heute hat sich die Kindergartenleiterin dafür nicht entschuldigt. Anja hat sich nicht offiziell beschwert, keine Anzeige erhoben. Und jetzt das.

Die Kindergartenleiterin redete nicht mal mit ihr, aber das ist eigentlich das Hauptmerkmal von Anjas Lebenssituation: Niemand redet mit ihr. Wenn sie Deutsch spricht, spricht sie langsam und leise; es ist ihr so peinlich, Fehler zu machen. Sie traut sich kaum, mit Deutschen zu sprechen, und die reden von sich aus auch nicht mit ihr. Einmal fragte sie mich, wie man korrekt fragt: „Mein Sohn würde ihren Sohn gern einladen, am Nachmittag zu uns zu kommen.“ Sie schrieb es sich auf. „Auf Russisch redet Anja ununterbrochen“, sagt ihr Mann. Und Anja: „Es ist schwer für mich, weil ich so gern rede, aber auf Deutsch kann ich das nicht.“ Also ist sie vor allem mit russischen Frauen befreundet. Einer hat sie eine Wohnung im selben Haus verschafft. Eine zweite wird wohl mit ihrer Familie ebenfalls in das Haus ziehen. Die drei sehen sich täglich. „Ohne sie könnte ich nicht überleben“, sagte Anja. „Ich muss meine Sorgen mit jemandem besprechen.“ – Wer kommt da schon wieder mit dem Stichwort „Parallelgesellschaft“?

Anfang dieses Jahres hat Anja dann ihren Einstufungstest bei der Volkshochschule gemacht, der Kurs sollte ab April losgehen. Vorher riefen wir mehrmals an, um sicherzustellen, dass es der Fortgeschrittenenkurs war. Anja kam dort an, und es war der Anfängerkurs. Sie solle wieder heimgehen und warten, bis der Kurs ihr Niveau erreicht habe. Wann das sei, wollten wir wissen. Das könne man vorab nicht sagen, hieß es. Sie wartete zwei Monate, fragte wieder nach. Keine Antwort. Am 10. August endlich ging Anja ein Brief der Volkshochschule zu: Ihr Kurs fange an. Habe angefangen. Am 9. August. Seither habe ich Anja zwei Mal getroffen. Der Kurs scheint gut für sie zu sein. Was Grammatik und Wortschatz angeht, sagt die Lehrerin, ist sie die Beste im Kurs. Ich wünsche ihr, dass sie bald so gut Deutsch spricht, dass sie keiner mehr ignorieren kann; dass sie selbst bei Behörden anrufen kann; dass sie auf Nachbarn zugehen kann.

Denn ja, alle hier Lebenden sollten möglichst schnell Deutsch lernen – weil Sprache das vermutlich wichtigste Unterscheidungsmerkmal des ganz normalen Rassismus in Deutschland ist. Auch das Aussehen, der Klang des Namens und natürlich sozialer Status, Habitus und Kleidung sind solche Merkmale. Letztgültig entschieden wird über Zugehörigkeit aber anhand der Sprache. Dabei ist es völlig egal, ob jemand die eigene Muttersprache und eventuell noch drei Fremdsprachen flüssig beherrscht – nur kein Deutsch. Wenn er kein Deutsch kann oder einen deutlichen Akzent hat, ist er „draußen“. Und bleibt „draußen“.

Oft gilt es, harte Entscheidungen zu treffen – Geldverdienen oder Deutsch lernen, Kinder aufziehen oder Deutsch lernen. Weit davon entfernt, den „Ausländern“ das Deutsch hinterherzutragen, das sie dann schnöde ablehnen, ist es so, dass unsere Gesellschaft das Deutsche oft hütet wie einen Schatz oder ein Privileg. Wer aufrichtig über Integration reden will, muss auch das bedenken. Muss nach den vielfältigen Hürden fragen, die den Zugang in unsere Gesellschaft erschweren und für deren Abbau die Politik Verantwortung trägt.

4

Zuwanderer im ländlichen Raum – Integrationsprojekte aus anderen europäischen Ländern



Ruth K. Tennenbaum

Zusammenfassung des Vortrags

Zusammenleben im ländlichen Raum, Schweiz

Als Beispiel aus anderen europäischen Ländern stellte Ruth K. Tennenbaum, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) in Bern/Schweiz, das von der Kommission initiierte und mitfinanzierte Programm „Zusammenleben im ländlichen Raum“ vor. Zu Beginn ihres Beitrags, in dem sie auf die Arbeit der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) sowie den Ausgangspunkt, die Rahmenbedingungen, die Ziele und ersten Ergebnisse des Programms einging, stellte Frau Tennenbaum einige allgemeine Überlegungen zum Integrationsbegriff an.

Integration sei eine Frage des Blickwinkels und das heiÙe, dass man seine Perspektive *ändern* könne. Prof. Schilling zitierend betonte sie, dass es um eine „Kultur des Zusammenlebens“ gehe und nicht um das „Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen“. Darunter verstehe sie, eine Kultur zu finden, wie man besser zusammenleben könne. Sich zu vergleichen, könne als ein Moment der produktiven Differenz betrachtet werden, doch dies sei ein Risiko. Ihrem Verständnis zufolge sollten wir versuchen, Brücken zu bauen, um diese produktive Differenz auszutragen. Es gehe darum, sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit zu ermöglichen sowie Hemmnisse abzubauen.

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM)

Die EKM ist eine außerparlamentarische Kommission, die ein beratendes Organ des Bundesrates und der Verwaltung darstellt und dem Bundesamt für Migration angegliedert ist. Zwischen den in der Integrationsförderung tätigen Organisationen und Bundesbehörden nimmt die EKM eine intermediäre Funktion ein. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem die Veröffentlichung von Berichten, Stellungnahmen und Handlungsempfehlungen, überdies gibt die EKM zweimal jährlich die Schweizer Zeitschrift „terra cognita“ zu Integrations- und Migrationsfragen heraus. Im Rahmen der Integrationsförderprogramme des Bundes unterstützt und fördert sie nicht zuletzt Modellvorhaben, die gesamtschweizerische, übertragbare und praxisrelevante Erkenntnisse ermöglichen sollen. Den Leitlinien des Bundesamtes für Migration

entsprechend, unterstützen diese Modellvorhaben die Entwicklung der Integrationsförderpraxis, den Austausch zwischen Trägern und Kantonen und tragen dazu bei, Best- und Good-Practice-Beispiele flächendeckend zu etablieren. Gewählt durch den Bundesrat konstituierte sich die EKM am 1. Januar 2008 aus der Fusion der früheren Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) und der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen (EKF). Die EKM zählt heute 30 Mitglieder, die Hälfte davon mit Migrationserfahrungen, ein dreiköpfiges Präsidium sowie ein Sekretariat.

Das Programm „Zusammenleben im ländlichen Raum“

In der Schweiz gibt es 2.600 Gemeinden, einige Großstädte mit Agglomerationen und sogenannte periurbane ländliche Räume, wobei es sich hier um große, relativ stark besiedelte Flächen handelt, die einerseits attraktive Wohn- und Arbeitsorte, andererseits jedoch integrationspolitisches Brachland darstellen. Diese periurbanen Regionen umfassen ca. 1.500 Gemeinden und ca. 1,6 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Viele dieser Gemeinden verfügen über wenig oder keine Ressourcen und Erfahrungen in Integrationsfragen. So konnte die EKM in den letzten Jahren feststellen, dass in diesen Regionen die Integrationsarbeit durch die nationale Integrationsförderung wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. Gleichwohl lässt sich auch dort ein demographischer Wandel beobachten, der Handlungserfordernisse und Herausforderungen in diesem Bereich deutlich macht. Aufgrund des erkannten Bedarfs richtet sich der Fokus des Programms „Zusammenleben im ländlichen Raum“ auf den periurbanen ländlichen Raum. Auswahlkriterien für die teilnehmenden Regionen waren: Ein relativ hoher Anteil an Migrantinnen und Migranten und, dass die Region eine integrationspolitische „Brache“ darstellt. Zudem wurden sowohl Regionen, die in der deutschen als auch einige, die in der französischen Schweiz liegen, ausgewählt. Jede Gemeinde der fünf Regionen (St. Galler Rheintal, Freiamt Kanton Aargau, La Broye Kantone Freiburg und Waadt, Le Chablais Kantone Waadt und Wallis und der Kanton Glarus) wurde schriftlich eingeladen, ein regionales Projekt in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Gemeindeverbänden und privaten Organisationen zu entwickeln und einzureichen. Überdies erhielt die Regionalplanung eine Einladung sich zu beteiligen. Mit dem Programm sollen modellhafte Integrationsprojekte initiiert und innovative Maßnahmen in ländlichen periurbanen Regionen ermöglicht werden, um diese Good-Practice-Beispiele als Impuls für regional nachhaltige Entwicklungsprozesse des Gemeinwesens zu nutzen.

Die Ziele des Programms lassen sich durch folgende Punkte zusammenfassen:

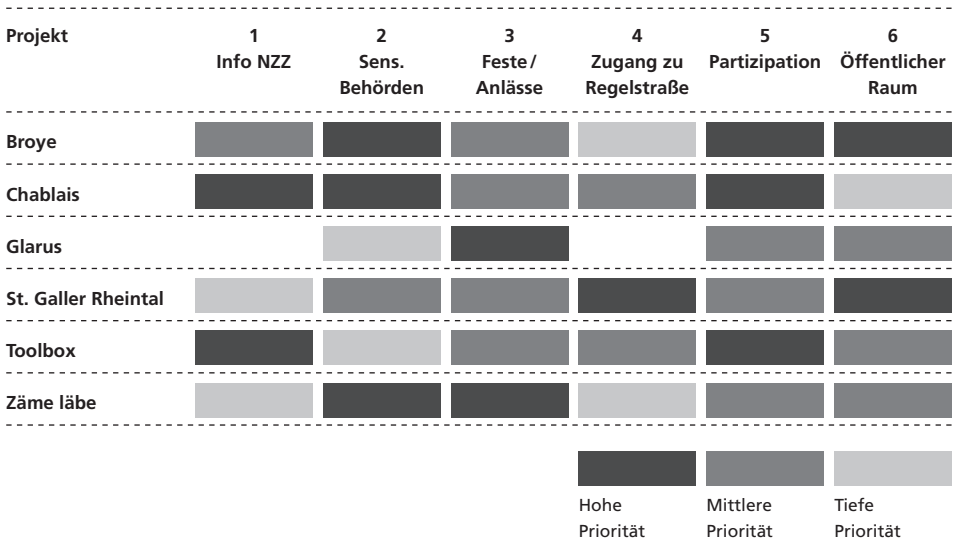
- Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten
- Verbesserung des Zusammenlebens ermöglichen
- stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit verschiedenster Akteure ermöglichen
- partizipative Strukturen bzw. Partizipation der Bevölkerung fördern
- Erkenntnisse für die Integrationsarbeit gewinnen
- neue Methoden und Inhalte der Integrationsarbeit entwickeln
- die lokale Integrationspolitik ankurbeln und nachhaltig verankern.

Wichtig ist hierbei vor allem, dass sich die genannten Zielsetzungen an alle Zugezogenen, aber auch Behörden richten und nicht nur Migrantinnen und Migranten ansprechen. Entscheidend ist, die Menschen vor Ort darin zu stärken, integrative Projekte umzusetzen und mitzugestalten – mit anderen Worten, die Bevölkerung aktiv einzubeziehen und die Vorhaben lokal zu verankern. Um dies zu erreichen, arbeiten verschiedene Institutionen zum Teil aus unterschiedlichen Regionen bzw. Gemeinden zusammen. Zudem findet ein regelmäßiger Austausch der Erfahrungen auf nationaler Ebene statt. Projekte ermöglichen auf diese Weise Lernprozesse und liefern Erkenntnisse über die Integrationsförderung in diesen Regionen. Die Förderung erstreckt sich über mehrere Jahre, jedoch maximal bis Ende 2011. Voraussetzung hierfür ist, dass die teilnehmenden Kantone und Gemeinden mindestens 50 % mitfinanzieren.

Aktivitätslinien der beteiligten Projekte

Das Programm umfasst insgesamt sechs Modellprojekte aus fünf Regionen. Während des bisherigen Prozesses kristallisierten sich die beiden Bereiche *Information* (Information von Zugezogenen, Sensibilisierung der Behörden, Feste und Anlässe) und *Veränderung* (Zugang zu Regelstrukturen, Partizipation, Gestaltung des öffentlichen Raums) heraus. In diesen Bereichen entstanden sechs typische Aktivitätslinien sowie eine regionalbezogen unterschiedliche Gewichtung der Aktivitäten.

Abb. Aktivitätslinien der beteiligten Projekte



Basierend auf den ersten Erfahrungen innerhalb der Projekte lassen sich vor allem vier innovative Ansätze feststellen. Hierzu gehören:

- Bildung von Integrationsräten
- Entstehung neuer kommunikativer Strukturen – Kooperation von Akteuren, die bisher noch nicht zusammenarbeiteten
- mobile Vorgehensweisen
- Gemeindebehörden als Zielgruppe.

Als ein gelungenes Beispiel für den Ansatz der mobilen Vorgehensweise in einer Region ist die Spielanimation in Gemeinden zu nennen. Mittels eines Spielbusses werden Quartiere besucht und als Teil der Animationen werden Kinder und Erwachsene zur Verbesserung der Lebensqualität befragt. Die Bedürfnisse werden analysiert und entsprechende Handlungsempfehlungen für die Gemeinde und die Bevölkerung erarbeitet und vorgestellt. Auf dieser Grundlage werden mit lokalen Projektgruppen mögliche Maßnahmen realisiert. Im Voraus wurde eine vertragliche Vereinbarung mit der Gemeinde abgeschlossen, um den Prozess und die Umsetzung zu gewährleisten.

Erfahrungen und bisherige Erkenntnisse

Die Projekte konnten sich gut verankern. Feststellbar ist, dass die Arbeit bzw. der Erfolg stark von einzelnen Personen abhängt. Durch das Programm sind neue Strukturen der Vernetzung und Zusammenarbeit entstanden (z.B. Regionalplanung, Integrationsfachleute, Vereine und Gemeindebehörden bis zu Vertretern aus der Wirtschaft arbeiten zusammen). Überdies ist es gelungen, die Kantone in die Projekte zu involvieren und sie zur Mitfinanzierung zu bewegen. Die Gemeinden bzw. Gemeindebehörden als wichtige Zielgruppe stellen regional unterschiedliche Herausforderungen dar, aber auch im Integrationsverständnis zwischen den einzelnen Sprachregionen gibt es Differenzen. Die Unterstützung des Projektmanagements durch die EKM mittels Coaching und nationalem Austausch ist ein wichtiges Werkzeug, welches angenommen

und geschätzt wird. Der interregionale Austausch zwischen den Projekten ist jedoch weiter ausbaufähig und entspricht noch nicht den Erwartungen der EKM. Die Ziele eines Projektes können sich im Laufe des Prozesses etwas verschieben und/oder konkretisieren. Die Umsetzung der Projekte erweist sich für einige Akteure als schwierig. Manche Projektteilnehmer hätten beispielsweise vor der praktischen Umsetzung gerne länger diskutiert. Das kann aber auch zu einem Hindernis werden und am Schluss steht das Projekt mit leeren Händen da. Hier gilt es aufmerksam zu bleiben und wenn nötig, steuernd einzugreifen.

Fazit

Da das Programm in vollem Gang ist, kann die Zielerreichung nur eingeschätzt werden. Das Programm orientiert sich an der Strategie der kleinen, aber stetigen Schritte. Ein integrationspolitischer Diskurs und Prozesse in den Regionen konnten bereits in Gang gesetzt werden.

Da es immer wieder zu Rückschlägen kommen kann, sind Durchhaltevermögen und Geduld wichtig. Vor allem die Planungsphase ist in der Regel sehr zeitaufwendig. Herausfordernd, aber sehr förderlich ist, Projekte gut zu unterstützen und zu begleiten, aber auch Aufgaben und Rollen klar zu definieren. In periurbanen Räumen hat sich gezeigt, dass Maßnahmen für ein besseres Zusammenleben vom regionalen Ansatz ausgehend geplant und realisiert werden sollten, dies bündelt finanzielle und personelle Ressourcen, was bei den vielfach strukturschwachen Gemeinden auch ein Motivationsfaktor ist. Erfolgversprechend ist zudem der integrierte interdisziplinäre Ansatz, der stadtteilbezogenen Programmen zugrunde liegt. Dieser Ansatz ist in periburbanen und ländlichen Gebieten als innovativ und modellhaft zu bezeichnen.

Übersicht: Erste Ergebnisse des Programms

Sind die Ziele erreicht worden? Eine Einschätzung

Ziel: Beitrag zur regionalen Entwicklung

Einschätzung: Im Bereich Information der Bevölkerung und Neuzugezogenen

Ziel: Verbesserung des Zusammenlebens

Einschätzung: Ansätze sind vorhanden, ist schwierig messbar, braucht Zeit

Ziel: Vernetzung und Zusammenarbeit

Einschätzung: Positiv überrascht

Ziel: Partizipation der Bevölkerung

Einschätzung: Bei der Entwicklung mehrheitlich gut gelungen, bei der Umsetzung noch offen

Ziel: Gewinnen von Erkenntnissen für die Integrationsarbeit periurbaner Regionen

Einschätzung: Zu erwarten

Ziel: Entwickeln von neuen Methoden

Einschätzung: Mobile Dienste und Angebote, integrierte Ansätze, Zielgruppen sind auch Einheimische und Behörden

Ziel: Ermöglichen einer nachhaltigen Entwicklung mit Blick auf die lokale Integrationspolitik

Einschätzung: Ist so vorgesehen in der Projektplanung, jedoch für Rückschlüsse noch zu früh

Eine Evaluation des Programms zur Zielerreichung und Wirkung wird nach 2011 mehr Aufschluss geben. Informationen zu den einzelnen Vorhaben und zur Kommission sind auf folgenden Webseiten zu finden: www.periurban.ch; www.ekm.admin.ch.

Verena Wisthaler



Migration in Nord- und Südtirol: Erfahrungen aus dem grenzüberschreitenden Interreg-Projekt MigrAlp

I. Was ist MigrAlp?

MigrAlp ist ein gemeinsames Interreg-Projekt des Instituts für Minderheitenrecht der Europäischen Akademie EURAC-Bozen – Italien und des Zentrums für MigrantInnen in Tirol (ZeMiT) – Österreich, das im Januar 2009 startete und bis November 2011 laufen wird. Das Projekt MigrAlp untersucht das Phänomen der Migration in Nord- und Südtirol anhand spezifischer Vergleichsstudien über ausgewählte ethnische Gemeinschaften und deren soziale und wirtschaftliche Netzwerke. Dadurch sollen neue Formen der Integration aufgezeigt werden, welche helfen sollen, die Diskriminierung erfolgreich zu bekämpfen und neue Wege der Integration zu fördern. Ein weiteres Ziel des MigrAlp Projektes ist es, ein Integrations- und Migrationsmonitoring-Instrument, das speziell auf die lokalen Gegebenheiten in Süd- und Nordtirol zugeschnitten ist, zu entwickeln. Damit soll den Süd- und Nordtiroler Gemeinden ein Instrument zur Gestaltung der Integrationsprozesse zur Verfügung gestellt werden. Zudem wurde ein Spiel zur Sensibilisierung Jugendlicher im Bereich Antidiskriminierung sowie Vielfalt als Chance entwickelt. Spacemigrants 2513 bringt junge Menschen auf spielerische Weise mit diesen Themen in Berührung. In einer zweistündigen praktischen und partizipativen Spielphase und einer anschließenden Gruppenreflexion üben die Jugendlichen den Umgang mit Konflikten, Unterschieden und Chancen. Aktives, entdeckendes, kreatives und kooperatives Lernen fördert die soziale, persönliche und methodische Kompetenz der Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Im Folgenden sollen erstens die Projektpartner kurz vorgestellt werden, dann das Migrationsphänomen in Nord- und Südtirol sowie das Integrations- und Migrationsmonitoring näher erläutert werden.

II. EURAC – ZeMiT:

Was ist der Mehrwert einer Partnerschaft zwischen Forschungszentrum und NGO?

Die EURAC ist ein privates Forschungszentrum, angesiedelt im Grenzgebiet zwischen Italien und Österreich. Südtirol, bis 1920 Teil des historischen Tirols und somit ein Teil Österreichs, wird mehrheitlich von einer deutschsprachigen Bevölkerung bewohnt, die einen sehr ausgedehnten Schutz als sprachliche Minderheit in Italien genießt. Zudem liegt Südtirol im Herzen der Alpen, in einem touristisch gut erschlossenen Gebiet. Südtirol mit all seinen Besonderheiten bildet somit den Ausgangspunkt der Forschung an der EURAC. Aufgeteilt in 5 Schwerpunktbereiche, nämlich Angewandte Sprachwissenschaft, Minderheiten und Autonomien, Nachhaltige Entwicklung, Management

und Unternehmenskultur sowie Lebenswissenschaften, forschen an den 11 Instituten über 250 Mitarbeiter aus der ganzen Welt. Das EURAC-Institut für Minderheitenrecht ist der Träger des MigrAlp-Projektes. Ausgehend vom Südtiroler Autonomiemodell werden die rechtlichen und politikwissenschaftlichen Facetten des Minderheitenschutzes weltweit erforscht. Traditionell beschäftigt sich das Institut mit den sogenannten „alten Minderheiten“, doch die Forschung hat sich in den letzten Jahren auch immer mehr den sogenannten „neuen Minderheiten“, also den Personen mit Migrationshintergrund, zugewandt. Aus diesem neuen Forschungsschwerpunkt heraus hat sich das sozialwissenschaftlich ausgerichtete Projekt MigrAlp entwickelt.

Für die EURAC als juristisch-politikwissenschaftliches privates Forschungszentrum war es sehr interessant mit einer Nicht-Regierungsorganisation jenseits des Brenners zusammenzuarbeiten. Primäre Aufgabe des ZeMiT (Zentrum für MigrantInnen in Tirol), das 1985 als gemeinnütziger Verein gegründet wurde, ist es vor allem, Arbeitsmigranten und -migrantinnen unabhängige und mehrsprachige Beratung und Betreuung zu bieten. Seit 2001 werden auch wissenschaftliche Projekte in den Bereichen Zuwanderung, soziale Integration, Arbeitsmarkt, Jugend, Rassismus und Anti-Diskriminierung durchgeführt. Das ZeMiT hat somit einen sehr praktischen Zugang, gegründet auf einem reichen Erfahrungsschatz aus der Arbeit mit unterschiedlichen Migranten. EURAC hingegen neigt aufgrund der Arbeit im Bereich des Minderheitenschutzes zu einem gruppenrechtlichen Forschungsansatz. Im MigrAlp Projekt treffen auch methodologisch Sozialwissenschaften auf Rechts- und Politikwissenschaften, was nach der Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten einen Mehrwert für das Projekt darstellt.

Einen weiteren Mehrwert des Projektes stellt zweifelsohne die grenzüberschreitende Komponente dar, denn obwohl Nordtirol in Österreich und Südtirol in Italien ehemals ein gemeinsames Bundesland oder Provinz waren, haben sich die beiden Teile des historischen Tirols sehr unterschiedlich entwickelt und können somit auch viel voneinander lernen.

III. Migration in Nord- und Südtirol, Gemeinsamkeiten und Unterschiede oder Herausforderungen für das Projekt?

Unterschiedliche Herkunftsländer und Migrationsgeschichte

In Südtirol leben derzeit 503.434 Personen, wobei 39.156¹ davon ausländische Mitbürger sind.² Somit entspricht der Anteil der ausländischen Bevölkerung einem Anteil von 7,9% der Südtiroler Bevölkerung. Ein Drittel der ausländischen Mitbürger kommt aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat, wobei wiederum die Hälfte derer allein aus Deutschland kommt. Ein weiteres Drittel der in Südtirol lebenden ausländischen Mitbürger kommt aus europäischen Staaten, die jedoch nicht EU-Mitgliedsstaaten sind, und ein weiteres Drittel aus Asien und Afrika. Die größte in Südtirol anwesende Gruppe sind 5.140 Personen aus Albanien,³ gefolgt von 4.559 Personen aus Deutschland und 3.174 Menschen aus Marokko. Im Bundesland Tirol lebten zu Beginn des Jahres 2008 etwas über 700.000 Einwohner. Knapp 74.000 Personen nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit hatten ihren Lebensmittelpunkt in Nordtirol, das entspricht 10,4% der Gesamtbevölkerung. Die größten Gruppen nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit bilden Personen aus Deutschland (23.000), den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (19.000) und der Türkei (12.000). Fast die Hälfte der ausländischen Wohnbevölkerung in Tirol sind EU-Bürger und damit österreichischen Staatsangehörigen weitestgehend gleichgestellt.⁴

Die Zuwanderung der ausländischen Bevölkerung hat in Südtirol in den letzten 20 Jahren stark zugenommen: Konnten im Jahr 1990 in Südtirol etwa 5.000 ausländische Mitbürger gezählt werden, waren es 2006 schon 28.394 (5,8% der Südtiroler Bevölkerung). Entwickelt sich die ausländische Bevölkerung wie bisher, könnten 2020 bereits

14,3% der Bevölkerung ausländischer Herkunft sein.⁵ Dieser rasche Anstieg entsteht nicht nur durch die relativ hohen Zuwächse, sondern auch aufgrund der jungen Altersstruktur und der hohen Geburtenrate innerhalb der ausländischen Bevölkerung. Eine zweite Generation von Migranten und Migrantinnen ist deshalb gerade erst am Entstehen. Trotz des signifikanten Anteils an ausländischen Mitbürgern ist Südtirol jedoch eine der wenigen italienischen Provinzen, die noch kein eigenes Gesetz zur Integration ausländischer Mitbürger erlassen hat. Im Gegensatz dazu kann Nordtirol bereits auf eine längere Migrationsgeschichte zurückblicken. Mit Beginn der (halb)staatlich⁶ organisierten Anwerbung von Arbeitsmigranten und -migrantinnen im Jahr 1961⁷ nahm auch die Anzahl von Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit am Nordtiroler Arbeitsmarkt zu. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern in Österreich, wo der Großteil der ausländischen Arbeitskräfte in der erzeugenden Industrie und dem Baugewerbe eine Beschäftigung fand, war in Tirol der Anteil an Dienstleistungsberufen vor allem im Tourismus signifikant hoch. Im Jahr 1973 war jede/r zehnte unselbständig Beschäftigte, rund 19.000 Menschen, Arbeitsmigrant oder -migrantin; ein Wert, der erst im Jahr 2000 wieder erreicht werden sollte. Bis Mitte der 1980er Jahre halbierte sich die Zahl der Arbeitsmigranten und -migrantinnen auf 11.000 Personen, mitbedingt durch die Auswirkungen der Öl- und Wirtschaftskrise 1973/74 und eingeschränkte Zuwanderungsmöglichkeiten.

Auch die Rechtslage bezüglich Einwanderung unterscheidet sich zwischen dem italienischen Südtirol und dem österreichischen Nordtirol wesentlich, was eine weitere Herausforderung für das Projekt war.

IV: Integration in kleinen Gemeinden:

Warum ein Schwerpunkt auf „kleinere Gemeinden im ländlichen Raum“?

Südtirol wie auch Nordtirol sind nur gering urbanisiert und können als ländliche Gebiete bezeichnet werden. In Südtirol liegt die Bevölkerungsdichte bei 68 Einwohnern / km², in Nordtirol bzw. Tirol bei 56 Einwohnern / km². Sowohl in Nordtirol als auch in Südtirol sind es nur die zwei Hauptstädte, die mehr also 100.000 Einwohner zählen.

¹ Astat, 27-06/2010; Stichtag 31.12.2009.

² Der Begriff „ausländische Mitbürger“ wird für den Zweck dieses Forschungsprojektes noch genauer definiert (siehe Glossar und Definition der Konzepte in den aus dem Projekt entstandenen Publikationen, erhältlich unter www.eurac.edu/migralp) und wird synonym für „Migranten“ und „Ausländer“ benutzt. Grundsätzlich bezeichnet man mit Ausländer, Migrant und ausländische Mitbürger in Südtirol all jene Personen, die nicht in Italien geboren wurden oder nicht die italienische Staatsbürgerschaft besitzen. Auch Personen mit Migrationshintergrund, die im Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft sind, werden noch als „ausländisch“ bezeichnet. Aufgrund der kulturellen Nähe werden jedoch Personen mit deutscher oder österreichischer Staatsbürgerschaft, die in Südtirol leben, nicht als Migranten, Ausländer oder ausländische Mitbürger im direkten Sinne bezeichnet.

³ Zur besseren Lesbarkeit wird hier der Begriff „Personen aus dem Land X“ synonym mit „Personen mit X Staatsangehörigkeit“ verwendet.

⁴ Stephan Blassnig: Geschichte der Migration in Österreich, Deutschland und Frankreich, in: ZeMiT (Hg.). Jugend ohne Chance? Jugendliche mit Migrationshintergrund im Ländervergleich Österreich, Frankreich, Deutschland, Slowakei, 2007, 12.; IMZ – Informations- und Monitoringzentrum für Migration und Integration in Tirol: Statistiken zu Migration in Tirol, Bevölkerungsentwicklung, TirolerInnen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit 1961–2009. Siehe: http://www.imz-tirol.at/images/stories/powerpoint/imz-tirol_gesamt_1_bevoelkerung_komm.pdf

⁵ Astat, 134/2008. Nicht berücksichtigt wird die Anzahl der Einbürgerungen.

⁶ Die Abwicklung und Organisation der Arbeitsmigration kann im Falle Österreichs deshalb als „halbstaatlich“ bezeichnet werden, da die korporatistischen Verbände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite (Wirtschaftskammer und Gewerkschaften) die Rekrutierung und das Ausmaß der „Ausländerbeschäftigung“ auf dem Wege des Kontingentverfahrens bis zur Mitte der 1970er Jahre wesentlich mitbestimmten.

⁷ Das Raab-Olah-Abkommen zwischen den Präsidenten der Wirtschaftskammer und dem Gewerkschaftsbund markierte den Beginn der Arbeitsmigration in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. In den Jahren 1964 und 1966 wurden bilaterale Anwerbeabkommen zwischen der Republik Österreich und der Türkei sowie der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossen. Das Abkommen mit Spanien aus dem Jahr 1962 blieb aufgrund der geringen Anzahl spanischer Arbeiter unbedeutend.

In Bozen, der Hauptstadt von Südtirol lebt ca. ein Fünftel (101.000) der Bevölkerung und in Innsbruck etwa ein Siebtel (120.000) der Tiroler Bevölkerung. Mehr als die Hälfte aller Südtiroler lebt in Landgemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern, in Tirol sogar mit weniger als 5.000 Einwohnern. 88 % der Südtiroler Gemeinden haben weniger als 5.000 Einwohner, im Bundesland Tirol (Nord- und Osttirol) sind es hingegen sogar 92 % der Gemeinden. Den Schwerpunkt der Forschung bilden „kleinere Gemeinden im ländlichen Raum“ mit einer Einwohnerzahl von ca. 8.000 – 12.000 Einwohnern. Migration im Tiroler Alpenraum ist gekennzeichnet durch eine Konzentration der Migranten und Migrantinnen vor allem auf die Hauptstädte Bozen (31,5 % der in Südtirol ansässigen ausländischen Bevölkerung⁸) und Innsbruck (ein Viertel der in Nord- und Osttirol lebenden ausländischen Bevölkerung⁹). Zudem lässt sich eine starke Verdichtung in den Südtiroler Städten Meran (13,7 %) und Brixen (5 %) feststellen.

In Nordtirol ist die sozial-räumliche Verteilung der Migranten und Migrantinnen aufgrund der primär in den ländlichen Regionen gelegenen Arbeitsplätze im Tourismus nicht so stark auf die Bezirkshauptstädte konzentriert wie in Südtirol. Gleichzeitig hat der Anteil an Migranten und Migrantinnen in den kleineren Südtiroler Gemeinden vor allem in den letzten Jahren signifikant zugenommen: 2008 zählte z.B. die Gemeinde Brenner 2.114 Einwohner mit einem Migranten- und Migrantinnenanteil von 12,4 %, während der Anteil an ausländischen Mitbürgern 2005 noch 8,3 % betrug. Margreid a. d. Weinstraße zählte im Jahr 2008 1.279 Einwohner mit einem Anteil von 11,3 % Migranten und Migrantinnen, was im Vergleich zu 2005 eine Verdoppelung ist.¹⁰ In Nordtirol hingegen war dieser Zuwachs aufgrund der längeren Zuwanderungsgeschichte in den 2000er Jahren nicht so groß. Es kann festgehalten werden, dass in 218 der 279 Gemeinden der Anteil von nicht-österreichischen Staatsbürgern von außerhalb der Europäischen Union unter fünf Prozent der Gesamtbevölkerung liegt. In 81 Tiroler Gemeinden liegt der Anteil von Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit über zehn Prozent. Dieser Wert wird in Bezug auf Drittstaatsangehörige nur in 12 Gemeinden erreicht. Die Ansiedlung der Migranten und Migrantinnen in den kleineren Gemeinden lässt sich in Südtirol einerseits durch ihre Beschäftigungslage erklären (31,8 % der Migranten und Migrantinnen in Südtirol arbeiten in der Landwirtschaft, 30,6 % im Tourismus¹¹). Andererseits kann die Ansiedlung im ländlichen Raum aber auch dadurch erklärt werden, dass das Leben in den Gemeinden billiger ist und eine Wohnung einfacher gefunden werden kann. Allerdings sind Migranten und Migrantinnen in kleineren Orten und Gemeinden sichtbarer als in den Städten: Wenn jeder jeden kennt, dann fällt Verschiedenheit sofort auf. Deshalb ist geplante Integration gerade in kleinen Gemeinden auf dem Land von entscheidender Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt.

Diese Konzentration der Migranten und Migrantinnen auf die größeren Städte hat dazu geführt, dass sich Dienste, Institutionen, Migrantenvertretungen usw. auch auf diese Städte konzentrieren. So gibt es nur in Bozen und Meran einen Ausländerbeirat, der die Stadt beratend unterstützt und gleichzeitig das einzige Gremium ist, das Drittstaatsangehörigen eine, wenn auch sehr eingeschränkte, Form der Teilnahme am politischen Leben gewährleistet. Überdies konzentrieren sich die von Migranten und Migrantinnen gegründeten Vereine sowohl in Süd- als auch in Nordtirol auf die größeren Städte. Migranten und Migrantinnen in den kleineren Gemeinden, aber auch deren Verwaltungen sind somit größten Teils auf sich allein gestellt.

Die Gemeinde als zentraler Ort der Integration

Die Gemeinde ist jener Ort, an dem Alltag stattfindet. Das Lebenszentrum einer Familie ist die Gemeinde, man wohnt und arbeitet vielleicht auch dort, Kinder besuchen dort die Schule, man kennt sich und verbringt einen Großteil seiner Freizeit dort. Desto kleiner die Stadt oder die Gemeinde, desto näher ist auch das Zusammenleben, desto intensiver der Austausch, desto sichtbarer jeder Einzelne. Integration in einer kleineren

Gemeinde kann einerseits aus der Sicht der ausländischen Mitbürger auch deshalb schwierig sein, da es weniger von Migranten und Migrantinnen gegründete Vereine, weniger Gemeinschaften und soziale Netzwerke gibt. Auch kann es aufgrund sehr hoher Diversität innerhalb der Gruppe der Migranten und Migrantinnen vielleicht zu weniger Kontakt kommen. Da häufig auch der Kontakt zu den „Eingesessenen“ fehlt, ist die Isolation für ausländische Mitbürger oft groß. Der einheimischen Bevölkerung fehlt andererseits der Alltag im Umgang mit Verschiedenheit.

Die Gemeinde als kleinste Verwaltungseinheit ist erste Anlaufstelle für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Sie regelt das Zusammenleben innerhalb eines kleinen Raumes und bürgt für die Zufriedenheit der Bürger und Bürgerinnen. Bereits ein geringer Anteil¹² an ausländischen Mitbürgern in kleineren Gemeinden kann große Herausforderungen für das Zusammenleben darstellen. Voraussicht und Planung gepaart mit Respekt gegenüber den vielfältigen Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen einer Gemeinde sind deshalb ausschlaggebend für ein gelungenes Zusammenleben.

Inhalt und Ziele des Integrations- und Migrationsmonitoring-Instruments (IMMI)

Integrationspolitische Maßnahmen in ländlichen Gebieten und kleinen Gemeinden wurden bisher von der Forschung vernachlässigt. Die enorme Wichtigkeit, aber auch die vielfältigen Möglichkeiten, die eine Gemeinde im Bereich Integration hat, werden erst nach und nach erkannt. Messinstrumente, Richtlinien und Vorzeigeprojekte für die kommunalpolitische Gestaltung der Integration von Verschiedenheit sind vor allem in Südtirol noch spärlich vorhanden. In Nordtirol wurde etwa mit der Verabschiedung eines Tiroler Integrationsleitbildes¹³ ein Prozess begonnen, der mit der Erstellung einiger kommunaler Integrationskonzepte wie etwa in Wörgl oder Telfs fortgeführt wurde.

Den Gemeinden in Süd- und Nordtirol soll durch das Projekt MigrAlp ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, das ihre Möglichkeiten und Kapazitäten im Bereich der sozialen Kohäsion und Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund erfasst. Ausgangspunkt des Integrations- und Migrationsmonitoring sind folglich die Möglichkeiten und Grenzen der Kommunalpolitik in jenen Bereichen, die für soziale Kohäsion ausschlaggebend sind: Verwaltung, Erziehung und Bildung, Wohnen, Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Soziales und Gesundheit, Sicherheit und Ordnung sowie Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

Das MigrAlp Team verfolgte in der Erstellung des Entwurfs für das Integrations- und Migrationsmonitoring-Instrument einen praktischen Ansatz: Ausgehend von den praktischen Kompetenzen der Gemeinden wurde ein „Integrations – und Migrationsmonitoring (IMM) Instrument“ bestehend aus ja/nein Fragen, skalierten Fragen, offenen Fragen, Daten, Zahlen und Statistiken entwickelt. Dadurch erhalten Gemeinden die Möglichkeit, durch Daten, die in der Gemeinde erhoben werden, aber vielleicht

⁸ Astat, 2008.

⁹ IMZ – Informations- und Monitoringzentrum für Migration und Integration in Tirol: Statistiken zu Migration in Tirol, Der Bezirk Innsbruck Stadt.

Siehe: http://www.imz-tirol.at/images/stories/powerpoint/imz-innsbruckstadt2009_komm.pdf

¹⁰ 2005 betrug der Anteil an ausländischen Mitbürgern 5,3%, ASTAT

¹¹ Caritas Dossier Statistico Immigrazione 2009. Die Daten im Bereich „Tourismus“ beinhalten nur Beschäftigungen in Hotels und Restaurants.

¹² Aus den ersten Ergebnissen einer noch unveröffentlichten Umfrage der Abteilung Integration des Landes Tirol, bei der alle 279 Tiroler Gemeinden zum Themenkomplex Integration befragt wurden, lässt sich ablesen, dass das Problem Integration erst ab einer bestimmten quantitativen Größe der Migrantengruppe thematisiert wird und sich meist auf eine Herkunftsgruppe bezieht.

¹³ http://www.imz-tirol.at/images/stories/leitbilder_interviews_mehr/integrationskonzepttirol.pdf

nicht verwendet oder ausgewertet werden, zuerst den *status quo* in der Gemeinde zu erheben und die verschiedenen Initiativen im Bereich Integration zusammenfassend darzustellen. In einem zweiten Schritt soll das „IMM Instrument“ der Gemeinde erlauben, einzuschätzen, inwieweit sie für ein Zusammenleben verschiedener sozialer Gruppen vorbereitet ist. Zudem soll das IMM auch Anregungen für eine gezieltere Gestaltung des Integrationsprozesses und somit ein gelungenes Zusammenleben anbieten. Ziel des vorgestellten Instruments ist es also nicht, Indikatoren im klassischen soziologischen Sinne zu entwickeln. Vielmehr soll das entwickelte IMM von den Entscheidungsträgern der Gemeinden und den Verantwortlichen für die strategische Planung in den Gemeinden selbständig angewandt und ausgewertet werden können.

Das erarbeitete „IMM Instrument“ soll in einigen Gemeinden in Nord- und Südtirol in einer Testphase geprüft werden, um anschließend eine Praxismappe für Gemeinden zu erarbeiten. Die Praxismappe soll neben der „IMM Selbstevaluation“ auch eine Sammlung von guten Beispielen (best practices) beinhalten und somit den Gemeinden Ideen und Vorschläge für eine gelungene Gestaltung darlegen. Die Entwicklung eines Integrations- und Migrationsmonitoring Instruments, das sowohl in Süd- als auch in Nordtirol angewandt werden kann, ist aufgrund der verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen eine Herausforderung. Auch soll auf die unterschiedlichen historischen und sozialen Rahmenbedingungen in Nord- und Südtirol hingewiesen werden. Daraus ergibt sich, dass vielleicht einige der vorgeschlagenen „Indikatoren“ nicht auf beiden Seiten des Brenners anwendbar sind.

Ausgangspunkt: Kompetenzen der Gemeinden

Wie bereits erwähnt, hat das MigrAlp Team die Kompetenzen der Süd- und Nordtiroler Gemeinden als Ausgangspunkt für die Erstellung des Fragenkataloges gewählt. Gründe hierfür waren, dass die Gemeinden vor allem in den kommunalen Handlungsfeldern Wohnen und Siedlungspolitik, Erziehung und Bildung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Soziales und Gesundheit, öffentliche Sicherheit sowie Teilnahme am Leben der Gemeinschaft auf eine gelungene Integration der Migranten und Migrantinnen¹⁴ setzen können und ein gemeinsames Zusammenleben durch gezielte politische Maßnahmen anstreben. Darüber hinaus sammeln Gemeinden aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben eine Menge Daten, die für eine Auswertung und Analyse des Integrationsprozesses hilfreich sein können.

Aufgrund des Südtiroler Autonomiestatus können den Südtiroler Gemeinden zusätzliche Aufgaben von Seiten der Region und Provinz übertragen werden. Jede Südtiroler Gemeinde ist demnach politisch und administrativ autonom (= Statusautonomie). Die Gemeinden nehmen „alle lokalen Verwaltungsaufgaben zur kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung im Einklang mit den Verfassungsgrundsätzen der Förderung der lokalen Autonomien, dem Subsidiaritätsprinzip, der Verantwortlichkeit und Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns sowie der Homogenität und Verhältnismäßigkeit“¹⁵ wahr. Die Gemeinden sind jedoch auch für das Wohlergehen der Bürger in deren Freizeit verantwortlich und kümmern sich um Spielplätze, Sportanlagen, Kinderkrippen, Dienste für Kinder und Minderjährige, Grundschulen sowie Schulfürsorge. Des Weiteren übernehmen sie Aufgaben im hoheitlichen Bereich, stellen Geburts- und Sterbeurkunden sowie Meldezettel aus¹⁶. Zusätzlich sind die Gemeinden auch Arbeitgeber, Investor und Wirtschaftsfaktor sowie Leistungsanbieter.

Im Vergleich zu den Südtiroler Gemeinden erfüllen auch die Tiroler Gemeinden eine ähnliche Vielzahl an Aufgaben und Dienstleistungen, wenngleich es in der föderalistischen österreichischen Republik keine autonomen Regionen, sondern neun gleichberechtigte Bundesländer gibt. Neben einem übertragenen Wirkungsbereich für die Vollziehung von Landes- und Bundesrecht sind in sechs Artikeln auch Regelungen für

Kommunen im eigenen Wirkungsbereich vorgesehen. Darunter sind etwa die Personalagenden für Gemeindebedienstete, die Sicherheits-, Bau- und Feuerpolizei, Bau und Instandhaltung von Gemeindestraßen, Hilfs- und Rettungswesen, Raumplanung zu nennen. Hauptaufgaben der Gemeindeselbstverwaltung sind aber nicht die behördlichen Tätigkeiten der Gemeinde, sondern die Erbringung von Serviceleistungen für die Bewohner und Bewohnerinnen wie etwa Schule, (Ab)Wasser- und Abfallentsorgung, Feuerwehr, Naherholungseinrichtungen, Kranken- und Altenpflege etc.¹⁷ Die österreichische Gemeindeordnung bildet die rechtlich bindende Norm für die Organisation, die Aufgabenverteilung und -kontrolle, die Rechte und Pflichten der Gemeindeorgane usw. und gilt seit 2001 für alle 278 Nord- und Osttiroler Gemeinden mit Ausnahme der Landeshauptstadt Innsbruck, die über ein eigenes Statut verfügt. In der Tiroler Gemeindeordnung besteht bereits eine rechtliche Differenzierung hinsichtlich des Aufenthaltsstatus und der politischen Partizipationsmöglichkeiten zwischen EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen. Nach Gemeinderecht wird im Artikel 13 TGO 2001 zwischen Gemeindebürgern (Österreicher und EU/EWR-Bürger mit Erstwohnsitz) und Gemeindebewohnern (Drittstaatsangehörige mit Erstwohnsitz) unterschieden.

Ausblick

Das IMMI wird zur Zeit in einigen kleineren Süd- sowie Nordtiroler Gemeinden angewandt, bevor die endgültige Fassung allen Gemeinden zur Verfügung gestellt wird. Der endgültige Fragenkatalog sowie Ergebnisse aus den Testgemeinden werden auf die Projekthomepage gestellt.

Im April 2010 wurde im Rahmen des Projektes ein Expertenseminar in Innsbruck organisiert, um gemeinsam mit Praktikern aus der Lokalpolitik über Anwendungsmöglichkeiten, Schwächen und Stärken des IMMI und des MigrAlp-Projektes zu diskutieren. Es stellte sich heraus, dass die wichtigste Komponente des Projektes das gegenseitige Kennenlernen ist. So haben sich z.B. die Zuständigen für den Bereich Arbeit der Autonomen Provinz Bozen sowie des Bundeslandes Tirols kennengelernt und auch gleich ein Projekt zur Integration im Rahmen der ARGE ALP¹⁸ geplant. Deshalb ist es aufgrund der Erfahrungen aus dem Projekt auch sehr interessant, ein gemeinsames Monitoringinstrument, das auf beiden Seiten des Brenners angewandt wird, zu entwickeln. Denn obwohl nicht alle Bereiche gleich geregelt werden, so ist es doch sehr nützlich für die Gemeinden zu sehen, dass nur wenige Kilometer entfernt z.B. ein Integrationsleitbild entwickelt wurde. Dass die Gemeinden, obwohl zwei verschiedenen Nationalstaaten angehörend, doch ähnlich sind und sehr nahe beieinander liegen, fördert die Glaubwürdigkeit.

Im Juni 2011 findet in Bozen – Südtirol die Abschlussstagung des Projektes statt. Sämtliche Projektergebnisse werden vorgestellt und mit Wissenschaftlern sowie lokalen Praktikern diskutiert. Nähere Informationen dazu sind auf der Homepage des Projektes www.eurac.edu/migralp zu finden.

¹⁴ Als Migranten werden in diesem Zusammenhang Personen bezeichnet, die entweder selbst oder deren Elternteil(e) nicht in Österreich/Italien geboren wurden. Diese können u.a. die Staatsangehörigkeit des Wohnsitzlandes (Italien oder Österreich) besitzen oder nicht. Grundsätzlich gilt im EU-Raum die hierarchische Dreigliederung in aufenthaltsrechtlicher Hinsicht: Österreicher/Italiener, EU-Bürger, Drittstaatsangehörige.

¹⁵ Giuseppe Negri: Die Gemeindeverfassung, in: Marko/Ortino/Palermo/Voltmer/Woelk (Hrsg.), Die Verfassung der Südtiroler Autonomie, Nomos, Baden-Baden 2005, S. 217–226.

¹⁶ Kurt Promberger/Sigrid Resch/Markus Bodemann/Josef Bernhart: Management der Gemeinden in Tirol und Südtirol, Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, 2005, S. 128 ff.

¹⁷ ebd., S. 17 ff.

¹⁸ Die Arge-Alp Tagung zum Thema „Auf Wegen zur gemeinsamen Verantwortung und gemeinsamen Entscheidungen im vielfältigen Integrationsgeschehen“ fand vom 14. – 16. Oktober 2010 in Brixen (Südtirol-I) statt.

5

Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik – Erfahrungen aus der Praxis im ländlichen Raum



Ergebnisse der Arbeitsgruppen 1 – 10

1 Integrationskurse und Sprachförderung

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe lässt sich in drei Themengebiete zusammenfassen: Erstens ging es um die spezifischen Herausforderungen, die Sprachförderangebote der Integrationskurse unter den Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes zu organisieren, zweitens um die Vermittlung der Arbeitsperspektiven der an der Organisation und Durchführung der Integrationskurse beteiligten Institutionen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Bildungsorganisationen vor Ort), drittens um den pädagogischen Blick auf die Ziele und Wirkungen der Sprachförderung.

1. Im Vergleich zum städtischen Raum ist der ländliche Raum geprägt von einer geringeren Bevölkerungsdichte und von einem geringeren Anteil potenzieller Teilnehmer an Integrationskursen (IK). Auf der Seite der Anbieter von IKs entsteht grundsätzlich das Problem, unter Refinanzierungsdruck die nötige Anzahl an Teilnehmern zu rekrutieren, vor allem bei IKs mit speziellen Zielgruppen (z.B. Eltern oder Jugendliche). IKs sollen bevorzugt als ganztägiges Angebot durchgeführt werden. Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Kindern setzt dies die Möglichkeit der Kinderbetreuung voraus. Hier zeigen Beispiele aus der Diskussion, dass derzeitige Regelungen zur Finanzierung der Betreuung flexibilisiert werden müssen, da des Öfteren entweder zu wenig Teilnehmer mit Betreuungsansprüchen oder zu wenig Möglichkeiten der (ganztägigen) Betreuung im ländlichen Raum gegeben sind. Über die Netzwerkbildungen von Kursträgern auf Landkreis-Ebene könnte man beispielsweise ohne Erhöhung des finanziellen Budgets bei besserer Koordinierung der Bedarfe Abhilfe schaffen.

Bei den potenziellen Teilnehmern erschweren oder verhindern mitunter lange Anfahrtswege bei schwachem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs die Teilnahme. Die Entwicklung und Förderung von Mobilitätskonzepten, z.B. der Einsatz von Sammeltaxis, müsste den Gegebenheiten des ländlichen Raumes entgegen kommen. Auch sollte man überlegen, ob die 3-km-Regelung – unter denen die Fahrtkosten zum Kursträger vom BAMF nicht finanziert werden – eine zu hohe Schwelle für den Kursantritt ist. Vor allem für Volkshochschulen, die Kursträger, die Flächenlandkreise bedienen, gibt es oft das Problem, geeignete Räume für Kurse zur Verfügung zu stellen. Bei der Nutzung von Schulen gibt es somit zum einen ein quantitatives Problem bei Ganztagskursen und zum anderen ein allgemein-qualitatives Problem beim Zustand der

auf die Lernbedürfnisse von Schülern zugeschnittenen Klassenzimmer. In der weiteren Diskussion wurde angeregt, durch Kooperationen mit privaten Institutionen, kirchlichen oder sozialen Einrichtungen Raum für Integrationskurse zu akquirieren. Besonders ärgerlich ist eine Absage von Kursen, deren Anmeldestand nur knapp die ökonomisch notwendige Mindestteilnehmerzahl verfehlt. Hier wurde diskutiert, ob man nicht im Einzelfall im Sinne eines kleinen Einsatzes mit großer Wirkung unbürokratisch die notwendigen Finanzmittel von Seiten des BAMFs aufstocken könnte.

2. In der Arbeitsgruppe kamen an einigen Punkten Interessenkonflikte zum Tragen, die auch aus den verschiedenen Arbeitsbereichen der Anwesenden (Verwaltungsbehörden und Bildungsträger) resultieren. Von allen Seiten bestätigt wurde das Problem, dass bei der Organisation der IKs zu viel Arbeitszeit in die Bewältigung bürokratischer Vorgaben fließt. Ein Vorschlag war z. B. die Fahrtkostenabrechnungen nicht mehr über die Bildungsträger laufen zu lassen, sondern direkt über das BAMF. Kontrovers war, ob ein globaler Bürokratieabbau bei gleichzeitigen lokalen Flexibilisierungsanforderungen („Klientenorientierung“) in der Kursorganisation durchführbar ist. Allgemein wäre zu fragen, ob Aufgaben der Kursorganisation aus Effektivitäts- und Flexibilitätsgründen nicht kommunalisiert werden könnten.

Momentan werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von IKs mit 1 Euro pro Kursstunde an den Kosten beteiligt. Auch wenn ca. 70 % der Teilnehmer z. B. durch ALGII-Bezug von dieser Mitfinanzierung befreit werden, stellt sich die Frage, ob man hier nicht über weichere Formen der Kostenbeteiligung nachdenken kann, um die Teilnahmeschwelle zu senken. Aus der AG kam der Vorschlag eines BAFÖG-ähnlichen Systems, bei dem bei erfolgreich abgeschlossener Kursteilnahme und späterer Aufnahme eines Jobs die entsprechenden Gebühren stückweise rückgezahlt werden können. Auch die Umwandlung der Gebühr in gemeinwohlorientierte Arbeitsstunden war im Gespräch.

3. Aus pädagogischer Sicht machte die relativ hohe Zahl derer Sorgen, die nach Durchlauf des maximalen Förderzeitraums inkl. Wiederholungskurs nicht das Sprachniveau A2 erreicht haben (derzeit 15 %). Hier ist im Rahmen der Integrationskursverordnung keine weitere Förderung möglich, so dass überlegt werden muss, ob nicht für Risikogruppen eine längere Kursdauer einplanbar ist. Momentan fehlt auch ein systematisches Konzept für die Nachhaltigkeit des Lernerfolgs in den IKs. Die Kursteilnehmer aus nicht-deutschsprachigen Lebenswelten laufen Gefahr, ihre erworbene Sprachkompetenz nach Beendigung des Sprachkurses nur unzureichend anwenden zu können. Daher ist es notwendig, zu den IKs flankierende Maßnahmen zu entwickeln, die die Integrationserfolge sprachlich (z. B. systematische Weiterleitung an weitere Lernangebote) sowie sozial (z. B. Netzwerkarbeit unter Teilnehmerinnen und Teilnehmern) zu verstetigen.

2 Bildungsangebote und Bildungsperspektiven

Die Diskussion der Arbeitsgruppe lässt sich unter zwei Themenfeldern zusammenfassen: Steuerungsmöglichkeiten und vorschulische Bildung.

1. Eine zentrale Botschaft der Arbeitsgruppe lautete: „Steuerung ist auch im Bildungsbereich nur mit finanziellen Mitteln möglich!“ Während beispielsweise in Ravensburg zahlreiche Projekte durch den Schulträger ermöglicht werden (z. B. „Rucksack-Projekt“ oder die Einstellung von Sozialarbeitern an (Grund-)Schulen), fehlen insbesondere in Nothaushaltskommunen diese Optionen im Bereich der Integration, da es sich um

freiwillige Leistungen handelt. Als entscheidender Faktor wurde daher die Landesfinanzierung für Sprachförderung (z. B. „Sag-mal-was“-Programm) benannt. Unabhängig von Projektförderung ist eine flächendeckende, nachhaltige Umsetzung von vor- und außerschulischer (Sprach-)Förderung geboten. Gleichwohl wurde die Forderung erhoben, mehr Verantwortung (für Bildungspläne) an die Kommunen zu übertragen. Ein Problem der dispersen Siedlungsstruktur im ländlichen Raum ist, dass Sprachlernklassen – etwa für solche Schüler, die erst im laufenden Schuljahr neu zugewandert sind – nicht zustande kommen. Hier ist die Einführung eines Rechtsanspruchs wünschenswert, der zu einer Flexibilisierung des Angebots führen würde. Weiterhin wurde die fehlende formale Zuständigkeit für Integrationsförderung außerhalb von Schule als hinderlicher Faktor beschrieben. So ist auch der Einfluss der Landkreise auf die kreisangehörigen Gemeinden (bei fehlenden finanziellen Anreizen) beschränkt. Die Landkreise sind z. B. für die Bildungsberichterstattung auf die Kooperationsbereitschaft der Gemeinden angewiesen, bei denen es teils am Problembewusstsein mangelt.

2. Wir brauchen Bildungskonzepte für 3- und unter 3-Jährige war die zweite zentrale Forderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Gerade die U3-Betreuung als neues Handlungsfeld eröffnet große Gestaltungsspielräume, gleichzeitig fehlt es nach wie vor an Konzepten, die die multiethnische Realität mit den entsprechenden Sprachförderbedarfen (auch unterschiedliche Förderbedarfe je nach (ethnischem) Hintergrund) berücksichtigt. Dafür wäre eine zusätzliche Qualifizierung der Fachkräfte für die U3-Sprachförderung nötig. Fortbildungen für Lehr- und Betreuungspersonen wurden daher als erfolgreiche Beispiele einer nachträglichen Qualifizierung benannt. In den Verbänden der Bildungsarbeit, wie zum Beispiel bei kirchlichen Trägern, ist diesbezüglich eine interkulturelle Öffnung notwendig. Außerdem verlange der Gleichheitsgrundsatz, dass Zugangsbarrieren zu frühkindlicher Bildung systematisch abgebaut werden. Ein früherer Zugang zu frühkindlicher Bildung gerade im bildungsferneren Milieu ist beispielsweise durch Elternbildung möglich.

Die integrative Arbeit ab dem Kindergartenalter wurde in engem Zusammenhang mit der Elternarbeit und damit als gemeinsames Thema „Kontaktaufnahme zu Schülern und Eltern“ diskutiert. Erfolgreiche Beispiele für Förderkonzepte im Bildungsbereich sind eigenethnische Bildungspatenschaften in Kooperation mit Migrantenorganisationen, das Konzept „Integration gemeinsam schaffen“ für Bildungspartnerschaften für Eltern mit Migrationshintergrund (Bosch-Stiftung) wie auch die Verantwortungsübertragung für muttersprachlichen Unterricht auf Migrantenorganisationen. Erschwert wird der Zugang zu ethnischen Communities im ländlichen Raum allerdings durch den geringeren Organisationsgrad (weniger Migrantenorganisationen oder identifizierbare Schlüsselpersonen).

Fehlende Kontakte zwischen (migrantischen) Eltern und Schule/Kindergarten/Verwaltung, wie auch fehlender Zugang zu Informationen durch geringere Vernetzung wurden als ein weiteres Problem benannt. Als generelle Forderung an die Kommunalverwaltung wurde daher formuliert, dass diese Begegnungsoptionen schaffen wie auch Anerkennungssysteme etablieren müssen (politische Statements, Schirmherrschaften, aber auch Qualifizierungsmöglichkeiten im Sinne eines Paradigmenwechsels vom Helfen zur Selbstverantwortung). In diesem Sinne wurden als positive Beispiele „Aufklärungskampagnen“ für Alltagsfragen, regelmäßige Quartalsbesuche von Migrantenorganisationen zur Kontaktpflege oder die Finanzierung des Deutschkurses für den örtlichen Imam genannt. In Ravensburg wurden beispielsweise Eltern zum Betreuungsbedarf ihrer Kinder befragt.

3. Als letzter entscheidender Punkt wurde der Ausbau von Sprachförderangeboten für 12- bis 18-Jährige diskutiert. Da der Schwerpunkt auf vorschulischer Förderung liegt, wurde das fehlende Angebot für 12- bis 18-Jährige als Versorgungslücke betont.

In diesem Alter ist die letzte Chance für eine Weichenstellung für eine spätere Integration in den Arbeitsmarkt gegeben, die zu einem späteren Zeitpunkt über Ausbildungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen kaum kompensierbar ist.

3 Ausbildung und Beschäftigung

Im Rahmen der Diskussion wurden vor allem drei Schwerpunkte erörtert:

Erstens wurde der Übergang von der Schule in die Ausbildung, zweitens der Übergang in den Beruf und drittens die Nutzung von Potenzialen, die Migrantinnen und Migranten mitbringen, diskutiert. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppe im Hinblick auf die Abwanderung von Fachkräften im ländlichen Raum, die Nutzung der Potenziale und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt ein Anliegen. Konsens innerhalb der Arbeitsgruppe war zudem, dass der Arbeitsmarkt ein wichtiger Bestandteil von Integrationsprozessen ist, d. h. als „Integrationsmotor“ gesehen werden muss. Denn die Integration in den Arbeitsmarkt ist die Bedingung für gesellschaftliche Anerkennung und vor allem soziale Sicherheit.

1. Im Vergleich zum städtischen Raum ist der ländliche Raum durch die Überschaubarkeit von Strukturen und sozialen Netzen geprägt; teils agieren Vereine, teils informelle Netzwerke als wichtige Informations- und Netzbörse. Dies kann sowohl als Vorteil wie auch als Nachteil gesehen werden. So bekommen Jugendliche, die über gute soziale Kontakte der Eltern oder Familienangehöriger verfügen, oftmals über „informelle Wege“ einen Ausbildungsplatz. Der Kontakt zu karriererelevanten Netzwerken fehlt Jugendlichen mit Migrationshintergrund hingegen häufig, so dass sie einen schwierigeren Zugang zu Ausbildungsplätzen haben oder die Bemühungen sogar erfolglos bleiben. Hinzu kommt, dass bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen prinzipiell bestimmte Selektionsmechanismen greifen, die in vielen Fällen keine Chancengleichheit ermöglichen. Die Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird somit vor allem an Übergangsstellen im Bildungssystem, z. B. von der Schule in die Berufsausbildung, sichtbar.

Im Weiteren wurde die Bedeutung von Schlüsselpersonen hervorgehoben, die aus Politik, Verwaltung, aber auch Migrantenorganisationen kommen können und als „Brückenbauer“ bzw. Multiplikatoren dienen. Daneben ist eine engere Vernetzung und aktive Zusammenarbeit einzelner Institutionen (Schule, Jugendhilfe, ARGE, Unternehmen, Verbände etc.) bedeutsam. Als gutes Beispiel wurde ein Projekt zwischen der BASF und Schulen in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Durch die Kooperation des Unternehmens mit einzelnen Schulen erhalten die Schülerinnen und Schüler durch Praktika einen Einblick in verschiedene Arbeitsfelder und haben nach dem Schulabschluss die Möglichkeit, sich bei BASF um einen Ausbildungsplatz zu bewerben. In diesem Projekt entsteht eine Win-Win-Situation, da einerseits die Jugendlichen eine Vorstellung davon bekommen, in welchem Bereich sie arbeiten möchten bzw. können und andererseits das Unternehmen die Jugendlichen bereits kennt und kein Risiko bei der Einstellung eingeht. Anhand des Beispiels wurde deutlich, wie das Schulsystem durch gute Vernetzungsarbeit bereits frühzeitig zur Interessenbildung, Motivation und besonders zum Aufbau von Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten der Jugendlichen beitragen kann.

Die Relevanz einer pädagogischen Begleitung, um die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen zu stärken, wurde darüber hinaus anhand der Belmer Integrationswerkstatt e.V., die bereits seit 1998 innovative Projekte zur sozialen und beruflichen

Integration von Schülern und jungen Erwachsenen durchführt, deutlich. Im Mittelpunkt des Projektes steht die präventive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Zusammenarbeit mit Betrieben, Fachdiensten der Jugendsozialarbeit und regionalen Netzwerken hat bereits zu zahlreichen Kooperationen geführt, die zur Integration der Jugendlichen in die Arbeitswelt beigetragen haben. Das Projekt verdeutlicht, dass die Kommune durch Bereitstellung von Räumen, Vernetzung verschiedener Institutionen oder auch die Finanzierung einzelner Projekte aktiv werden kann.

2. Der Übergang in den Beruf wurde im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt der politischen Rahmenbedingungen und strukturellen Barrieren diskutiert. Hierzu gehört vor allem die rechtliche Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und damit einhergehend die schlechten Arbeitsmarktchancen von Personen ohne anerkannte berufliche Qualifikation. Als Lösungsansatz wurde über die Möglichkeit von Anpassungs- bzw. Nachqualifizierungsmaßnahmen diskutiert, die beispielsweise von der IHK oder der Arbeitsagentur organisiert bzw. angeboten werden können.

3. Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen erscheinen vor allem vor dem Hintergrund der Abwanderung von Fachkräften im ländlichen Raum und der Nutzung der Potenziale ausländischer Arbeitnehmer als sinnvoller Lösungsansatz. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass u. a. aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen die Potenziale der Migrantinnen und Migranten nicht genutzt werden. Zu den Potenzialen gehören neben der Ausbildung die Mehrsprachigkeit, aber auch die interkulturelle Kompetenz, die Menschen mit Migrationshintergrund mitbringen. Eine potenzialorientierte sollte die defizitorientierte Sicht ablösen, um Chancengleichheit zu ermöglichen. Dabei ist die Motivation und die Aufklärung von Menschen mit Migrationshintergrund unumgänglich. Ein Teilnehmer formulierte dies mit den Worten, man müsse „auf Schatzsuche gehen“.

4 Rolle der Frauen im Integrationsprozess

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde zu Beginn die Heterogenität der Gruppe der Migrantinnen betont und kritisch darauf verwiesen, dass man aufpassen soll, nicht nur diejenigen in den Blick zu nehmen, die Integrationskurse besuchen, arbeitslos oder der deutschen Sprache nicht mächtig sind. So gibt es beispielsweise auch Migrantinnen aus hoch entwickelten Industriestaaten, die im Eigenheim leben und gut verdienen. In der Diskussion wurden folgende Punkte, Ideen und Meinungen vorgebracht, die aus zeitlichen Gründen teilweise nicht abschließend ausdiskutiert oder geklärt werden konnten.

Erreichbarkeit

- Infrastrukturdefizite des ländlichen Raums treffen Frauen besonders, da Frauen seltener über ein (eigenes) Auto verfügen oder auch mit kleinen Kindern weniger mobil sind. Die ÖPNV-Defizite schränken auch soziale Kontakte ein sowie den Zugang zu Bildungsangeboten und Arbeit.

Bildung und Übergang in den Arbeitsmarkt

Bezogen auf die Spezifika von Arbeitsmarkt und Beschäftigung sollten folgende Punkte genauer betrachtet werden:

- Frage ist, ob die Arbeitsmarktprobleme für Migrantinnen im ländlichen Raum tatsächlich vergleichbar mit denen in der Stadt sind.
- Die Rolle von Unternehmerinnen und Unternehmern als Arbeitgeber ist näher zu untersuchen (vgl. u. a. das im Aufbau befindliche Monitoringsystem HEMONA).

- Die Berufsorientierung von Mädchen.
- Die Betriebskindergärten in kleinen und mittleren Unternehmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Lebensformen und Rollenbilder

- Die Zementierung von Rollen und Stereotypen scheint in kleinen Orten eher möglich.
- Generationenwechsel: Familienstrukturen verändern sich, damit auch die Rollenbilder.
- Gesundheit und Pflege älterer Migrantinnen und Migranten sind von wachsender Bedeutung.
- Informationsarbeit zu Themen wie Gewalt gegen Frauen, Frauenrechte, Gesundheit etc. ist nötig.

Sozialräumliche Integration in Wohngebieten und Nachbarschaften

- Soziales Leben von Frauen findet stärker in Gemeinde/Wohngebiet statt, soweit sie nicht oder nur geringfügig erwerbstätig sind. Zudem gibt es weniger öffentliche Räume im ländlichen Raum, in denen das soziale Leben stattfindet – das könnte Frauen stärker treffen.
- Mehr Kontaktmöglichkeiten, auch interkulturell, aber werden diese auch genutzt? Oder gibt es sie nicht?
- Insgesamt war die Frage der Offenheit auf dem Land versus geringerer Toleranz für Verschiedenheit weiterhin sehr umstritten bzw. unklar.

Politische / Gesellschaftliche Teilhabe

- Für demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement gibt es weniger formelle Strukturen, wobei damit das gesamte Spektrum zivilgesellschaftlichen Engagements inkl. herkunftsspezifischer Organisationen gemeint ist.
- „Landluft ist muffig“? Schwächere Gegenkräfte gegen Rassismus, Diskriminierung gerade von Frauen?
- Gibt es genderspezifische Auswirkungen der besonderen Rolle von Vereinen im ländlichen Raum?
- Mütter haben eine wichtige Rolle im Integrations- und Bildungsprozess. Die Ansprache insbesondere von Frauen mit Kindern erscheint schwer, zudem von besonders jungen Müttern (z.B. Spätaussiedler).
- Soziale Kontrolle der eigen-ethnischen Gruppe ist möglicherweise weniger stark ausgeprägt aufgrund geringer Gruppenpräsenz; Tendenzen institutioneller Geschlossenheit sind eher eine urbane Facette (wenn überhaupt).
- Vereinsbindung ist erschwert durch weniger zielgruppenspezifische Angebote und vielfach auf Breitensportarten beschränkt, die für Frauen und Mädchen häufig weniger attraktiv bzw. zugänglich sind.

5 Rolle der Religionsgemeinschaften

Im Rahmen der Gruppendiskussion wurde festgestellt, dass das Thema „Rolle der Religionsgemeinschaften“ offenbar sehr konfliktbeladen ist und deshalb im Zusammenhang mit integrationspolitischen Aktivitäten oftmals ausgeklammert wird. Das mag auch mit einem grundsätzlichen Dominanzanspruch aller Religionen zusammenhängen, der den Dialog erschwert. Grundlage für interreligiösen Dialog ist daher die wechselseitige Akzeptanz von religiöser Gleichberechtigung und Pluralität. Der Dialog muss also auf Augenhöhe erfolgen und braucht entsprechende Freiräume. Dabei sollten interreligiöse Dialoge sowohl von der Spitze der örtlichen Religionsgemeinschaften erfolgen bzw. unterstützt werden (top-down) wie aber auch gelebte Alltagspraxis

(bottom-up) sein. Interreligiöse Gärten oder auch „Gedichtwettbewerbe“, wie sie im Mittelalter zwischen den Religionen erfolgten, wurden hier ebenso als positive Beispiele genannt wie eine Plakataktion zum Schulanfang, wo Vertreter aller Religionsgemeinschaften (auch des Islam) die Autofahrer zu vorsichtigem Fahren aufgefordert haben.

Die Kommune kann im interreligiösen Dialog eine wichtige, anregende und moderierende Rolle spielen, indem sie die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften an einen Tisch holt, wie von einem Rat der Glaubensgemeinschaften berichtet wird. Dabei sollte die Kommune als „Staat“ jedoch strikte Neutralität wahren und auf die grundsätzliche Trennung von Staat und Religion achten. Die Stadtoberhäupter haben hier eine wichtige, auch symbolische Gestaltungsmöglichkeit und Vorbildfunktion, indem sie zu solchen Treffen einladen oder aber gezielt Einrichtungen von Religionsgemeinschaften (insbesondere die des Islam) besuchen bzw. Vertreter offensiv in kommunalpolitische Dialoge einbeziehen.

Von einigen Teilnehmern wurde dabei allerdings auch auf das Problem der Heterogenität des Islam und der fehlenden Ansprechpartner hingewiesen, was den Dialog behindert. Beispielweise sprechen viele Imame gar nicht oder nicht genug Deutsch. Eine Lösung könnte darin liegen, Imame in Deutschland aus- und fortzubilden.

Empfehlungen:

- Kommune kann anregende/moderierende Rolle im interreligiösen Dialog spielen.
- Gleichberechtigte Anerkennung aller Religionsgemeinschaften (Dialog auf Augenhöhe).
- Thema muss von Stadtspitze offensiv unterstützt werden.
- Es bedarf der symbolischen Politik von oben (top-down) sowie der Begegnungen im konkreten Alltag (bottom-up).

6 Integration durch Sport

Da in der Arbeitsgruppe keine Vertreter von Sportvereinen waren, konnte über Integration von Migrantinnen und Migranten in klassische Vereinssportarten wenig diskutiert werden. Im Vordergrund standen stattdessen die Erfahrungen einzelner Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sie als Integrationsbeauftragte oder in vergleichbarer Funktion mit der Initiierung von Sportangeboten gesammelt haben.

Im Rahmen der Diskussion wurde als zentrale Eigenschaft von Sport genannt, dass Sport als Türöffner, Brücke oder Motor für Integration stehen kann. Daher kann Sport am Anfang eines Integrationsprozesses einen bedeutenden Impuls geben, man sollte jedoch nicht erwarten, dass ein „Integrationsautomatismus“ in Gang gesetzt wird. Die in der Arbeitsgruppe vorgestellten und diskutierten Projekte, differenzieren zwischen unterschiedlichen Zielgruppen (z.B. Senioren, Kinder und Jugendliche, Frauen) und lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: Zum einen in die Kategorie „Integration in den Sport“, wobei das Ziel die Gewinnung von Migrantinnen und Migranten für Sportangebote ist. Zum anderen in die Kategorie „Integration durch den Sport“, die Sport als Vehikel für gesellschaftliche Integration begreift. Zu dieser Kategorie gehören unter anderem große eintägige Sportveranstaltungen, die als Begegnungsfeste dienen. Diese Form der Zusammenkunft unterschiedlicher Akteure (andere Vereine, Feuerwehr, andere Initiativen) ist im ländlichen Raum eine gute Möglichkeit, um über Aktivitäten und Angebote zu informieren. Kritisch angemerkt wurde hierbei, dass Integration durch Sport oft nur durch persönliches Engagement bzw. Interesse der zuständigen Personen möglich ist. Sind diese nicht vorhanden, hat das Thema Integration in der Regel nur eine marginale Bedeutung. Positiv erscheint hingegen, dass eine

lokale Tradition, sich in Sportvereinen zu engagieren, beste Voraussetzungen dafür bietet, Vorbilder für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu schaffen.

Neben dem persönlichen Engagement funktionstragender Personen sind zahlreiche weitere Faktoren ausschlaggebend für den Erfolg einzelner Projekte. Beispielsweise die Schaffung von Betätigungsmöglichkeiten und die aktive Teilhabe, die persönliche Ansprache durch Multiplikatoren wie z.B. Integrationsassistenten mit Migrationshintergrund oder Personen mit fremdsprachlichen Kompetenzen, die aus dem Zielkontext kommen. Ebenso ist die wiederholte Kontaktaufnahme notwendig, um potenzielle Mitglieder zu gewinnen. Die einmalige Ausschreibung z.B. in Zeitungsartikeln ist nicht ausreichend, da sich Migrantengruppen häufig nicht angesprochen fühlen.

In der Diskussion wurde überdies deutlich, welche Rolle die Institutionalisierung des Themas und die Einbindung in Regelwerke spielt. Als gute Beispiele wurden Bayreuth, wo „gesellschaftliche Integration durch Sport“ einer der Eckpunkte des Integrationsplans ist, und Dietzenbach, wo Sport als Handlungsfeld eines integrierten Handlungskonzepts im Rahmen der „Sozialen Stadt“ dient, genannt.

Als Besonderheit wurde festgestellt, dass Jungen oftmals besser mit Sport zu erreichen sind als Mädchen. Dies konnte der anwesende Gruppenleiter Integration des BAMF anhand seiner Erfahrungen nicht bestätigen.

Als positive Eigenschaften von Sport wurden folgende Punkte angeführt:

- Erster Schritt zum gemeinsamen gesellschaftlichen Leben.
- Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft.
- Informelle Netzwerke – initiiert eine interkulturelle Öffnung des Einzelnen.
- Öffentlichkeitswirksames Handeln (Bsp. Sportfest als Fest der Begegnung).
- Akquirierung von Multiplikatoren über die Sportangebote.
- Plattform, um mit der Sprache vertraut zu werden.
- Erlernen des Leistungsprinzips bei Kindern, um für das „richtige Leben“ vorbereitet zu sein.

Bezogen auf die Vereinsstrukturen sind zwei unterschiedliche Umgangsformen feststellbar. Einerseits gibt es Vereine, deren organisatorische Struktur eher exkludierend ist und die sich nicht nach außen öffnen. Andererseits sind Vereine im ländlichen Raum oftmals von Nachwuchssorgen betroffen. Diese Vereine wissen häufig nicht, wie sie migrantische Zielgruppen ansprechen sollen. Traditionelle Vereine haben in vielen Fällen Ressentiments gegenüber Zuwanderern, wodurch sich diese nicht willkommen fühlen. Hier ist eine intensive Aufklärungsarbeit notwendig, um „Brücken“ zu bauen und Ängste auszuräumen. Eigenethnische Vereine haben, so die AG-Teilnehmer, keine oder eine stark abnehmende Bedeutung.

Empfehlungen:

- Politik muss Potenzial der Integration durch Sport erkennen.
- Das Thema sollte bei Bürgermeistern an oberster Stelle stehen.
- Höhere finanzielle Unterstützung durch Kommunen.
- Sensibilität und Kommunikationsbereitschaft auf allen Seiten muss geschaffen und gefördert werden.
- Projekte sind keine Selbstläufer, daher ist bei allen Beteiligten ein „langer Atem“ notwendig.
- Förderprogramm „Integration durch Sport“ des BAMF sollte weiter ausgebaut werden. Insgesamt wurde eine bessere Information über Finanzierungsmöglichkeiten gefordert.

7 Selbstorganisation und Beteiligung von Migrantinnen und Migranten

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe berichteten zunächst von persönlichen Erfahrungen mit Migrant*innenorganisationen. Auf dieser Basis wurden die folgenden Themen diskutiert und entsprechend Thesen und Forderungen formuliert.

Förderung von Migrant*innenorganisationen

- Das Engagement einzelner Akteure oder Gruppen muss zum Kernthema der politischen Führung werden und darf nicht auf Einzelne „abgewälzt“ werden.
- Der persönliche Mehrwert von Engagement muss deutlich gemacht werden.
- Partizipation ist kein Selbstzweck, sondern muss zu tatsächlicher Beteiligung und Einflussnahme führen.
- Dort, wo keine Selbstorganisationen existieren, können Einzelpersonen als Keimzelle für den Aufbau von Migrant*innenorganisationen dienen (Bsp. Genthin „Zuwanderer-Stammtisch“).

Ansprache und Zugang

- Die Ansprache der Migrant*innenorganisationen ist häufig „problemorientiert“ („Ihr habt Probleme, wir wollen euch helfen“). Es sollte eine Begegnung auf Augenhöhe von Anfang an geschaffen werden: „Wir möchten zusammen mit Euch uns für das Wohl unserer Gemeinschaft einsetzen“.
- Der Zugang zu Migrant*innenorganisationen scheitert oft an der Erwartungshaltung und fehlender Bereitschaft, seine eigene Form der Ansprache zu überdenken: „Wir laden sie ein und sie kommen nicht“.
- Öffentliche Institutionen (Verwaltung, Parteien, Schulen, Medien usw.) müssen sich gegenüber Migrant*innen und Migranten öffnen, auch als Zeichen praktizierter Teilhabe, sonst entsteht ein Glaubwürdigkeitsproblem: „Ihr sprecht von Integration, aber an den entscheidenden Stellen bleibt ihr unter euch“.

Verhältnis der Migrant*innenorganisationen und der „Mehrheitsgesellschaft“

- Nicht jede Migrant*innenorganisation braucht die Hilfe der „Mehrheitsgesellschaft“ und nicht jede Migrant*innenorganisation darf zu Zwecken des Gemeinwohls verpflichtet werden. Daraus resultierend sollten bei einer Ablehnung angefragter Kooperation keine Stigmatisierungen entstehen. Denn es geht nicht um „Zwangsengagement“.
- Die bestehende Distanz mancher Migrant*innenorganisationen gegenüber der „Mehrheitsgesellschaft“, die durch langjährige Erfahrung erlebter „Missachtung“ entstanden ist, sollte beachtet werden. Vertrauen muss oftmals erst wieder aufgebaut werden.
- Innerhalb der Kooperation ist eine Problembeschreibung realistischer. Oft geht die „Mehrheitsgesellschaft“ von Problemen aus, die Migrant*innen und Migranten nicht als solche empfinden.

Erwartungen an Migrant*innenorganisationen

- Man sollte die „Bringschulderwartung“ gegenüber der jeweils anderen Seite überwinden und seine Erwartungshaltung verändern. Ein pragmatisches Vorgehen ist wesentlich produktiver.
- Die Gefahr der „Überforderung“ von Migrant*innenorganisationen muss erkannt werden, da die Erwartungen häufig größer sind als die vorhandenen Ressourcen der Migrant*innenorganisationen (meist ehrenamtlich geprägt).

Zusammenfassend waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass auf der Grundlage von Kooperationen und in einem Verhältnis auf „Augenhöhe“ Diskussionen

über „Integration“ sachlicher und lösungsorientierter sind und folglich weniger geprägt von polarisierenden Schuldzuweisungen. Es wurde mehr Gelassenheit im Umgang miteinander und mehr Respekt und Wertschätzung füreinander gefordert.

8 Wohnen und Sozialraum

Die Arbeitsgruppendifkussion lässt sich zu zwei zentralen Schwerpunktthemen zusammenfassen: „Segregation und Konflikte im Zusammenleben vor Ort“ (Stigmatisierung) und die „Bedeutung der Wohneigentumsbildung“.

1. Die drei anwesenden Vertreter der Kommunen Neu-Isenburg, Bad Vilbel und Vechta berichteten einführend von ihren lokalspezifischen Zugängen, Problemen und Lösungsansätzen, die durch ihre Lage in Großstadtnähe und Agglomerationen (z.B. Rhein-Main) bestimmt werden. Im Hinblick auf das Thema Segregation wurde – neben der kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle des Programms „Soziale Stadt“ – die grundsätzliche Orientierungslosigkeit beanstandet. Vor allem der Mangel an Maßnahmen auf sozialer Ebene wurde im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt“ kritisiert. Problematisch sei, dass keine ausreichende Verknüpfung von Bauprojekten und Sozialprojekten existiere. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Hauptkompetenz der beteiligten Institutionen im Baubereich läge und das Programm ein Städtebauförderprogramm sei. Das Resultat seien Maßnahmen, die häufig an der Realität der Betroffenen vorbei gingen. Als Lösungsansatz wurde die Kooperation zwischen unterschiedlichen Trägern und Institutionen angeführt. Durch Kooperationen könne ein „Splitting“ im Quartiersmanagement in Projektsteuerung, Durchführung, bauliche Maßnahmen und Gemeinwesen umgesetzt werden, um eine breitere Angebotspalette zu erreichen.

Im Weiteren wurde auf den Mangel an allgemeingültigen Leitbildern und Strategien auf Kommunalebene verwiesen. Als wichtige Maßnahme, um Segregationsprozessen entgegenzuwirken, wurden „ortspezifische Situationsanalysen“ gesehen. Als Beispiel wurde die kriminologische Regionalanalyse der Universität Vechta mit Unterstützung des Landespräventionsrates genannt. Unumgänglich sei bei allen Lösungsansätzen jedoch eine interkommunale und regionale Verzahnung.

Dass Segregation oftmals soziale Konflikte hervorrufe, wurde von den Teilnehmern als weiteres Problem benannt. Diese Konflikte resultierten aus einer „überforderten Nachbarschaft“, wenn bspw. schlecht integrierte bildungsferne Deutsche auf schlecht integrierte bildungsferne Migranten treffen. In Bezug auf unterschiedliche Formen der Segregation wurde darauf verwiesen, dass die ethnische Herkunft immer dann ein Problem sei, wenn die sozialökonomische Segregation hinzukomme. Diese Probleme könnten durch eine Durchmischung unterschiedlicher Milieus gelöst werden, unter dem Motto „Miteinanderleben statt Nebeneinanderleben“. Der Begriff Integration sollte sich nicht nur auf die Menschen mit Migrationshintergrund beziehen, sondern auf die gesamte Gesellschaft.

In der Diskussion wurde deutlich, dass sich manche Integrationsbeauftragte machtlos fühlen, wenn es um die Streitigkeiten zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft geht, da ihre Funktion nur auf Strukturen und Projekte beschränkt ist. Daher sei es erforderlich, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, um mit dieser Art von Problemen umgehen zu können. Die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen wie z.B. Bildungszentrum, Stadtbibliothek und Musikschule könnte hilfreich sein. Das Hessische Ministerium der Justiz, für Migration und Europa möchte im Bereich Integration neue Impulse setzen, vor allem in Bezug auf die „strukturelle Integration“, so dessen

Vertreterin. Der städtebauliche Bereich sei zwar Thema, könnte als Handlungsfeld aber besser ausgebaut sein. Im Hessischen Ministerium für Städtebau und Wirtschaft sei Integration Bestandteil der „Sozialen Stadt“, allerdings gebe es Schwierigkeiten dies in die anderen Ministerien zu übertragen.

Wegen des hohen Anteiles an Sozialwohnungen scheint das Thema Segregation bei den Wohnungsunternehmen besonders wichtig zu sein. Ein großes Problem ist, dass die Wohnungsunternehmen nicht wissen, wie sie mit den Segregationsprozessen umgehen sollen.

2. Im letzten Teil der Diskussionsrunde wurde die Frage nach der Bedeutung der Eigentumsbildung aufgeworfen („günstige Immobilien als Chance für schrumpfende Regionen“) und die Möglichkeiten einer Förderung der Eigentumsbildung für Migrantinnen und Migranten (Kreditangebote, Finanzierungsmöglichkeiten) erörtert. Die Frage nach der Eigentumsbildung im ländlichen Raum war in der Diskussion umstritten. Einerseits stelle das Thema Wohneigentumsbildung keinen Ansatzpunkt für die Lösung struktureller Migrationsprobleme dar, da diese von der finanziellen Situation einzelner Personen abhängig sei. Andererseits wurde die Eigentumsbildung als ein großes Potenzial für schrumpfende Regionen angesehen.

Trotz der im Durchschnitt höheren Eigentumsquote ist der Eigentumserwerb von Migrantinnen und Migranten kein Phänomen im ländlichen Raum. Außerdem hat die Politik noch keine Vorstellungen, wie die Eigentumsbildung von Zuwanderern im ländlichen Raum gefördert werden könnte. In diesem Zusammenhang wurde nochmals auf die mangelhafte Verbindung zwischen Bauprojekten und Sozialprojekten verwiesen und mehr Ausgewogenheit in der Wohnungsfrage gefordert.

9 Mobilität und Erreichbarkeit von Integrationsangeboten

Eine dünne Besiedlung im ländlichen Raum führt zu größeren Entfernungen und schwierigeren Erreichbarkeiten vieler Angebote und Einrichtungen, die Integration erleichtern könnten. Hiervon sind neben außerschulischen Freizeit- und Förderangeboten auch Angebote der Berufsqualifizierung, Sprachkurse usw. betroffen. Unabhängig von der räumlichen Distanz muss man bedenken, dass der Zugang zu Integrationsangeboten auch eine subjektive Seite hat. So sind dezentrale Angebote, beispielsweise der Verwaltung, keine Garantie dafür, dass Migrantinnen und Migranten diese nutzen. Daher sollte die Frage nach der Verbesserung des Zugangs zu Angeboten immer mitgedacht werden. Ausgehend von dieser Fragestellung lässt sich die Diskussion der Arbeitsgruppe unter vier Themenfeldern zusammenfassen:

1. Der Zugang zu Angeboten wurde unter dem Aspekt der Mobilisierung und Aktivierung diskutiert. Menschen, die sich für die Integration einsetzen, gehen häufig von der Annahme aus, dass ein Bedarf an bestimmten Angeboten wie beispielsweise Deutschkurse oder Alphabetisierungskurse vorhanden ist. Hierbei wird außer Acht gelassen, dass die Zuwanderer diesen Bedarf für sich selbst erkennen und nutzen müssen. Mit anderen Worten: Mobilisierung heißt hier auch Aktivierung.

2. Zugang zu Angeboten erleichtern bedeutet, dass die Hemmschwellen – vor allem gegenüber der Verwaltung – abgebaut werden müssen. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, kontinuierlich Beziehungs- bzw. Vertrauensarbeit zu leisten und an „Orte des Vertrauens“ anzuknüpfen. Hierbei ist die Freiwilligkeit die wichtigste Voraussetzung.

3. Die räumliche Mobilität ist vor allem im ländlichen Raum immer auch verbunden mit dem Thema der „Mobilitätskultur“, welches nicht nur Migrantinnen und Migranten betrifft. Damit sind unter anderem Vorurteile wie, „man fährt nicht Bus oder Bahn“ gemeint. Um diese zu mildern und eine positive „Mobilitätskultur“ zu etablieren, ist zunächst der Abbau von Zugangsschwellen zum ÖPNV nötig.

4. Viele kleinteilige Angebote sind im ländlichen Raum bereits vorhanden. So wurden als Beispiele Fahrdienste von Kitas und Schulen, teilweise Fahrgemeinschaften oder auch Fahrdienste bei Vereinen genannt. Diese Angebote gilt es auszubauen und zu professionalisieren.

Handlungsbedarfe / Empfehlungen:

- Anerkennen, dass Mobilität im ländlichen Raum teuer ist, da aufgrund größerer Distanzen Preise für Einzelfahrscheine meist höher sind als in großen Städten.
- Abbau von Mobilitätshemmnissen als Hilfe zur Selbsthilfe, zum Beispiel durch die Senkung von Zugangsschwellen zum ÖPNV durch gemeinsame Bus- oder Zugfahrt, durch das Angebot von Fahrradkursen und die Einrichtung von Fahrgemeinschaften.
- Vorhandene Fahrdienste öffnen für weitere Personengruppen (bspw. Mütter nutzen den Fahrdienst zur Kita/Schule, um zum eigenen Sprachkurs/Arzt etc. zu gelangen).
- „Einfache“ Lösungen suchen, d.h. Zuwanderer nicht immer in die Situation der Bittsteller zu bringen, sondern beispielsweise Tauschbörsen initiieren.
- Nach Möglichkeit dezentrale Angebote installieren. Die zentrale Frage ist: Wer erreicht wen? Gehen Menschen zum Angebot oder kommt das Angebot zu den Menschen?

10 Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus werden zunehmend als zentrale Hindernisse für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume erkannt. Der ländliche Raum ist durch mangelnde Vielfalt gekennzeichnet; die dort lebenden Menschen stehen Fremden eher ablehnend gegenüber. Die demographische Entwicklung erzeugt eine Veränderung der politischen Debatte. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und der zunehmende Fachkräftemangel lassen Zuwanderung als mögliche Lösung für schrumpfende Regionen erscheinen. Fremdenfeindliche Einstellungen und Aktivitäten behindern jedoch die Entwicklung, denn Zuwanderer meiden diese Gebiete als Ansiedlungsorte oder ziehen nach Ablauf der Residenzpflicht weg, da sie für sich und ihre Familien keine ausreichende Sicherheit gewährleistet sehen und befürchten, einer diskriminierenden Alltagskultur ausgesetzt zu sein.

Probleme, die insbesondere in Ostdeutschland eine Rolle spielen, sind die Lage der Unterkünfte von Asylbewerber- und Aussiedlerwohnheimen, die häufig außerhalb der Stadtgrenzen liegen und dadurch deren stigmatisierenden Charakter verstärken, der diskriminierende Umgang der Ausländerbehörden mit Migranten und Migrantinnen und der häufig zum kulturellen Mainstream geronnene Alltagsrassismus. Auch wenn Zuwanderung vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung tendenziell positiv gesehen wird, so fehlt von den politisch Verantwortlichen eine eindeutige politische Positionierung gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit und ein offener Umgang mit den Problemen. In etlichen Kommunen, die von Aktionen rechts gerichteter Gruppen betroffen sind oder wo gewalttätige Vorfälle gegen „Fremde“ stattfanden, negieren oder verschweigen die politischen Eliten die Probleme, da sie einen Imageverlust der Kommune oder der Region fürchten. Opfer fremdenfeindlicher Gewalttaten und Initiativen, die sich um die Opfer kümmern, gelten allzu häufig als

Nestbeschmutzer, da durch sie die Probleme öffentlich werden. Durch das Fehlen einer offensiven Gegenwehr besteht die Gefahr, dass sich rechts gerichtete Gruppen in ihrem Tun bestätigt fühlen. Hinzu kommt das Problem mangelnder Polizeipräsenz und die Gefahr der Entstehung „rechtsfreier Räume“. Im Rahmen von Strukturangepasstungsmaßnahmen insbesondere in den neuen Ländern werden in den schrumpfenden Regionen die Polizeistationen stark ausgedünnt und konzentriert. Ganz abgesehen davon, dass die Polizei selbst zu einem Problem werden kann, wenn sie entsprechende Straftaten nicht eindeutig verfolgt.

Es wäre wichtig, dass in den betroffenen Kommunen ein Umdenken der politischen Eliten stattfindet und sie sich offensiv mit Fremdenfeindlichkeit und dem Auftreten rechts gerichteter Gruppen auseinandersetzen. Nur so kann sich eine Willkommens- und Anerkennungskultur etablieren, die Voraussetzung für ein positives Image bei den Zuwanderungsadressaten ist und damit Zuwanderungs- und Integrationsprozesse ermöglicht. Zur Anerkennungskultur zählen die Stärkung von Minderheitenrechten, eine aktive Antidiskriminierungspolitik und die interkulturelle Öffnung von Institutionen.

In der Diskussion wurden viele Vorschläge genannt, wie eine offensive Antidiskriminierungs- und Integrationspolitik gestaltet werden könnte. Wichtig ist es, die lokale Wirtschaft für Antidiskriminierungspolitik zu gewinnen, da diese vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ein besonderes Interesse an Zuwanderung und der Gewinnung von Fachkräften habe. Als Beispiel wurde die „Charta der Vielfalt“ genannt, die mittlerweile von vielen Unternehmen in Deutschland mitgetragen wird. Möglich ist es auch, lokale Traditionen zu beleben, die auf Vielfalt verweisen, um eine veränderte Wahrnehmung von Migration zu erzeugen und Lernprozesse im Umgang mit Veränderung in der kommunalen Bürgergesellschaft in Gang zu bringen. Das Sichtbarmachen und die Anerkennung der Vielfältigkeit bei gleichzeitiger Erkennbarkeit der deutschen Kultur wurden als Eckpfeiler einer aktiven Integrationspolitik genannt. Es muss klar werden, in welche Kultur man sich integrieren soll. Hier sei auch eine kritische Reflexion des Selbstbildes der Deutschen erforderlich. Gefördert und unterstützt werden muss der interkulturelle und interreligiöse Dialog. Aufklärung, politische Bildung und Partizipation sind weitere wichtige Bausteine.

Ganz praktisch wurde zum Schluss der Diskussion eine Best-Practice-Ideensammlung guter Integrationspolitik für Bürgermeister vorgeschlagen. Eine leicht umzusetzende Maßnahme sei zum Beispiel eine Willkommensfeier für Neubürger. Wichtig sei vor allem die Zusammenarbeit und Vernetzung von Kommune und Migrantenorganisationen oder -gruppen und damit die Realisierung von Teilhabechancen.



Integration mit geringen Ressourcen – Podiumsdiskussion

Teilnehmer/innen: *Wolfgang Bernicke*, Bürgermeister der Stadt Genthin, *Michael Busch*, Landrat des Landkreises Coburg, *Paola Fabbri Lippsch*, Integrationsbeauftragte der Stadt Neu-Isenburg, *Ulrike Otten*, Integrationsleitstelle Landkreis Emsland, *Michael Rosenbach*, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, *Sabine Süß*, Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung

Moderation: *Ferdos Forudastan*, Journalistin bei WDR und Deutschlandfunk

Die Moderatorin *Ferdos Forudastan* eröffnete die Diskussion mit einem Blick nach vorne und fragte in die Runde, was in Zukunft für die Integration im ländlichen Raum „von wem“ besser gemacht werden muss. Sie fragte, wie die kommunalen Verwaltungen ihre Integrationsaufgaben bewältigen und in welchen Bereichen sie Probleme haben.

Wolfgang Bernicke machte darauf aufmerksam, dass Genthin durch die Zusammensetzung seiner Migrantengruppe eine andere Situation, als überwiegend auf der Fachtagung diskutiert, habe. Seit 1993 nimmt die Stadt hauptsächlich Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion auf. Als Ostdeutscher kann man die Migrationserfahrung der Spätaussiedler gut nachvollziehen, da man sich nach der Wiedervereinigung auch neue Lebenswelten erschließen musste. Alles in allem hat Genthin daher auch weniger Probleme mit der Integration von Zugewanderten als oft auf der Tagung beschrieben.

Frau Forudastan hakte an der Stelle nach und fragte nach den Erfahrungen mit rechtsextremen Vorkommnissen, die sich negativ auf Integrationsvorhaben auswirken können.

Herr Bernicke stellte klar, dass die Stadt Genthin kein rechtes Problem habe. Die Stadt ist in dem Zusammenhang wegen eines Vorfalls vor zwei Jahren in die Schlagzeilen geraten, bei dem rechtsextreme Jugendliche aus einer Nachbargemeinde einen Genthiner Jugendclub besetzt hatten. Dies wollte die Stadt nicht dulden, so dass die Polizei den Club räumte. Daraufhin mobilisierten die Rechtsextremen 400 Sympathisanten aus der ganzen Region, die durch Genthin marschierten. Das entsprechende Medien-echo hängt Genthin bis heute nach und hat auch im Verlaufe der Projektteilnahme zu Dissonanzen mit der Schader-Stiftung geführt. Nach *Bernicke* wird von der Projektseite zu wenig regional unterschieden zwischen der Stadt Genthin und dem umschließenden Landkreis Jerichower Land, der in bestimmten Gegenden eher mit diesen Problemen zu kämpfen hat.

Sabine Süß ergänzte, dass man sich mit einem von den Medien verursachten Imageproblem auch unabhängig von dem zugrundeliegenden Anlass aktiv auseinandersetzen solle. Im Jerichower Land setze man z.B. auf Zuwanderung zur Bewältigung von Schrumpfungsprozessen. Da sei eine Willkommenskultur besonders wichtig.

Frau Forudastan nahm ihre Eingangsfrage wieder auf und fragte nach dem Spezifischen von Integration im ländlichen Raum.

Michael Busch nannte das stärkere Zusammengehörigkeitsgefühl, die engeren Nachbarschaften und die breite Vereinslandschaft, die neben den geringeren Anteilen von Migrantinnen und Migranten auch dazu führen, dass die Kommunen das Thema Integration nicht so problembeladen anschauen müssen. Er plädierte dafür, Integration nicht nur auf die Personen mit Migrationshintergrund zu beziehen, sondern auf alle Menschen einer Gesellschaft. Der Landkreis Coburg organisiert seine sozialen Dienste, die in diesem weiten Verständnis Integrationsaufgaben übernehmen, dezentral und lagert sie aus in die Städte und Gemeinden. Durch diese Präsenz ist auch eine bessere Netzwerkpflge mit den Schulen und Vereinen vor Ort möglich. Für den Landkreis bringt das Arbeiten in der Weite des Raumes andere Probleme mit sich. Daher forderte er, dass die Bundesförderung von Integrationsmaßnahmen den ländlichen Raum besonders behandeln solle. Fördermittel sollten flexibler auf die besonderen Umstände einer geringen Bewohnerdichte anwendbar sein.

Michael Rosenbach machte klar, dass das Bundesamt schon wahrnehme, wie unterschiedlich die Räume in Deutschland sind. Allerdings sei die Informationslage zu den Integrationsbedingungen im ländlichen Raum noch sehr lückenhaft, daher habe man auch großes Interesse an den Ergebnissen des Forschungs-Praxis-Projektes „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“. Flexibilität in Bezug auf die Fördermöglichkeiten führt immer zu größerem Verwaltungsaufwand und die Träger, die dies dann leisten müssen, beschwerten sich jetzt schon darüber. Auf manches hat das Bundesamt auch wenig Einfluss, so ist z.B. bei den Basis-Integrationskursen keine Mindestteilnahme vorgeschrieben. Dass es faktisch doch eine gibt, hat ökonomische Ursachen von Seiten der Träger.

Herr Busch meinte, dass sich die Forderungen gar nicht immer an die höheren Ebenen richten müssten. Vieles kann auch mit dem erforderlichen Bewusstsein für das Thema vor Ort geschafft werden. Im Landkreis Coburg waren es z.B. Impulse des Projektes und des dort ermöglichten Erfahrungsaustausches mit anderen Kommunen, die Aktivitäten angestoßen haben. Mehr und flexibler einsetzbare Fördermittel machen die Arbeit natürlich leichter.

Paola Fabbri Lipsch fand den gesamtgesellschaftlichen Integrationsansatz vom Landkreis Coburg richtig, allerdings herrsche in der Praxis in Bezug auf Migrantinnen und Migranten oft noch eine Defizitorientierung vor. Dem muss keine Bösartigkeit zugrunde liegen, man hat eben lange nach diesen Maßstäben, auch im Willen Gutes zu tun, gedacht und gearbeitet. Die Kommune hat vor allem im Bildungsbereich strukturelle Grenzen der Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten. Trotzdem kann man natürlich als Kommune Projekte in Kooperation mit Schulen durchführen. Aktivitäten auf Bundesebene, wie die Aufstellung des Nationalen Integrationsplanes, machen positiven Druck bis hinunter in die Kommunalpolitik, sich des Themas anzunehmen und es weiterzuentwickeln. In den Unterstützungsleistungen des Bundes wünscht man sich eine Neustrukturierung des Förderdschungels und auch mehr Mobilität „von oben“, z.B. eine Art Einsatztruppe zur kurzfristigen Unterstützung bei lokalen Integrationsvorhaben.

Herr Rosenbach ging auf die Forderungen ein und machte darauf aufmerksam, dass das BAMF mit seinen Regionalkoordinatoren in der Fläche präsent sei. Das Problem der undurchsichtigen und redundanten Fördermöglichkeiten, die durch die EU-Ebene noch komplexer werde, sieht er auch. Das BAMF arbeite an der Verschlinkung von Antragsprozessen und der Komprimierung von Fördertöpfen.

Ulrike Otten berichtete, dass im Landkreis Emsland das Thema Integration Chefsache sei. Der Landrat hat ein persönliches Interesse und möchte auch immer über die Aktivitäten auf dem Laufenden gehalten werden. Auch wenn sich viele Integrationsmaßnahmen über endliche Projekte realisieren, ist schon die Schaffung einer Leitstelle Zeichen dafür, dass in nachhaltige Strukturen investiert wird. Aber auch Integrationsprojekte werden von Anfang an auf Nachhaltigkeit über die Förderdauer hinaus getrimmt.

Auf die Frage von *Frau Forudastan*, ob es denn schon Ideen gebe, welche Forderungen aus dem Projekt an die Politik möglich wären, antwortete *Frau Süß*, dass es im Konkreten dafür noch zu früh sei. Die Anstöße, die das Projekt in den einzelnen Teilnehmerkommunen setzen konnte, werden von der Begleitforschung noch untersucht. Allerdings kristallisiert sich heraus, dass die Handlungsspielräume der Kommunen überdacht werden sollten. Einzelne Personen mit Visionen können schon heute diese Spielräume schaffen, das sollte auch in den Kooperationsformen von Bund und Kommune möglich sein. Zum Beispiel kann die Effizienz der Förderlandschaft erhöht werden, wenn die Förderprogramme verschiedener Ebenen besser koordiniert werden. Das bringe sicherlich noch nicht den Föderalismus in Gefahr.

Frau Fabbri Lipsch ergänzte, dass Fördermittel nur dann wirksam sein könnten, wenn in ihre Modalitäten Ideen einfließen, wie sie vor Ort genutzt werden können. Die entsprechende Kommunikation zwischen Bund und Kommune sei bei diesem Anliegen noch nicht ideal.

Herr Busch richtet den Wunsch an die Landkreise, schon aus Eigeninteresse eine integrierte Bevölkerung anzustreben. Dann werde sich die Steuerung der Integration auch in den Strukturen der Kommunen verankern. Die aktuelle Sarazzin-Debatte erleichtere eigentlich diese Bewusstseinsbildung, da sich mehr Leute über das Thema Integration Gedanken machen.

Frau Otten regte an, dass die Sprachförderung für Schüler, die momentan Ländersache ist, auf unbürokratische Weise auch durch die Angebote der Integrationskurse des Bundes abgedeckt werden könnten. Hier verwies *Herr Rosenbach* auf entsprechende Modellprojekte, die sich noch in der Erprobungsphase befinden.

Zum Abschluss hob *Frau Süß* noch einmal hervor, dass die Debatten mit und unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Tagung beispielhaft dafür waren, mit welcher Ernsthaftigkeit und Expertise das Thema Integration diskutiert werden sollte. Auch habe sich deutlich gezeigt, dass die politische Führung das Thema offensiv besetzen muss, um die Köpfe und Institutionen zu ermuntern, sich für die Herausforderungen und Chancen der Integration zu öffnen. In den nächsten Arbeitsschritten des Projektes wird das Forscherteam seine Erkenntnisse und Gute-Praxis-Beispiele sammeln und ordnen, um daraus Handlungsempfehlungen für die Politik und die Verwaltung ableiten zu können. Diese werden dann im Herbst 2011 in Berlin auf einer Fachkonferenz vorgestellt.

Anhang

Biografien der Referenten und Referentinnen

Wolfgang Bernicke ist Bürgermeister der Stadt Genthin im Landkreis Jerichower Land. Nach der mittleren Reife, der abgeschlossenen Lehre als Koch und einer dreijährigen Militärdienstzeit im Stabsdienst begann er seine Tätigkeit als Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung bei der Stadt Gardelegen/Altmark und durchlief dort verschiedene Funktionen in der Leitungsebene (Stadtbaudirektor, Sekretär des Rates, Stellvertretender Bürgermeister). Während dieser Zeit absolvierte er ein postgraduales Fachschulstudium zum Diplom-Verwaltungswirt (FH). Mit dem Wechsel des Dienstortes nach Genthin im Jahre 1979 erfolgte dort erstmals die Wahl zum Bürgermeister der Stadt Genthin für die Dauer von 5 Jahren. Nach Abschluss eines Hochschulstudiums (Staats- und Rechtswissenschaften – Diplom-Politologe) folgte die Wiederwahl in den Jahren 1984 und 1989. Nach der politischen Wende wurde Herr Bernicke 1990 erneut zum Mitglied der Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis zum Jahre 1994 als partei- und fraktionsloser Abgeordneter angehörte. Nach 4 Jahren selbständiger Tätigkeit als Einzelhändler sowie Geschäftsführer verschiedener Immobiliengesellschaften wurde Herr Bernicke erneut zum Bürgermeister der Stadt Genthin für die Dauer von 7 Jahren gewählt. Eine Wiederwahl erfolgte in den Jahren 2001 und 2008.

Frauke Burgdorff ist Dipl.-Ing. Raumplanung und seit 2006 Vorstand der Montag Stiftung Urbane Räume gAG. Zuvor arbeitete sie unter anderem als Leiterin des Europäischen Hauses der Stadtkultur/Initiative Stadt-BauKultur NRW in Gelsenkirchen, war Projektleiterin bei der EuRegionale 2008 in Aachen und im Sekretariat für Zukunftsforschung Gelsenkirchen sowie Mitarbeiterin des Planungsbüros studiegroep omgeving Antwerpen.

Michael Busch, Landrat des Landkreises Coburg, ist staatlich anerkannter Krankenpfleger und Bürokaufmann. Er arbeitete als Zeitsoldat bei der Bundeswehr und war zuletzt Geschäftsführer des Kreisjugendrings Coburg. Er war von 1984 bis 2008 Mitglied im Gemeinderat von Ebersdorf und ist seit 1990 Mitglied im Kreistag des Landkreises Coburg. Von 1996 bis 2002 war er Stellvertreter des Landrats und seit 1999 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Familie. Die SPD-Kreistagsfraktion führte er von 1994 bis 2008, Vorstandsmitglied des SPD-Kreisverbandes Coburg-Land war er von 1994 bis 2008 und von 2003 bis 2008 dessen Vorsitzender. Seit 01.05.2008 ist Michael Busch Landrat des Landkreises Coburg.

Peter Ederer ist Sozialversicherungsfachangestellter und Diplom-Pädagoge. Seit 1986 ist er bei der Stadt Ravensburg als Integrations- und Seniorenbeauftragter beschäftigt. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten im Bereich der Integrationsarbeit gehören die Geschäftsführung des Beirats für Integrationsfragen, die Förderung der Migrantenvereine, die Organisation der Woche der internationalen Nachbarschaft, die Initiierung von Projekten und die Durchführung eigener Projekte sowie Vorträge in Schulen, Vereinen etc.

Paola Fabbri Lippsch studierte Sozialanthropologie und Ethnologie an der Universität „La Sapienza“ in Rom. Nach dem Studium arbeitete sie mehrere Jahre als Ethnologin in Rom und Mexiko im Bereich der Entwicklungspolitik. 1994 kam sie mit ihrer binationalen Familie nach Deutschland. Seit 2000 arbeitet sie für die Hörfunkredaktionen des Hessischen Rundfunks und des WDR (zweisprachige Beiträge zu Themen wie beispielsweise Zuwanderungsgesetz, Antidiskriminierungspolitik, Interkulturelle Kompetenz, Migrantenkinder und Bildung; redaktionelle Arbeit und regelmäßige Moderation von Magazinen und Nachrichtensendungen) und moderiert Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen, u. a. zu Einwanderungspolitik und interkulturellem Zusammenleben. Bis 2004 war sie zudem als Redakteurin für die in Deutschland erscheinende italienische Wochenzeitung „Corriere d'Italia“ tätig. Seit 2009 ist sie Integrationsbeauftragte der Stadt Neu-Isenburg.

Ferdos Forudastan wurde 1960 als Tochter einer Deutschen und eines Iraners in Freiburg im Breisgau geboren. Nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften und Politologie arbeitete sie von 1989 an zunächst als Hauptstadtkorrespondentin der „tageszeitung“ (taz), anschließend der „Frankfurter Rundschau“. Seit 1999 ist sie als freie Journalistin vorwiegend als Moderatorin und Autorin für den WDR Hörfunk und den Deutschlandfunk tätig. Sie moderiert Tagungen und Kongresse zu innenpolitischen Themen und hat verschiedene Bücher zu Migration und Integration veröffentlicht. Für ihre Arbeit wurde sie mit dem Theodor-Wolff-Preis, dem Medienpreis des Deutschen Anwaltsvereins und dem Journalistenpreis der Siebenpfeiffer-Stiftung ausgezeichnet. Ferner lehrt sie als Dozentin u. a. an der Hamburger Akademie für Publizistik und an der Universität Dortmund.

Dr. Michael Griesbeck, Vizepräsident im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wurde 1960 geboren. Er absolvierte sein Studium der Rechtswissenschaft und der Politischen Wissenschaft in Regensburg und Bonn. Im Anschluss daran begann er seine Promotion zum Dr. jur. an der Universität Regensburg. Ab 1988 war er im Bundesministerium des Innern in verschiedenen Funktionen tätig, u. a. in der „Arbeitsgruppe Innenpolitische Grundsatzfragen“, im Referat „Allgemeine Angelegenheiten der Verbrechensbekämpfung“ und als Pressesprecher. 1996 wechselte er ins Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten, Internationale Aufgaben und Informationstechnik; 1999 – 2002 Abteilungsleiter Zentrale Verwaltung, Internationale Aufgaben; seit 01.07.2002 Abteilungsleiter Integration; 2003 – 2004 zugleich Leiter der Abteilung Informationszentrum Asyl und Migration, Internationale Aufgaben, Flüchtlingsschutz. Am 04.09.2006 wurde Dr. Michael Griesbeck die Funktion des Vizepräsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge übertragen.

Ministerialdirektorin Gabriele Hauser, Bundesministerium des Innern, wurde am 24. März 1955 in Sasbach in Baden-Württemberg geboren. Sie studierte in Heidelberg, Genf und München und begann ihre juristische Laufbahn 1984 als Proberichterin beim Landgericht Mannheim. Nach Stationen beim Amtsgericht Wiesloch und der Staatsanwaltschaft Heidelberg wurde sie 1986 zur Staatsanwältin ernannt. In den Jahren 1987 bis 1991 war sie als Dozentin an der Fachhochschule für Rechtspflege in Schwetzingen, bevor sie 1991 an das Bezirksgericht Dresden abgeordnet wurde, wo sie als Straf- und Zivilrichterin arbeitete. 1993 wurde Gabriele Hauser zur Richterin am Oberlandesgericht Dresden ernannt und in der Folge als Zivilrichterin am Oberlandesgericht tätig. Von Mitte 1995 bis Oktober 1998 war sie an das Sächsische Staatsministerium der Justiz abgeordnet. Als Referatsleiterin war sie dort in erster Linie für Personalfragen zuständig. Danach war sie als Vorsitzende Richterin eines Zivilsenats und im Verwaltungsbereich am Oberlandesgericht Dresden tätig. Von November 2004 bis Ende 2009 war sie Staatssekretärin im Sächsischen Staatsministerium der Justiz. Mit Wirkung vom 01.03.2010 wurde sie zur Ministerialdirektorin im BMI ernannt und leitet seit diesem Zeitpunkt die für Migration, Integration, Flüchtlinge, Europäische Harmonisierung zuständige Abteilung.

Dr. Jörg Hüttermann studierte von 1982 – 1989 Geschichts- und Sozialwissenschaften in Wuppertal, Bonn und Bielefeld und schloss mit der ersten Staatsprüfung für Lehramt ab. Nach Forschungsaufenthalten in Madrid als Stipendiat des spanischen Außenministeriums und des DAAD arbeitete er von 1994 – 1996 als wissenschaftliche Hilfskraft in dem Forschungsprojekt „Fremde in Deutschland?“ an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Seit 1996 ist er wissenschaftlicher Angestellter im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Seine Doktorarbeit, für die er den Dissertationspreis der Lippisch-Westfälischen Universitätsgesellschaft verliehen bekam, schloss er 1998 ab. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Figurationssoziologie und sozialraumbezogenen Milieuforschungen zu Konflikt und Integration der Einwanderungsgesellschaft (insbesondere Aussiedler-, Polizei- und Islamforschung) sowie in der soziologischen Theorie (u. a. Systemtheorie, Milieuthorie, Figurationssoziologie). Aktuell arbeitet er in dem von der deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt „Immigration, Figuration, Conflict: A Comparative Social Space Analysis in Bradford and Duisburg“.

Dr. Andreas Kapphan ist seit September 2004 Referent bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und unter anderem zuständig für die Themen kommunale Integrationspolitik und Stadtentwicklungspolitik. Zwischen 1996 und 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität Berlin im Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie. In den darauf folgenden Jahren war er selbständiger Gutachter in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Integration. Dr. Andreas Kapphan ist Mitglied des Lenkungskreises zum Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Corinna Kennel ist Diplom-Politologin und seit 2009 freie Mitarbeiterin bei Urbanizers, Büro für städtische Konzepte. Ihre Arbeitsschwerpunkte bilden das Wissenschafts- und Projektmanagement; die Lehre im Bereich sozialwissenschaftlicher Perspektiven in der Stadt- und Regionalentwicklung; Forschung im Bereich soziale Stadtentwicklung; neue, partizipationsorientierte Steuerungsformen in der Stadtpolitik sowie lokale Anpassungsstrategien an den Klimawandel. Zuvor war sie über mehrere Jahre Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Stadt- und Regionalentwicklung der BTU Cottbus. Von 1999 bis 2005 zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin, von 2005 bis 2008 als Projektmanagerin des Forschungsprojekts „The Balance of Urban Growth and Redevelopment in Ho Chi Minh City – Sustainable Housing Policies for Megacities of Tomorrow“. In den Jahren 2000/2001 war sie überdies als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner tätig.

Ministerialdirektor a.D. Dr. Gerold Lehnguth hat Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Münster und Göttingen studiert. Nach Referendariat, Promotion und zweitem juristischem Staatsexamen war er u. a. Referent beim Justizsenator in Bremen und Referatsleiter im Bundeskanzleramt für den Bereich „Verfassungsrecht, Organisation und Geschäftsordnung der Bundesregierung, öffentlicher Dienst und Kommunalwesen“. Von 1992 bis zum Eintritt in den Ruhestand im März 2009 war er im Bundesministerium des Innern tätig, seit 1999 als Leiter der Abteilung: Migration, Integration, Flüchtlinge, Europäische Harmonisierung (vormals Abteilung für Ausländer- und Asylangelegenheiten). Seine Arbeitsschwerpunkte lagen in den Bereichen Zuwanderungsrecht, Nationales Aufenthaltsrecht für Ausländer einschließlich Europäisches Migrationsrecht, nationales Asyl- und Asylverfahrensrecht einschließlich europäischer Rechtsakte und Integrationspolitik. Er ist Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewähltes Mitglied der Kommission für Migration und Integration beim Rat der Evangelischen Kirche. Dr. Gerold Lehnguth ist Mitglied des Lenkungskreises zum Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Dr. Heike Liebmann ist Dipl.Ing. für Stadtplanung und seit 1992 am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) tätig, das in Kooperation mit dem ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung die Begleitforschung des Projekts „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ durchführt. Anfang 2007 hat sie die Leitung der Forschungsabteilung „Regenerierung schrumpfender Städte“ (seit 2009: „Regenerierung von Städten“) am IRS übernommen. Seit 2004 leitet sie zudem die Bundestransferstelle Stadtbau Ost, die im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am IRS eingerichtet wurde. In Kooperation mit der Schader-Stiftung führte sie 2002/2003 das Projekt „Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtbau“ durch. Im Jahr 2004 hat sie ihre Promotion zum Dr. Ing. an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund abgeschlossen.

Ulrike Otten absolvierte ihre Ausbildung bei der Bezirksregierung Weser-Ems und schloss begleitend das Studium zur Diplomverwaltungswirtin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Hildesheim ab. Seit 1992 ist sie Landesbeamtin im Landkreis Emsland, zunächst im Amt für Agrarstruktur Meppen, in dem sie sich mit klassischen Verwaltungstätigkeiten in den Bereichen landwirtschaftliche Subventionen und Investitionsförderung in der Dorferneuerung beschäftigte. Seit 2005 ist sie dauerhaft abgeordnet an den Landkreis Emsland mit der Aufgabenstellung der Leitstelle für Integration. Ihre Aufgabenschwerpunkte bilden der Aufbau und Ausbau kommunaler Netzwerke, die Projektarbeit auf Kreisebene in den Bereichen Frauenförderung, Gesundheit und Bildung, die Unterstützung der Akteure vor Ort sowie die Erstellung und Pflege der Datenbank Integration des Landkreises Emsland.

Prof. Dr. Roland Roth hat Sozialwissenschaften in Marburg und Frankfurt a. M. studiert. Bis zu seiner Promotion im Jahre 1984 war er u. a. in der außerschulischen politischen Erwachsenenbildung tätig, leitete ein Stadtteilprojekt gegen Jugendarbeitslosigkeit in Frankfurt a. M. und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M. Nach seiner Promotion war er Hochschulassistent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, wo er 1992 habilitierte. Seit 1993 ist er Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen: politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland, kritische Gesellschaftstheorie, transnationale Politik sowie Demokratie und Menschenrechte. Prof. Roland Roth ist Mitglied des Lenkungskreises zum Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Michael Rosenbach studierte Rechtswissenschaften und ist seit Juni 1993 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wo er als Referent im Asylverfahren einstieg. In den Jahren 1994 bis 2008 war er als Referatsleiter in verschiedenen Bereichen tätig. Seit Dezember 2008 ist Michael Rosenbach Gruppenleiter Maßnahmen der Integrationsförderung, Jüdische Zuwanderer, Migrationsberatung. Michael Rosenbach ist Mitglied des Lenkungskreises zum Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Hilal Sezgin wurde 1970 in Frankfurt a. M. als Tochter deutsch-türkischer Eltern geboren. Nach ihrem Studium der Philosophie, Soziologie und Germanistik in Frankfurt a. M. leitete sie ab 1999 sieben Jahre das Ressort Sachbuch und Politisches Buch im Feuilleton der Frankfurter Rundschau. 1999 erschien „Der Tod des Maßschneiders“, ein historischer Kriminalroman, 2005 eine Glossensammlung mit dem Titel „ABC der Freiheiten“. 2006 erschien „Typisch Türkisch. Porträt einer neuen Generation“ und zuletzt 2008 „Mohammed und die Zeichen Gottes. Der Koran und die Zukunft des Islam“ gemeinsam mit Nasr Hamid Abu Zaid. Von April bis September 2006 übernahm Hilal Sezgin eine Vertretung im Feuilleton der ZEIT. Seit 2007 lebt sie als freie Schriftstellerin und Journalistin auf einem Hof in der Lüneburger Heide. Sie schreibt unter anderem für die tageszeitung, DIE ZEIT, die Frankfurter Rundschau und den Tagesspiegel. Sie ist Kolumnistin für die Meinungsseite der tageszeitung und regelmäßige Autorin des islamischen Worts beim Südwestrundfunk.

Prof. Dr. Heinz Schilling wurde 1942 in Seligenstadt geboren. Er studierte Volkskunde, Germanistik und Politik in Frankfurt a. M. Nach seiner Promotion 1971 arbeitete er als Journalist und langjähriger Rundfunkredakteur für Kultur und Wissenschaft in der ARD. 1993 kehrte er zur Frankfurter Universität zurück und habilitierte im Fach Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie. Seine Themenbereiche in Forschung und Lehre sind: Identitäten und Mentalitäten, Kultureller Wandel, Kultur der Grenze, Kultur der Verstädterung. In diesen Bereichen hat Heinz Schilling u. a. folgende Buchveröffentlichungen: „Stadt ohne Eigenschaften. Frankfurt – Einsichten von außen“ (Frankfurt 2005), „Kleinbürger. Mentalität und Lebensstil“ (Frankfurt und New York, 2003), „Welche Farbe hat die Zeit? Recherchen zu einer Anthropologie des Wartens“ (Frankfurt 2002), „Peripherie. Lokale Identitäten und räumliche Orientierung an der Grenze“ (Frankfurt 2000), „Nebenan und Gegenüber. Nachbarn und Nachbarschaften heute“ (Frankfurt 1997).

Dr. phil. habil. Karen Schönwälder, Politikwissenschaftlerin, Karen Schönwälder hat an der Philipps-Universität Marburg Politik-, Geschichts- und Erziehungswissenschaften studiert und 1990 dort promoviert. Im Jahr 2001 erfolgte ihre Habilitation in Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Lehr- und Forschungstätigkeiten übte sie u. a. an der Philipps-Universität Marburg, der University of London und als Gastprofessorin an der Universität Haifa in Israel aus. In den Jahren 2003 bis 2007 war sie Leiterin der Arbeitsstelle „Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Zudem war sie als Privatdozentin zunächst an der Justus-Liebig-Universität Gießen, dann an der Freien Universität Berlin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft tätig. Seit Juni 2008 ist sie Forschungsgruppenleiterin am MPI zur Erforschung multireligiöser u. -ethnischer Gesellschaften in Göttingen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen gesellschaftliche und politische Reaktionen auf Einwanderung, Integrationspolitik, öffentliche Debatten, illegale Migration, räumliche Segregation und ihre Konsequenzen sowie politische Partizipation von Einwanderern. Dr. Karen Schönwälder ist Mitglied des Lenkungskreises zum Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Sabine Süß ist seit Juni 2007 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Schader-Stiftung. Sie studierte Germanistik, Publizistik und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Von 2004 bis 2006 war Sabine Süß Gründungsdirektorin des Deutschen Auswandererhauses (DAH) in Bremerhaven, 2001 bis 2004 Geschäftsführerin des Internationalen Forums für Gestaltung (IFG) GmbH an der Stiftung Hochschule für Gestaltung in Ulm und 1999 bis 2004 Geschäftsführende Gesellschafterin bei Computerkultur – Gesellschaft für Projektmanagement mbH in Berlin.

Ruth K. Tennenbaum ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der „Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen“ (EKM) in Bern. Nach abgeschlossener Grundausbildung zur Kauffrau in Basel absolvierte Ruth K. Tennenbaum von 1981–1984 die Kunstschule Farb & Form in Zürich. 1985 gründete sie dann ein eigenes Reisebüro in Zürich und machte begleitend eine zweijährige Weiterbildung zum „internationalen Travelconsultant“. 1992 stieg sie als Geschäftsleiterin der OKAJ Zürich (kantonaler Dachverband der Verbandsjugendarbeit) in die Jugendarbeit ein und wechselte 1997 in das Projektteam „Soziokultur“ des Sozialdepartements der Stadt Zürich. Danach wirkte sie als Kontraktmanagerin und Bedarfsplanerin im Stab des Sozialdepartements der Stadt Zürich und war zuständig für die Leistungsverträge mit den Anbietern der offenen Jugendarbeit und den Anbietern der Straßensozialarbeit. Seit Sommer 2001 engagiert sie sich im Rahmen der Integrationsförderung des Bundes für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer zuerst als selbständige Mandatsnehmerin und dann als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sekretariat der damaligen Eidgenössischen Kommission für Ausländerfragen (EKA). In ihrer heutigen Funktion als wissenschaftliche Mitarbeiterin der EKM beurteilt sie Projektgesuche von nationaler Bedeutung, sogenannte Modellvorhaben, und begleitet sowie betreut die mitfinanzierten Projekte und Programme, beispielsweise das Programm „Zusammenleben im ländlichen periurbanen Raum“.

Miguel Vicente ist Geschäftsführer des Bundesverbandes der Ausländer- und Integrationsbeiräte und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (AGARP). Er ist in Toledo in Spanien geboren, ist Diplom-Ingenieur der Physikalischen Technik und war drei Jahre am Institut für Kernphysik der Johannes Gutenberg Universität in Mainz tätig. Als freiberuflicher Referent in der politischen Erwachsenenbildung hat er sich u.a. mit den Themenbereichen der nationalen und internationalen Migration, der Integrationspolitik, der interkulturellen Kompetenz, mit kommunaler Selbstverwaltung sowie europäischer Migrations- und Flüchtlingspolitik beschäftigt. Darüber hinaus war er einige Jahre als Lehrbeauftragter im gewerblich-technischen Bereich bei berufsbegleitenden und berufsvorbereitenden Maßnahmen bei verschiedenen Bildungsträgern sowie als Lehrbeauftragter für Spanisch an der Fachhochschule Worms tätig. Seit 1998 ist er Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (AGARP), seit 2006 Geschäftsführer des Bundesverbandes der Ausländer- und Integrationsbeiräte. Darüber hinaus ist er Mitglied in verschiedenen bundesweiten Fachgremien im Bereich Integration und Vorstandsmitglied der Mainzer SPD-Stadtfraktion. Miguel Vicente ist Mitglied des Lenkungskreises zum Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Dr. Sabine Weck ist Dipl.-Ing. für Raumplanung und seit 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin im ILS NRW (seit 2008: ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung). Sie arbeitet seit 2008 im Forschungsfeld „Sozialraum Stadt“ und bearbeitet aktuell die in Kooperation mit dem IRS durchgeführte Begleitforschung zum Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“. Zu den Schwerpunkten ihrer bisherigen Forschungstätigkeit zählen die Analyse städtischer Wachstums- und Schrumpfungprozesse und Politikansätze zur ökonomischen Revitalisierung im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung. Von 1998 bis 2000 koordinierte sie (in Kooperation mit Ralf Zimmer-Hegmann) ein europäisches Forschungsprojekt zur Evaluation von lokalökonomischen Entwicklungsstrategien in sechs europäischen Ländern. 2005 hat sie ihre Promotion zur Analyse und Entwicklung von Quartiersökonomien abgeschlossen.

Verena Wisthaler hat von 2001 bis 2006 Sprach- und Literaturwissenschaften an der Ludwig-Maximilians Universität München studiert und im Anschluss einen Master in European Studies an der Universität Graz absolviert. Seit Dezember 2007 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Europäischen Akademie (EURAC research) in Bozen am Institut für Minderheitenrecht. Dort beschäftigt sie sich im Projekt MigrAlp, Servicestelle für Migration, Integration und Information, mit den Migrationsphänomenen in Nord- und Südtirol. Ferner arbeitet sie in der Redaktion der „European Autonomy and Diversity Papers“ mit und ist Koordinatorin der Summerschool „Human Rights, Minorities and Diversity Management“ und des Masterprogramms „European Integration and Regionalism“. Begleitend zu ihrer Tätigkeit in Bozen nimmt sie seit 2009 an einem Graduiertenprogramm am Institut für Sozialen Wandel der Universität Manchester teil.

Ralf Zimmer-Hegmann ist Dipl.- Sozialwissenschaftler und seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter im ILS NRW (seit 2008: ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung), davon ein Jahr (1997) abgeordnet als Referent im Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW. Seit 2000 ist er Leiter des Fachbereichs „Stadtentwicklung und Wohnungswesen“ im ILS NRW und seit 2008 Leiter des Forschungsfeldes „Sozialraum Stadt“ im ILS. Wissenschaftliche Schwerpunkte sind die Themen Stadtsoziologie, Integrierte Konzepte der Stadt- und Regionalentwicklung sowie Evaluation und Monitoring von Förderprogrammen der Stadt- und Regionalentwicklung. Er war bzw. ist unter anderem Mitglied der Experten- und Steuerungsgruppe zur Evaluation des Programms „Soziale Stadt“ beim BMVBW (2002–2004), Gutachter für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen (2002–2004), Ständiger Gast der Konferenz von Dienststellen der Stadtentwicklungsplanung beim Städtetag Nordrhein-Westfalen (seit 2005). Er hat grundlegende Arbeiten über Ausgrenzungs- und Integrationsprozesse in Städten (z. B. soziale und ethnische Segregation, soziale und räumliche Mobilität von Migranten) verfasst. Ralf Zimmer-Hegmann ist Leiter der ILS- /IRS-Forschungskooperation, die das Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ wissenschaftlich begleitet.

Programm der Fachtagung 1. Tag – 15. September 2010

Tagungsmoderation: *Ferdos Forudastan*, Journalistin bei WDR und Deutschlandfunk

Begrüßung:

Sabine Süß, Schader-Stiftung,

Dr. Michael Griesbeck, Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Grußwort:

Ministerialdirektorin Gabriele Hauser, Bundesministerium des Innern,

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, verlesen durch *Dr. Andreas Kapphan*, Arbeitsstab der Beauftragten

Einführende Vorträge

Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in ländlichen Regionen aus kulturanthropologischer Sicht

Prof. Dr. Heinz Schilling, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen –

Stand der Forschungsarbeiten/Erste Erkenntnisse

Ralf Zimmer-Hegmann, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Dr. Heike Liebmann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

anschließend Diskussion

Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum

Arbeit in Kleingruppen zu 10 unterschiedlichen Themen:

1. Integrationskurse / Sprachförderung

Moderation: *MinDir a.D. Dr. Gerold Lehnguth*, ehemals Bundesministerium des Innern,

Co-Moderation: *Fabian Kraus*, Schader-Stiftung

2. Bildungsangebote und Bildungsperspektiven

Moderation: *Dr. Sybille Münch*, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS),

Co-Moderation: *Michael Kuss*, ILS

3. Ausbildung und Beschäftigung

Moderation: *Dr. Sabine Weck*, ILS, Co-Moderation: *Myrto Kougievetopoulos*, Schader-Stiftung

4. Rolle der Frauen im Integrationsprozess

Moderation: *Dr. Karen Schönwälder*, MPI zur Erforschung multireligiöser u. -ethnischer Gesellschaften, Co-Moderation: *Heike Hanhörster*, ILS

5. Rolle der Religionsgemeinschaften

Moderation: *Peter Ederer*, Stadt Ravensburg, Co-Moderation: *Ralf Zimmer-Hegmann*, ILS

6. Integration durch Sport

Moderation: *Corinna Kennel*, Urbanizers Büro für städtische Konzepte,

Co-Moderation: *Robert Großpietsch*, IRS

7. Selbstorganisation und Beteiligung von Migrantinnen und Migranten

Moderation: *Miguel Vicente*, Bundesverband der Ausländer- und Integrationsbeiräte,

Co-Moderation: *Michèle Bernhard*, Schader-Stiftung

8. Wohnen und Sozialraum

Moderation: *Dr. Andreas Kapphan*, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Co-Moderation: *Thomas Bürk*, IRS

9. Mobilität und Erreichbarkeit von Integrationsangeboten

Moderation: *Dr. Heike Liebmann*, IRS, Co-Moderation: *Dr. Tobias Robischon*, Schader-Stiftung

10. Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit

Moderation: *Prof. Dr. Roland Roth*, Hochschule Magdeburg-Stendal,

Co-Moderation: *Gudrun Kirchhoff*, Schader-Stiftung

Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern

Projekt: Zusammenleben im ländlichen Raum, Schweiz

Ruth K. Tennenbaum, Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM), Bern

Projekt: MigrAlp – Integration / Antidiskriminierung, Tirol

Verena Wisthaler, EURAC research, Bolzano/ Bozen

Programm der Fachtagung 2. Tag – 16. September 2010

Tagungsmoderation: *Ferdos Forudastan*, Journalistin bei WDR und Deutschlandfunk

Vorträge

Literarischer Beitrag: Fremde auf dem Lande

Hilal Sezgin, Publizistin

Eskalations- und Integrationspotenziale in Kleinstädten

Dr. Jörg Hüttermann, Institut für Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld

anschließend Diskussion

Moderierte Diskussion

Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum –

Anforderungen an die kommunale Integrationspolitik

Vorstellung und Zusammenführung der Ergebnisse vom Vortag

Moderation: *Frauke Burgdorff*, Montag Stiftung Urbane Räume

Podiumsdiskussion:

„Integration mit geringen Ressourcen“

Moderation: *Ferdos Forudastan*, Journalistin bei WDR und Deutschlandfunk

Teilnehmer /innen:

Wolfgang Bernicke, Bürgermeister der Stadt Genthin,

Michael Busch, Landrat des Landkreises Coburg,

Paola Fabbri Lipsch, Integrationsbeauftragte der Stadt Neu-Isenburg,

Ulrike Otten, Integrationsleitstelle Landkreis Emsland,

Michael Rosenbach, Gruppenleiter Integration des BAME,

Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand Schader-Stiftung

Ausblick

Sabine Süß, Schader-Stiftung

Integration ist nicht nur ein Großstadtthema, auch im ländlichen Raum stellt die Integration der dort lebenden Migrantinnen und Migranten ein zentrales Anliegen der Kommunen dar. Im Vergleich zu Großstädten sind die Integrationsaufgaben in kleinen Städten im ländlichen Raum strukturell jedoch nicht ausreichend eingebettet und es stellt sich die Frage nach der Aufrechterhaltung der Beratungs- und Förderinfrastruktur mit den vorhandenen Ressourcen bei einer vergleichsweise niedrigen Zuwandererquote.

Über das Spektrum der Integrationsangebote in den kleinen Städten und die damit verbundenen Probleme und Handlungserfordernisse diskutierten im Rahmen der Fachtagung „Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum“ am 15./16. September 2010 im Schader-Forum rund 200 Akteure aus Wissenschaft und Praxis. Die Fachtagung war ein Meilenstein des Forschungs-Praxis-Projektes „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“, das die Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag seit Anfang 2009 durchführt.

www.integrationspotenziale.de

ISBN 978-3-932736-34-6

Gefördert aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags:



Bundesministerium
des Innern



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration



EUROPÄISCHE UNION